Sozialwissenschaftliche Studienbibliothek bei der Arbeiterkammer
Studienbibliothek Arbeiterkammer Wien
B 7400/5 UN

Agitations-Bibliothek

em Klassenstaat

V.

Der politische Massenstreik : und die Sozialdemokratie :

Sonderabdruck der Verhandlungen
::: auf dem Parteitage in Jena :::

Preis 20 Pfennig

Berlin 1906
Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69
(Ernst Preczang, Rahnsdorf-Berlin)

2115

Der politische Massenstreik :: und die Sozialdemokratie ::

Sonderabdruck der Verhandlungen
::: auf dem Parteitage in Jena :::

8

Bibliothek der Arbeiterkammer für Wien

Berlin
Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69
(Ernst Preczang, Rahnsdorf-Berlin).

AK-BIBL.WIEN
BIBLIOTHEK WIEN
+XAW12068308
B 7400/5

Vorwort.

Der Parteitag in Jena beschloß die Bebelsche Rede über den politischen Massenstreik separat zu verbreiten. Der Parteivorstand sagte sich aber als er an die Ausführung dieses Auftrages herantrat, daß es in Anbetracht der Wichtigkeit der Frage sich empfehlen möchte, die ganzen Verhandlungen über den politischen Massenstreik als besondere Broschüre zu veröffentlichen. Dadurch bekommt der Leser auch ein Bild von den Auffassungen, welche die Gegner des politischen Massenstreiks kundgegeben haben, was zur Klärung der Frage wesentlich ist.

Der in der angenommenen Resolution zum Ausdruck gebrachte Wunsch des Parteitages: Der Parteivorstand möge für die Herausgabe einer besonderen Broschüre über den politischen Massenstreik sorgen, welche alsdann in Massen in der deutschen Arbeiterklasse verbreitet werden solle, ist durch die Herausgabe der Verhandlungen in der vorliegenden Broschüre nicht erfüllt. Diese Broschüre wird später erscheinen.

AB
Wachhaus Romisky

Bebel: Parteigenossen! Es dürfte wohl unter uns einstimmig die Meinung obwalten, daß die vorliegende Frage nicht nur eine der wichtigsten auf diesem Parteitag, sondern eine der wichtigsten für die Partei überhaupt ist. Die Frage ist seit geraumer Zeit in Versammlungen, in der Presse, in der wissenschaftlichen und in der Broschürenliteratur behandelt worden. Zweifellos hat ein großer Teil der Parteigenossen bereits für oder gegen die Frage Stellung genommen. Gleichwohl ist es dringend notwendig, nicht nur von allen Seiten dieselbe noch einmal gründlich an sich zu untersuchen, sondern auch in besonderem Maße zu prüfen — und das ist bisher ziemlich unzulänglich geschehen —, wie es gekommen ist, daß wir überhaupt gezwungen sind, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Was ist geschehen, was uns dazu nötigt, Stellung zu nehmen? Welcher Art ist die politische Lage, speziell gegenüber der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie? Und erst nachdem wir uns in dieser Beziehung nach allen Richtungen Klarheit verschafft haben, werden wir weiter zu untersuchen haben, was wir einer solchen Situation gegenüber gegebenenfalls zu tun haben, ob unsere bisherigen Kampfesmittel ausreichend sind oder ob wir uns nach neuen Kampfesmitteln umsehen müssen, und welcher Art diese Mittel sein sollen. Die Reichstagswahlen des Jahres 1903 haben zweifellos eine gewisse Wandlung in unseren politischen Verhältnissen herbeigeführt. Der große Stimmenerfolg unserer Partei bei diesen Wahlen hat selbstverständlich bei unseren Genossen großen Jubel, bei unseren Gegnern die entgegengesetzten Gefühle hervorgerufen. Der Ausgang der Wahl von 1903 hat in weiten Kreisen unserer Gegner aufs neue die Frage nach der Möglichkeit der Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts aufgeworfen. Diese Tatsache an und für sich hätte schon allein denen, die in der letzten Zeit in der Partei allerlei Treibereien hervorgerufen haben, wobei sie auf die Wertlosigkeit des allgemeinen Stimmrechts hinwiesen, sagen sollen, auf welchem Holzweg sie sich befinden. Ich habe es schon oft gesagt und kann es nur immer wiederholen: Bin ich im unklaren, wie ich mich einer konkreten Tatsache gegenüber zu verhalten habe, so ist das Verhalten meiner Feinde derselben Frage gegenüber für mich der Wink für mein eigenes Verhalten. Fürchten, verurteilen, bekämpfen meine Feinde, was ich tue, so bin ich immer auf dem rechten Wege. Wie unsere Feinde den Ausgang der Wahlen von 1903 beurteilten, ist am charakteristischsten in einer Aeußerung zutage getreten, die einer der Führer des Zentrums, der Abgeordnete Trimborn, in einer großen Kölner Versammlung tat. Dort sagte Trimborn: Bedenken Sie, drei Millionen Stimmen hat die Sozialdemokratie; welch' ungeheure Zahl! Wo soll das hinaus, wenn das so weiter geht? Die Gegner haben seitdem gezeigt, daß der Schreck, der nach dem Ausgang jener Wahl dem Abg. Trimborn in die Glieder gefahren ist, ihnen bis heute noch schwer in den Gliedern und im Magen liegt. In unseren eigenen Reihen hat dieser Erfolg selbstverständlich auch seine Wirkung geäußert. Nicht nur, daß man allgemein Freude empfand, sondern es ist charakteristisch, aber auch natürlich — man müßte sich wundern, wenn es anders gewesen wäre, — daß bei den verschiedenen Richtungen in der Partei, deren Existenz ich nicht wegzuleugnen Ursache habe, um so weniger, da verschiedene Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie seit dem ersten Tage bestanden, wo sie anfing Bedeutung zu erlangen —, daß inner-

halb dieser Strömungen die Frage auftauchte, was wird nun die Partei tun? In der „Neuen Zeit" warf Kautsky — und das gleiche geschah in anderen Blättern, in Versammlungen, in der bekannten Broschüre Vollmars — die Frage auf, werden wir bei diesen gewaltigen Stimmenzahlen nicht eine andere Taktik einschlagen müssen? Sie wissen, daß diese Frage auch den Dresdener Parteitag beschäftigt hat. Es ist dabei zu heftigen Erörterungen gekommen und noch heute gibt es nicht kleine Kreise in der Partei, die meinen, daß diese Erörterungen uns in hohem Grade nach außen geschadet hätten, vielleicht auch nach innen. Es wird mir zugerufen: Sehr richtig! Ja, wir haben selbst in den Spalten unseres Zentralorgans wiederholt bis in die letzten Monate hinein derartige Aeußerungen laut werden sehen — ich bemerke, ich will hier nicht polemisieren, ich konstatiere nur —. Und gar in der gegnerischen Presse hörte das Gezeter und Geschrei über den Dresdener Parteitag gar nicht auf, als wenn die Herren bedauerten, daß es so gekommen ist, während sie doch in Wahrheit sich freuten. (Sehr richtig!) Nun, was hat der Dresdener Parteitag getan? Es waren in diesen Erörterungen über das, was kommen und geschehen sollte, eine Reihe Differenzpunkte aufgetreten. Der Parteitag hat schließlich gegenüber diesen Fragen sehr klare Stellung genommen und hat mit einer enormen Mehrheit die Taktik der Partei aufs neue festgelegt, und zwar mit einer Klarheit, die bei Freund und Feind keinen Zweifel über die Stellung der Partei ließ. Das ist die große historische Tat des Dresdener Parteitages trotz allerlei Schlacken, die ihm anhafteten, das ist seine historische Bedeutung. (Sehr richtig!) Kein Geschichtsschreiber der Partei wird später umhin können, gerade die Verhandlungen dieses Parteitages in vollstem Maße zu würdigen. Mit einem Schlage war den vielerlei Zweifeln über die künftige Stellung und Taktik innerhalb und außerhalb der Partei der Boden entzogen. Ich erinnere auch daran, mit welchen Worten der Kritik in der gegnerischen Presse die Abstimmung derjenigen unserer Freunde aufgenommen wurde, die für die Dresdener Resolution stimmten, obwohl man in bürgerlichen Kreisen geglaubt hatte, daß sie dagegen stimmen würden. Es hat sich gezeigt, daß jene Kreise sich gründlich verrechnet hatten, wenn sie glaubten, daß Parteigenossen daran denken könnten, aus solchen Meinungsdifferenzen eine Kardinalfrage zu machen und es auf eine Spaltung der Partei ankommen zu lassen.

Nach allen Richtungen ist Klarheit geschaffen worden. Man hat auch in denjenigen bürgerlichen Kreisen, die sich in auffälliger Weise an einige unserer Freunde mit Ratschlägen herandrängten, seinem Unmut über ihr Verhalten lebhaft zum Ausdruck gebracht. Ja sogar Fürst Bülow hat von diesem Augenblick an seine Taktik uns gegenüber geändert. Seitdem legt er es gewissermaßen auf das Totreden der Sozialdemokratie an. (Heiterkeit.) Es scheint, daß Fürst Bülow, der mit gewissen liberalisierenden Neigungen, die auf seinen langen Aufenthalt im Auslande zurückzuführen sind, sein Amt angetreten hat, des Glaubens gewesen ist, mit der Sozialdemokratie lasse sich etwas machen. Behandele sie mit Sammetpfötchen, vielleicht gelingt es, einen Teil von ihr zu dir herüberzuziehen, und dann ist die Partei gebrochen. Dieses Fazit habe ich aus der merkwürdig veränderten Taktik Bülows uns gegenüber gezogen. Als dann seine Hoffnungen, seine Wünsche durch den Dresdener Parteitag in der erörterten Art durchkreuzt waren, macht er seitdem seinem Unmut in der bekannten Weise Luft. Er konnte von da ab nicht heftig genug gegen uns reden. (Sehr richtig!)

Auch bei unseren Radikalen in der eigenen Partei tauchte in Dresden auf einmal der Vorschlag auf, eine Kommission einzusetzen, die dem Reichstage Arbeiterschutzgesetze präsentieren sollte in der Hoffnung, daß dieser sie sofort apportieren würde. Ich habe schon in Dresden vor solchen Aktionen gewarnt, und was seitdem im Reichstag geschehen ist, hat mir recht gegeben! Was

hat sich in Wirklichkeit in der Stellung unserer Partei zu den bürgerlichen Parteien durch den Ausfall der Wahlen von 1903 verändert? Unsere Stimmen wuchsen von 2 100 000 auf rund 3 Millionen; unsere Mandate von 57 auf 80 bezw. 81, eine sehr erhebliche Steigerung. Aber unsere Stimmen stellen doch nur $^1/_3$ der überhaupt abgegebenen Stimmen; unsere Mandate nur $^1/_5$ aller Mandate dar. Wir sind nach beiden Richtungen noch weit von der Mehrheit entfernt. Die Machtverhältnisse im Reichstage sind die alten geblieben. Nach wie vor ist das Zentrum die ausschlaggebende Partei, noch immer hat es die Möglichkeit, zwei Mehrheiten zu bilden, mit der Rechten eine agrarisch-reaktionäre, mit der Linken und uns eine liberale. Nun ist gestern von Bernstein geklagt worden über die steigende Ohnmacht des Reichstags. Das ist grundfalsch, das Gegenteil ist wahr. Ich habe die Dinge von Anfang im Reichstag sich entwickeln sehen und da erkläre ich, daß die Macht des Reichstags in seiner Gesamtheit, wenn er einmal seine Stimme erhebt, heute viel mehr Beachtung, viel mehr Entscheidung hat als jemals in einer früheren Periode. Wenn man unter der Herrschaft des Fürsten Bismarck von einer vollständigen Ohnmacht des Reichstags gesprochen hat, so hatte man vollkommen recht. Ja selbst noch unter dem Grafen Caprivi und noch unter Fürst Hohenlohe konnte man das mit einer gewissen Einschränkung sagen, aber seitdem hat der Reichstag allmählich der Regierung gegenüber sich eine Position erobert. Er hat in einer Reihe von Fragen tatsächlich die Leitung an sich gerissen, er entscheidet, und nach seiner Entscheidung richten sich öfter die Regierungen. Bedauerlich ist nur, daß diejenigen, die das Regiment haben, nicht unsere Freunde, sondern unsere Gegner sind. Ich erinnere nur an die Fragen der Steuerpolitik, der Marinepolitik, der Flottenpolitik — was das Reich vom bürgerlichen Standpunkt, vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus betrachtet haben muß, das bekommt es, die Mehrheit des Reichstags vertritt hier ihre eigenen Klasseninteressen. Wer jedoch glaubt, daß wir, die stärkste Partei im Lande, die zweitstärkste im Reichstage, einen entsprechenden Einfluß auf die Regierung ausübten, der urteilt vollkommen falsch. Eine Oppositionspartei kann, solange sie nicht die Regierung in die Hand bekommt, überhaupt keinen maßgebenden Einfluß ausüben. Wollt Ihr einen derartigen Einfluß haben, dann steckt Euer Programm in die Tasche, verlaßt Euren prinzipiellen Standpunkt, bekümmert Euch nur um rein praktische Dinge, und wir werden als Bundesgenossen hochwillkommen sein. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich sage Euch, die besten unter uns würden dann sogar Geheime Oberregierungsräte (große Heiterkeit), wenn nicht noch mehr werden. (Heiterkeit.) Paris ist eine Messe wert und das Ziel die Sozialdemokratie zu gewinnen ist ein paar Ministersitze und Geheime Oberregierungsratssitze wert. (Heiterkeit und Beifall.) Darüber täuschen Sie sich nicht. Ich habe das so drastisch ausgesprochen, um einmal mit den falschen Auffassungen aufzuräumen, als habe die Partei keine Bedeutung in den Augen ihrer Gegner, ich werde aber nachher zeigen, daß ich die Lage durchaus nicht rosig ansehe. Weiter ist seit dem Dresdener Parteitage die Hoffnung auf eine große liberale Partei zerstört, die vom rechten Flügel der Sozialdemokratie bis zu den Nationalliberalen reichen sollte. Fragen Sie doch einmal die Naumann, Gerlach, Barth, wie sie eigentlich in ihres innersten Herzens Schrein über das deutsche Bürgertum und den deutschen Liberalismus denken. Wenn sie aufrichtig sein wollen, so müssen sie sagen: Hoffnungslos bis zur Verzweiflung! (Lebhafte Zustimmung.) Die liberale Partei, ob groß oder klein, ist heute nur noch ein Phantasiegebilde. Die Klassengegensätze haben sich seit 1903 in einer Weise verschärft — verschärft, betone ich, nicht gemildert (lebhafte Zustimmung) — daß der Kapitalismus und sein politischer Repräsentant, der Liberalismus, allezeit, wenn er vor der Frage steht, ob er, wenn auch in ganz unwichtigen Dingen mit oder gegen die Sozialdemokratie gehen soll, immer gegen sie geht, und zwar

aus Angst vor der Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung.) Sehr lehrreich hierfür ist die Aeußerung eines sächsischen Industriellen aus dem letzten Wahlkampf, die man als typisch bezeichnen kann. Dieser erklärte in einer Versammlung: „Ich bin nationalliberal, aber ich stimme konservativ." (Heiterkeit.) Man fragt sich: Wie ist das möglich. Der Mann sagte sich aber: Wenn ich liberal stimme, kann es passieren, daß die Sozialdemokratie im Wahlkreis ausschlaggebend wird oder gar einen Sitz erobert, und das betrachtete er als eine so bedenkliche Tatsache, daß er lieber für den Konservativen stimmte. — So stehen die Dinge bei zehntausenden sogenannter liberaler Bourgeois. (Sehr richtig.) Andererseits ist es Tatsache, und das bewies den großen moralischen Eindruck, den die Wahlen von 1903 auf die bürgerlichen Parteien gemacht haben, daß sofort zu Beginn der ersten Session des neuen Reichstages ein förmliches Wettrennen um die Gunst der Arbeiter begann; eine ungeheuere Fülle sozialreformerischer Anträge wurden auf einmal eingebracht, so viel, wie früher kaum in mehreren Legislaturperioden zusammen. In erster Linie beteiligte sich das Zentrum an diesem Wettrennen, weil es einsah, daß es alles tun müsse, um die in wachsendem Maße von ihm abfallenden Arbeiter an seiner Fahne zu halten. Deshalb stellte es Anträge, die einem großen Teile seiner Fraktionsmitglieder in innerster Seele zuwider sind. Wenn nicht taktische Gründe für diese Anträge sprächen, dann würde im Zentrum sogar eine Mehrheit gegen diese sozial-reformerischen Anträge vorhanden sein. (Lebhafte Zustimmung.) Durch diese Anträge, würden sie Gesetz, würde die Anziehungskraft der Städte für die Landarbeiter noch erhöht, und die agrarischen Teile des Zentrums laufen alsdann Gefahr, immer mehr ihre Landarbeiter zu verlieren. Ich richte hier ein Wort an die Anarchosozialisten. Man muß eben auf dem Standpunkt des von jener Seite so verlästerten historischen Materialismus*) stehen, um diese Entwickelung beurteilen zu können. Dieser Standpunkt lehrt uns erst zu begreifen, was sonst unbegreiflich wäre. So ist das Zentrum gezwungen worden, in einer ganzen Reihe Fragen seinen früheren Standpunkt aufzugeben. Auf dem Straßburger Katholikentag hat z. B. ein Redner eine so radikale Rede über die Frauenfrage gehalten, daß sie mit Ausnahme weniger Sätze von jedem von uns hätte gehalten werden können. Noch mehr, das Zentrum ist seit jeher ein Feind der Wissenschaft, unter der deutschen Intelligenz sind die Katholiken in skandalös schwacher Weise vertreten. Das Zentrum empfindet auch längst, daß hier Reformen an Haupt und Gliedern bei ihm notwendig sind, um die moderne Wissenschaft — nicht zu bekämpfen — das tut es nicht mehr, denn es weiß, daß ein Sieg aussichtslos ist — sondern um sich mit ihr zu verständigen, zu versöhnen. So trat ein anderer Redner auf dem Katholikentage auf und sagte: bemächtigt Euch der Wissenschaft, erobert sie, macht Euch ihre Früchte zu Diensten. Selbst Haeckel hätte kaum einen schöneren Vortrag über die Bedeutung der Wissenschaft gehalten als der betreffende Professor der Theologie. Also auch hier macht es Zugeständnisse, um nicht seinen Einfluß zu verlieren.

Wenn nun gestern Kolb in unbegreiflicher Verkennung der wirklichen Verhältnisse ausführte, es sei zugestanden worden, daß wir mit unseren Anträgen zur Gewinnung der Jugend dem Zentrum folgten, so hat er übersehen, daß die katholische Kirche seit Jahrhunderten durch die Schule, durch die Kirche, durch die Stellung der katholischen Geistlichen zur Familie die Jugenderziehung in der Hand hat. (Sehr richtig!) Diese privilegierte Stellung hat es ihm ermöglicht, sich eine so bedeutende Macht in der Familie und im Staate zu erobern. Diese Stellung ist es, die das Zentrum auch unseren orthodoxen evangelischen Kreisen so sympathisch macht, sie erblicken in ihm die Macht, die, wenn selbst die Bajonette versagen, noch den herrschenden Klassen helfen könnte. Daher

*) Der Standpunkt, daß die materiellen Interessen der verschiedenen Gesellschaftsschichten, sobald letztere diese Interessen klar erkannt haben, maßgebend sind für die politische Parteibildung und deren Verhalten in den Parlamenten bei allen Fragen der Gesetzgebung.

ist auch der Kaiser so katholikenfreundlich. (Heiterkeit.) Von diesem Gesichtspunkt aus sind wir genötigt, die Jugend dem Einfluß des Zentrums und der Kirche zu entreißen und sie für unsere menschheitsbefreienden Ideale zu gewinnen. (Lebhaftes: Sehr richtig!)

Andererseits ist kein Zweifel, daß namentlich seit den Zollkämpfen im Reichstag sich auch dort die Gegensätze bedeutend verschärft haben. Die Kollegen, die bereits in früheren Sessionen im Parlament waren, werden wissen, daß — wie das bei dem fortwährenden Zusammenarbeiten ja natürlich ist — sich allmählich ein — ich will nicht gerade sagen freundschaftliches, aber doch eine Art erträgliches Verhältnis zwischen den verschiedenen Parteien herausgebildet hatte, daß die Gegensätze innerhalb gewisser Grenzen öfter verschwanden. Das hat sich mit den großen Kämpfen um den Zolltarif vollständig verändert. Der Präsident des Reichstags stand bis zum Herbst 1902 mit einer Unparteilichkeit, die über jeden Zweifel erhaben war, uns gegenüber. Diese Unparteilichkeit ist seitdem nicht nur in die Brüche gegangen, sondern man hat auch, um den Raub so rasch wie möglich in Sicherheit zu bringen, unter Leitung desselben Präsidenten, der bis dahin das Muster der Unparteilichkeit war, zum Verfassungsbruch und zum Bruch der Geschäftsordnung gegriffen. (Sehr wahr!) Seitdem hat der steigende Gegensatz sich auch im Reichstage herausgearbeitet. Ich bedauere das durchaus nicht, sondern halte es im Gegenteil für sehr nützlich. (Sehr richtig!) Oft genug habe ich mit Liebknecht gesagt, das Parlament kann man mit einem Hofparkett vergleichen; wie dort, so sind auch auf dem parlamentarischen Parkett schon viele ausgeglitten. Wenn man uns also von den jetzigen Anarchosozialisten sagte, es gibt unter euch sozialdemokratischen Abgeordneten welche, bei denen man manchmal nach ihren Reden nicht unterscheiden kann, ob sie Sozialdemokraten oder Liberale sind — es scheint bei manchem unserer Abgeordneten der Glaube vorhanden zu sein, er sei einer der Herren der Welt, eine Art höheres Wesen — wäre in diesem Stil mit uns geredet worden, ich glaube, ich müßte mich in mir selbst irren, wenn ich nicht erwidert hätte, es ist sehr notwendig, daß Ihr das sagt. Wenn Ihr Parteigenossen also als Wächter der Prinzipien, als Wächter der alten revolutionären Taktik der Partei aufgetreten wäret gegen Eure Vertreter, wie Ihr es eigentlich immer tun solltet (sehr richtig!), dann hättet Ihr der Partei einen guten Dienst geleistet.

Es ist nun unbestreitbar, daß trotz allem scheinbaren Eifer für Arbeiterschutzgesetze, von den kaufmännischen Schiedsgerichten abgesehen, in den Sessionen seit 1903 so gut wie nichts geschehen ist. Aber meine verdammte Gerechtigkeitsmeierei veranlaßt mich hier, selbst für die Regierung — hören Sie gut zu, Genosse Friedeberg (Heiterkeit) — eine Lanze zu brechen. Sie mußte angesichts des Wustes sozialpolitischer Anträge, womit sie aus dem Reichstage überschüttet wurde, abwarten, für welche Anträge sich der Reichstag entscheiden würde, bevor sie selber Stellung nehmen konnte. Die parlamentarische Situation machte es aber unmöglich, diese Körbe sozialpolitischer Anträge rasch auszuräumen. Das Zentrum sah nach kurzer Zeit ein, daß es unmöglich sei, damit fertig zu werden und es verwandelte seine Anträge in Resolutionen. So sehr wir uns dagegen sträubten, waren wir gezwungen, seinem Beispiel zu folgen, um zu verhüten, daß nur die Zentrumsresolutionen zur Verhandlung gelangten, während unsere Anträge auf die lange Bank geschoben wurden. Diese Resolutionen sind nun erledigt, und der Bundesrat hat die ganze Bescherung vor sich: er muß nunmehr sagen, was er darüber denkt.

Deswegen bleibt aber doch wahr, daß die Abneigung gegen die Sozialreform zugenommen hat, und zwar deshalb, weil man sich sagt: was hilft es uns! Bringen wir gute Gesetze ein, so stimmt die Sozialdemokratie zwar dafür, aber gewinnen werden wir sie nicht. Darauf kommt es ihnen aber

selbstverständlich allein an. Seit 1903 hat sich aber nicht nur der Widerstand der Unternehmerklasse gegen die Sozialreform verschärft, auch die ökonomischen Gegensätze haben sich verschärft. So kam es, daß die reaktionärste parlamentarische Körperschaft der Welt, das preußische Herrenhaus, das seiner Zeit ein so gemäßigt liberaler Mann wie Herr v. Treitschke als eine überflüssige, unnütze, dem Gemeinwohl schädliche Institution verurteilte, jetzt zum Hort der Bourgeoisie*) und des Kapitalismus geworden ist. Das hat besonders die letzte Session gezeigt. Schon im vorigen Jahre hat das Herrenhaus eine Resolution gegen das allgemeine Wahlrecht zum Reichstage gefaßt. Sodann kam eine Resolution gegen die Reichserbschaftssteuer, weiter seine Stellung zur Berggesetznovelle, bei der es das Abgeordnetenhaus an Arbeiterfeindlichkeit zu übertrumpfen suchte, und selbst Fürst Bülow die größte Mühe hatte, es zum Nachgeben zu bewegen. Endlich seine Resolution, in der eine neue Zuchthausvorlage verlangt wird und wofür Graf Ballestrem und die katholischen Herrenhausmitglieder stimmten. Das Herrenhaus hat auch seine Macht gezeigt, indem es den Fürsten Bülow zwang, ihm zur Beruhigung eine Aenderung des Krankenkassengesetzes zu versprechen, die den Einfluß der Arbeiter in diesen Kassen brechen soll. Das sind die Vorgänge, die einem liberalen Fabrikbesitzer veranlaßten, jenen Brief zu schreiben, den das konservative Blatt, das „Reich" veröffentlichte und in dem es unter anderem heißt: „Tausende von Besitzenden danken der konservativen Partei in beiden Häusern für ihre stramme Haltung. Es war die höchste Zeit, daß der Regierung und ihren Freunden, den Sozialdemokraten, ein Quos ego! zugerufen wurde. (Heiterkeit.) Wohin soll es schließlich kommen? Will man uns völlig ausziehen? (Heiterkeit.) usw." So malt sich im Kopfe unserer großen Unternehmer die Welt. Und er fährt fort: „Man (die Regierung) will ein gutes Gewissen haben, nachdem man die Besitzer zu Heloten des Proletariats gemacht (Heiterkeit) und diesen Menschen zwecklos Millionen an den Hals geworfen hat."

Es ist auch unbestreitbar, daß die Unternehmerverbände namentlich seit 1903 an Bedeutung und Macht beständig zugenommen haben. Es gibt viele Industrieverbände, in denen nicht ein einziger Unternehmer mehr außerhalb steht, während wir leider noch Hunderttausende von Arbeitern haben, die weder den freien Gewerkschaften noch den christlichen Verbänden angehören. (Sehr richtig!) Das Klassenbewußtsein der deutschen Bourgeoisie ist leider dem der deutschen Arbeiterklasse bedeutend überlegen! (Lebhafte Zustimmung.) Das muß sehr nachdrücklich ausgesprochen werden, wenn wir wissen wollen, was wir tun müssen. Bei den Unternehmern haben wir die vollste Geschlossenheit, bei den Arbeitern die Spaltung in verschiedene Organisationen. Sind doch die christlichen Gewerkschaften nur gegründet worden, um die Macht der Arbeiterklasse zu brechen. (Sehr richtig!) Wenn man einem christlichen Unternehmer sagen würde, er müsse sich einer christlichen Unternehmerorganisation anschließen, er würde lachen und sagen: Ach was fällt Ihnen ein! Es ist mir gleich, ob einer in meinem Fach Jude, Christ, Heide oder Mohammedaner ist, er ist doch Fleisch von meinem Fleisch, er ist Kapitalist. Wir Unternehmer wären doch Toren, wenn wir uns solchem Unterschiede zu Liebe selber schwächen wollten! (Sehr richtig!) Nur die Arbeiter lassen sich infolge ihrer Unwissenheit, in der sie künstlich erhalten werden, spalten, obwohl gerade sie es am meisten nötig hätten, einig und geschlossen zusammenzustehen. (Lebhaftes Bravo!)

Aus dieser ganzen Situation heraus ist auch die Angriffslust des Unternehmertums gewachsen. Deshalb die Massenaussperrungen in Berlin, Rheinland, Westfalen, den Unterweserorten, Bayern, Sachsen, Thüringen usw. in einem Umfang, wie man ihn früher nie gekannt hat. Die Massenaussperrung in Bayern

*) Großbürgertum.

hat mich besonders gefreut, so sehr ich das Schicksal der davon betroffenen Arbeiter bedauere. In dem noch überwiegend bäuerlich-kleinbürgerlichen Bayern haben nunmehr die Unternehmer den schärfsten Klassengegensatz, den schärfsten Klassenkampf mit Sturmglocken eingeläutet. (Sehr richtig!) Es ist nur von Vorteil, wenn die Gegensätze auf die Spitze getrieben werden, weil dadurch eine klare Situation geschaffen wird, bei der es kein Ausweichen, kein Vertuschen, keine Kompromisselei mehr gibt. (Lebhafte Zustimmung.) Auch dem dümmsten Arbeiter wird durch solche Aussperrungen der Klassengegensatz begreiflich gemacht, und wer das einmal erlebt, ist für die Liberalen oder das Zentrum verloren. Die Angriffslust macht sich bei der Unternehmerklasse in steigendem Maße überall bemerkbar. Ein Ende dieser Kämpfe ist gar nicht abzusehen, ja sie müssen naturnotwendig immer stärker und heftiger werden, weil die kapitalistische Entwickelung in Deutschland in rapider Weise ihrem Höhepunkt zueilt. Seit 1895 haben wir eine kolossale industrielle Entwickelung erlebt. Auch die Arbeiterklasse hat dadurch an Macht gewonnen, eine Macht, die auf ihrer Zahl beruht. Die Macht der Bourgeoisie beruht auf ihrem Gelde, auf ihren Millionen und Milliarden, aber die gewaltige Zahl der Köpfe gibt der Arbeiterklasse, sobald sie sich dieses Umstandes erst bewußt wird, ein so gewaltiges Uebergewicht, daß sie die Macht der Bourgeoisie, und habe sie Zehntausende von Millionen im Kassenschrank, schließlich überwindet. (Lebhaftes Bravo!)

Das muß man der Arbeiterklasse erst klar machen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß in ihren eigenen Reihen ihre Macht und Bedeutung nicht gebührend gewürdigt wird. Auch die Agitations- und Aufklärungsarbeit in der Presse ist zu einem großen Teil durchaus falsch und ungenügend. (Sehr richtig!) Hier muß von Grund aus aufgeräumt, hier muß endlich auf diesem Parteitag Klarheit geschaffen werden, damit wir alle wissen, was wir zu tun haben. Wir müssen wissen, daß wir einer Situation gegenüberstehen, aus der mit Notwendigkeit Katastrophen*) hervorgehen, wenn nicht die Macht der Arbeiterklasse kraft ihrer Zahl, ihrer Bildung und Einsicht so stark wird, daß sie den Gegnern das Gelüste, Katastrophen hervorzurufen, ein für allemal verleidet. (Lebhafter Beifall.) Es ist bekanntlich ein Irrtum, wenn man sagt, die Sozialdemokratie arbeite auf Revolutionen hin. Das fällt uns nicht ein, was haben wir denn für ein Interesse daran, Katastrophen zu erzeugen, unter denen die Arbeiter in erster Linie schwer zu leiden haben? (Sehr richtig.) Sehen Sie doch nach Rußland, wo Katastrophen notwendig sind. Es ist kein anderer als der große Friedrich von Preußen, der in einem seiner Werke auseinandersetzt, wie die Katastrophen, d. h. die Revolutionen, entstehen, und daß nicht die Massen, sondern immer die Regierenden sie hervorrufen. Das ist derselbe Standpunkt, den auch v. Bluntschli in seinen guten Jahren als Staatsrechtslehrer eingenommen hat. Selbst ein Blatt, wie das katholische „Echo" für das Rheinland schrieb im Mai dieses Jahres, daß es eine völlig unhistorische Auffassung sei, daß Revolutionen von wenigen Bösewichtern und Volksverführern gemacht würden; Revolutionen könnten in geschichtlich gewordenen Staatswesen nur entstehen und Erfolg haben, wenn Mißstände vorhanden seien, durch die die Masse des Volkes sich beschwert fühlt. Solche Revolutionen würden auch immer Erfolg haben. „Es mag noch so viel geeifert werden gegen die Sozialdemokratie, wir werden sie nicht anders überwinden als durch Reformen, und wenn wir die gerechten Forderungen der Arbeiter nicht erfüllen, werden sie schließlich Sozialdemokraten." (Sehr richtig.) Das sind sehr vernünftige Anschauungen! Das ist, was auch wir sagen. Aber es ist der Fluch jeder herrschenden Klasse, daß sie im entscheidenden Augenblick ihrer eigenen Geschichte niemals zur Einsicht kommt und niemals

*) Gewaltsame Zusammenstöße.

tut, was sie tun sollte. Doch handle die Bourgeoisie wie sie will. Ich halte es mit Rodbertus, der schon 1849 schrieb: die heutigen Einrichtungen können aber weder die Steuern noch die Kriegsdienste der letzten Klasse entbehren; diese lasten vielmehr hauptsächlich auf ihr. Mit doppelter Berechtigung verlangen daher auch die Proletarier bei uns die Gleichheit der Stimmen. . . . Wenn der geschichtliche Zug einmal gegeben ist, so dient ihm alles, Wahrheit und Torheit, Recht, Unrecht, Segen und Fluch. (Sehr gut.)

Wir Sozialdemokraten befinden uns also in der günstigen Stellung, daß wir, was immer unsere Gegner gegen uns tun, weiter wachsen. Wir müssen wachsen, weil die kapitalistische Gesellschaft wächst und in immer höherem Grade die Bedingungen schafft, die neue Sozialisten erzeugen. So wenig man unter dem Sozialistengesetz unser Herr werden konnte, so wenig wird man unser Herr werden, wenn man eines Tages zu neuen Gewaltmaßregeln greift. Ich weiß viele in unseren Reihen, die sogar den Tag herbeisehnen, wo dieses geschähe. (Sehr richtig!) Da würden wir wieder mal zeigen, was für Kerle wir sind. (Lebhafte Zustimmung.) Was haben wir in den zwölf Jahren unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes*) nicht alles der Polizeigewalt gezeigt, wie haben wir sie genarrt und verhöhnt! (Lebhaftes sehr richtig!) Aber nicht nur die wirtschaftlichen Klassengegensätze wachsen, sondern auch die politischen. Die herrschende Klasse, die Bourgeoisie, sieht es kraft ihrer Machtmittel und ihrer sozialen Stellung als selbstverständlich an, als eine — sie sagt das, obgleich sie nicht an Gott glaubt — gottgewollte Einrichtung an, daß sie die Staatsmacht in Händen hat, daß sie, um mit Bismarck zu reden, die Klinke der Gesetzgebung in der Hand hat, um nach ihrem Willen, d. h. nach ihren Interessen, die Gesetzgebung zu gestalten. Sie sagt sich: Wir besitzen die kolossalen Vermögen und zahlen die Steuern, also müssen wir auch den Staat bilden. Ja, wenn sie diese Vermögen im Schweiße ihres Angesichts erarbeitet hätten, ließe sich darüber reden. Aber diese Vermögen sind mit Eurem Schweiße erarbeitet; von dem riesigen Ueberfluß, den Ihr ihnen schafft, zahlen sie ihre Steuern. (Sehr wahr.) Dieser Humbug, dieser Hokuspokus, daß die Reichen weil sie reich sind auch alle Rechte haben müßten, ist immer gemacht worden und große Massen sind bis heute darauf hineingefallen, denn sonst wären sie alle Sozialdemokraten. Die wirtschaftliche Macht der Bourgeoisie ist in den letzten fünfzehn Jahren, und speziell in den letzten zehn Jahren, riesenhaft gewachsen. Von der kolossalen Höhe der Vermögen, welche die letzten zehn Jahre die Syndikate, Ringe, Trusts der Unternehmer- und Kapitalistenklasse gebracht haben, haben Sie keine Ahnung. Man muß nur wissen, was heute diese Bourgeoisie verjubelt, verlottert und vergeudet, weil sie nicht mehr weiß, wohin sie mit ihrem Geld soll. Was heute — man kann das am besten in Berlin sehen — in der Bourgeoisie verschwendet wird, bleibt weit hinter dem zurück, was in den verdorbensten Zeiten des römischen Kaiserreichs vergeudet wurde, als man die Gäste mit Pfauenzungen und Muränen, die man mit Sklavenfleisch mästete, traktierte. Mir ist wiederholt versichert worden, von Leuten, die es genau wissen, daß es bei großen Essen in Berlin keine Seltenheit ist, daß für ein einziges Essen 20, 30, 40, ja 50 000 M. ausgegeben werden! (Große Bewegung. Hört! hört!) Das sind Summen, gegen die die Gehälter unserer Minister verschwinden. Daher kommt es auch, daß die Bourgeoisie sich tüchtige Beamte aus dem Reich- und Staatdienst einfach auskauft, indem sie ihnen drei- und vierfache Gehälter zahlt und als Ersatz für die Pensionsberechtigung sie mit Kapitalien abfindet, deren Zinsen weit über das hinausgehen, was sie als Beamte an Pension bezogen hätten. Durch diese ehemaligen Beamten

*) Von 1878—1890.

Arbeiterkammer für Wien

hat man alsdann den größten Einfluß auf deren frühere Kollegen in den Reihen der Regierung und der Ministerien. (Sehr richtig!) So bekommt man die Gesetzgebung und die Regierung in die Hand. Das ist ein Einfluß der Junker und Industriellen, von dem die großen Massen sich nichts träumen lassen, von dem sie keine Ahnung haben. Es sind Zustände, die wir ins Land hinausschreien, deren Schilderung wir an alle Türen anschlagen müssen, damit das Volk weiß, wie es betrogen und ausgebeutet wird. — Ich sage also, die Bourgeoisie begreift es nicht, wie man bei solchen Klassengegensätzen das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht geben kann. Das heißt nach ihr: Der rohen, plumpen, unwissenden Masse, der Zahl der Köpfe das Schicksal der Besten der Nation überantworten! Denn zu den Besten der Nation zählt sich nicht nur der Adel, sondern erst recht unsere Plutokratie, die Besitzer des Geldsacks. Nicht umsonst hat ein Ballin, hatte ein Krupp, haben eine ganze Reihe ähnlicher Größen mehr und bereitwilligen Eingang bei Hofe gefunden als so mancher altadlige Herr, der auf einen Stammbaum zurückblicken kann, der älter ist, als jener der Hohenzollern. Es ist die Bourgeoisie, die Besitzerin des Geldes, die alles in der Hand hat. So wird das Wort unserer großen Führer Marx und Engels im Kommunistischen Manifest vom Jahre 1848 zur vollsten Wahrheit: Die Regierungen sind der Verwaltungsausschuß für die Interessen der herrschenden Klassen. (Sehr richtig!) Das dies der Fall, hat mir sogar vor jetzt 16 Jahren, als ich ähnliche Ausführungen im Reichstage machte, der damalige Staatssekretär des Reichsamts des Innern Herr v. Boetticher durch ein leise zugerufenes „Sehr richtig!" bestätigt. Ich habe natürlich nicht verfehlt, diesen Beweis der Zustimmung des Herrn v. Boetticher sofort recht laut dem Reichstage zu denunzieren. (Große Heiterkeit.) — Eine agrarische Politik ist bei uns notwendig — vielleicht nicht so dumm, so kopflos wie z. B. jetzt angesichts der Fleischteuerung — aber agrarisch muß die Regierung sein im Interesse der einen der herrschenden Klassen, des Junkertums. — Wo soll das herrschende Junkertum seine standesgemäße Existenz hernehmen, wenn nicht aus den hohen Agrarzöllen und den sonstigen ihm zu Liebe getroffenen Einrichtungen des Staates. Mit der Bourgeoisie kann es an Reichtum und Einkommen nicht konkurrieren, so muß es sich die Goldfischlein aus der Bourgeoisie — zumal aus dem sonst so verfluchten Judentum, in dem es die größten Goldfischlein gibt (Heiterkeit) — holen, um seine alten Wappen zu vergolden. Um die Landwirtschaft kümmert sich das Junkertum sehr wenig, damit gibt es sich wenig Mühe. Und seine Söhne haben als Garde- und Kavallerieoffiziere so viel mit Pferden, schönen Frauen, Sport und ähnlichen netten Dingen zu tun, daß hierzu sehr viel Geld nötig ist, was die Landwirtschaft nicht abwerfen kann. So muß der Vater Staat — der sein, des Junkers Staat ist — ihm unter die Arme greifen. Dazu hilft ihm aber der Staat des allgemeinen Stimmrechts zu wenig. Daher der Haß gegen das allgemeine Wahlrecht, daher Erklärungen wie vor einigen Wochen in der „Kreuz-Zeitung": „Bald kommt dieser unglückselige Reichstag wieder zusammen, er ist natürlich wieder beschlußunfähig und dann haben wir die langen Reden der Sozialdemokraten anzuhören. Dieser Reichstag ist nur noch ein notwendiges Uebel." Es ist unwahr, daß der Reichstag erst seit den letzten Jahren beschlußunfähig ist, er leidet bereits seit 1872 an chronischer Beschlußunfähigkeit. Die „Kreuz-Zeitung" verschweigt auch, daß das preußische Dreiklassenparlament mit seinen 15 M. Tagegeldern pro Mann fast ständig beschlußunfähig ist, ja, daß es preußische Abgeordnete gibt, die schamlos genug sind, nachdem sie Wochen und Monate unentschuldigt gefehlt haben, doch die gesamten Diäten einzuziehen. (Hört! Hört!) Es ist selbst ihrem früheren Chefredakteur Geheimrat H. Wagner nachgewiesen worden, daß er eine ganze Session keinen Fuß in den Landtag gesetzt und trotzdem am letzten Tage bei der Kasse die Diäten für die ganze Session

eingezogen hatte. (Lebhaftes hört! hört!) Ein nationalliberaler Abgeordneter hat sich selbst mir gegenüber über dieses empörende Verhalten so vieler seiner Kollegen beklagt.. Der Reichstag erhält keine Tagegelder, weil er auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts gewählt wird und deshalb Sozialdemokraten in ihm sitzen. — Aus allen diesen Gründen sagt man: Fort mit dem allgemeinen Wahlrecht. Gewiß es gab eine Zeit, da betrachtete es auch der Liberalismus als selbstverständlich, daß das allgemeine Wahlrecht gewährt werde. Der Nationalverein hat diese Forderung als Hauptprogrammpunkt gehabt und als Bismarck durch die politischen Verhältnisse gezwungen war, seinem Norddeutschen Bunde das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht zugrunde zu legen, erließ im Jahre 1868 der Ausschuß der nationalliberalen Partei einen Aufruf, in dem es hieß: „Im Parlament erblicken wir die Vereinigung der lebendig wirkenden Kräfte der Nation, das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht muß zur Grundlage des öffentlichen Lebens gemacht werden. Wir verhehlen uns nicht die Gefahren, die es mit sich bringt, solange Preßfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinsrecht verkümmert werden". Das also waren damals die Gefahren für das allgemeine Wahlrecht, daß nicht genügend andere Freiheiten existierten. Auch auf die Diätenlosigkeit wiesen die Nationalliberalen damals hin, während sie noch ein Jahr vorher Bismarck den Gefallen getan hatten, auf die Diäten zu verzichten. Weiter hieß es in jenem Aufruf: „Das beschränkte Klassenwahlsystem hat sich überlebt. Der nächste Landtag wird zu prüfen haben, in welcher Weise und unter welchen Voraussetzungen der Uebergang zum allgemeinen Stimmrecht durchzuführen ist." So erklärte die nationalliberale Partei offiziell und feierlich im Jahre 1868 und bis heute hat diese Partei entsprechend ihrem bekannten Mameluckencharakter ihr Programm mit Füßen getreten, ja im Gegensatz dazu nicht nur überall gegen eine Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts gewirkt, sondern auch alle Wahlrechtsverschlechterungen im Reichstag und in den Landtagen gutgeheißen. So hat sie im Jahre 1887 im damaligen Faschingsreichstag ihre Mehrheit mit den Konservativen benutzt, um die Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre zu verlängern. Und in den letzten Jahren sind Zettelungen auf Zettelungen gegen das allgemeine Wahlrecht gefolgt. Ich erinnere auch daran, daß neulich Freiherr v. Zedlitz von dem Bundesrat verlangte, er solle dagegen wirken, daß immer mehr süddeutsche Staaten das allgemeine Wahlrecht für die Landtagswahlen einführten, während man im Norden daran ginge, das Dreiklassenwahlsystem einzuführen. Ich erinnere hier an die Wahlrechtsverschlechterungen in Sachsen, in Hamburg, Lübeck — beiläufig: unter den Parteigenossen sind Meinungsverschiedenheiten über die Gemeinde-Wahlrechtsveränderungen in Baden und Fürth, ich bitte Sie daher, diese beiden Namen aus der Resolution zu streichen — an die zahllosen Gemeinde-Wahlrechtsverschlechterungen speziell in Sachsen. Dabei mache ich Sie darauf aufmerksam, daß solche Verschlechterungen gerade in Gegenden durchgesetzt sind, die als Hochburgen der Sozialdemokratie bezeichnet werden, wie Hamburg, Lübeck und Sachsen. Warum dort die Partei nicht getan hat, was manche von ihr erwarteten, darauf komme ich später. Und weiter konstatiere ich, daß es gerade der Liberalismus aller Schattierungen gewesen ist, der überall für die Verschlechterung des Wahlrechts gewirkt hat. Im innersten Herzen sind fast alle Liberalen Gegner des allgemeinen Wahlrechts, die Zahl der bürgerlichen Vertreter, die wahre Anhänger des Wahlrechts sind, ist an den Fingern zu zählen. (Sehr richtig!) Was hat denn der Liberalismus in Preußen getan, um das Wahlrecht zu verbessern?! Rickert hat ein paar Mal in dieser Richtung Anträge gestellt und ist deshalb sogar von seinen Freunden angegriffen worden. In Nürnberg besteht der Magistrat in seiner Mehrheit aus Vertretern der Freisinnigen Volkspartei und dieser freisinnige Magistrat hat bei der letzten Landtagswahl in diesem Jahre seine Macht dazu

mißbraucht, um die Wahlbezirke derartig zusammenzulegen, daß 15 000 bürgerliche über 22 000 sozialdemokratische Stimmen siegen konnten. (Hört! hört!) Auch haben in Hamburg gerade die Vertreter der Freisinnigen Volkspartei sich am eifrigsten für die Wahlrechtsverschlechterung ins Zeug gelegt. (Sehr richtig!) Nach all diesen Vorgängen wäre es eine Lüge zu behaupten, daß der Liberalismus ein Anhänger dieses wichtigsten aller Volksrechte sei. — Und wie steht es mit dem Zentrum? Das Zentrum, mit dem im Augenblick unsere Genossen in Bayern für das allgemeine Stimmrecht eintreten? Und doch widerspricht auch diese Tatsache keineswegs dem, was ich ausgeführt habe. Wenn Sie glauben, daß das Zentrum politische Prinzipien habe, dann täuschen Sie sich. Es hat keinen anderen Grundsatz als den, um jeden Preis die Macht der Kirche und damit sich zu stärken. (Sehr richtig!) Das Zentrum tritt nur für die gottgewollte Ordnung ein. Diese gottgewollte Ordnung ist aber in seinen Augen immer nur die dem Zentrum nützliche Ordnung, die die Macht der Kirche und des Zentrums stützt. (Sehr richtig!) Die Kirche hat sich im Laufe der Jahrtausende, wie ich in Straßburg unwiderleglich nachgewiesen habe, mit allen Staatssystemen und allen Wirtschaftsordnungen abgefunden, und ich sage Euch, Parteigenossen: wenn es einmal zur letzten Entscheidung kommt und das Zentrum sich sagt: jetzt können wir des Sozialismus nicht mehr Herr werden — dann setze ich tausend gegen eins, werden die Prediger der christlichen Liebe, die jetzt für die bürgerliche Ordnung eintreten, wie sie früher für die feudale und antike Ordnung eingetreten sind, auch für den Sozialismus eintreten. (Zustimmung und große Heiterkeit.) Und sie werden Euch dann mit einer Schärfe und Klarheit, gegen die Ihr alle Stümper seid (Heiterkeit), beweisen, daß das Neue Testament an den und den Stellen ganz zweifellos und klärlich für den Kommunismus sich ausspreche, also zwischen katholischer Kirche und Sozialismus gar kein Unterschied bestehe. (Lebhaftes sehr richtig und Heiterkeit.) So wird das Zentrum eines Tages handeln, wenn es nicht mehr anders kann; es wird freilich bei uns seine Rechnung nicht finden. Nun hat das Zentrum allerdings in Baden und Bayern für das allgemeine Wahlrecht gewirkt. Weshalb? In Bayern ist das Zentrum auf Grund des bestehenden Wahlrechts nicht in der Lage, die Macht zu erlangen, die es haben will, eine Macht, die ihm in der Staatsverwaltung und Staatsvertretung die absolute Herrschaft verschafft, und da unsere Genossen in Bayern das Interesse haben, um jeden Preis dem jetzigen Wahlsystem den Hals zu brechen, da ferner der Liberalismus, getreu seiner Stellung als Repräsentant des Kapitalismus, sich zu keiner Konzession herbeilassen wollte und jede Reform hintertrieb, so war ein Zusammengehen von Sozialdemokratie und Zentrum eine Notwendigkeit. In dem Augenblick jedoch, wo das Ziel dieses Zusammengehens erreicht ist, wird der Kampf zwischen Sozialdemokratie und Zentrum in einer Schärfe entbrennen, wie er niemals zwischen Liberalismus und Zentrum entbrennen konnte. (Sehr richtig!) So lagen die Dinge bis jetzt in Bayern. Das Zentrum ist also in Bayern deshalb für das allgemeine Wahlrecht, weil nur so die Stimmen seiner bäuerlichen und kleinbürgerlichen Anhänger voll zur Geltung kommen können. Aehnlich lagen die Dinge in Baden, in dem die Macht des Nationalliberalismus nur durch das allgemeine Wahlrecht gebrochen werden konnte. Deshalb, und nicht aus prinzipiellen Gründen, trat es in Baden und Bayern für das allgemeine Wahlrecht ein, während es in Preußen seit 1875, als noch Windthorst lebte, keinen Finger gerührt hat, um das allgemeine Wahlrecht einzuführen. Ja, das Zentrum hat sogar das Gegenteil getan, es hat bei der sogenannten Wahlreform 1892/93 so reformiert, daß es auf die eigenen Kosten kam, und hat sich unter faulen Redensarten von der Forderung des allgemeinen Stimmrechts gedrückt. Wie ist es aber in Württemberg? Dort steht bekanntlich eine Verfassungsänderung bevor; dort besteht das allgemeine direkte Wahl-

recht seit Jahrzehnten, allerdings bei sehr ungleichen Wahlkreisen. Jetzt soll die Reform einsetzen mit dem Hinauswerfen der 24 Privilegierten aus der zweiten Kammer, die Kraft ihrer amtlichen oder kirchlichen Stellung als Landtagsabgeordnete in der Kammer sitzen. Es sollen nunmehr auch diese 24 Mandate mit Hülfe des allgemeinen Stimmrechts besetzt werden. Hier tritt nun der Führer des Zentrums in Württemberg, der Reichstags-Abgeordnete Gröber, auf und erklärt, das gehe nicht, denn das hieße, der Sozialdemokratie eine gewaltige Macht zuwenden. So pfeift das Zentrum in Württemberg. Dort malt Gröber, der ein riesig geschickter Herr ist, der Kammer ein Gemälde an die Wand, daß den Herren eine Gänsehaut überläuft über die Gefahr, welche die Einführung des allgemeinen Stimmrechts für Württemberg bringe, wenn auch jene 24 Sitze nach dem bestehenden allgemeinen Wahlrecht besetzt würden. Ach, wenn es nur wahr wäre! Aber Herr Gröber weiß genau so gut wie ich, daß es nicht wahr ist, daß es nicht wahr sein kann, weil die ökonomischen Vorbedingungen hierfür in Württemberg noch nicht gegeben sind. Gröber schlägt also vor, man solle die 24 Abgeordneten zwar durch das allgemeine gleiche Wahlrecht wählen lassen, aber nach Ständen, um so sich die Herrschaft in der Kammer zu sichern. Sie sehen, wie recht ich habe, wenn ich sage, das Zentrum handelt stets nur so, wie es seinem Vorteil entspricht. (Lebhafte Zustimmung.) Zum Ueberfluß erinnere ich daran, was die „Kölnische Volkszeitung" im April d. J. über die Wahlrechtsverschlechterung in Hamburg schrieb. „Es ist ja richtig," schrieb sie, „daß jeder Staat, sobald eine sozialdemokratische Volksvertretungsmehrheit die ganze Maschine zum Stillstand zu bringen droht, rechtzeitig Gegenmaßregeln treffen muß." (Hört! hört!) Da sehen Sie das Programm des Zentrums. Es ist für das allgemeine Wahlrecht, so lange es ihm die Mehrheit sichert, aber wenn das allgemeine Wahlrecht eine sozialdemokratische Mehrheit schafft, dann ist es etwas anderes. Wir sollen die Staatsmaschine zum Stillstand bringen wollen, heißt es in dem Artikel der „Köln. Volkszeitung", wenn wir ans Ruder kämen. Nein, wir wollen sie erst recht benutzen mit einem bisher noch nicht erhörten Tempo, um den alten Schutt wegzuräumen und neue gesündere Grundlagen zu schaffen. (Sehr gut!) Weiter schreibt die „Kölnische Volkszeitung": „Kein Staat kann sich selbst verneinen und umstürzen lassen, ohne sich zu wehren. Darüber sollen die Sozialdemokraten sich nur gar keinen Täuschungen hingeben." Merkt Euch das alle recht sehr für künftige Wahlagitationen und für Euer politisches Verhalten dem Zentrum gegenüber!

Es herrscht kein Zweifel, daß eines Tages die Dinge sich so entwickeln werden, wie ich es geschildert habe. Darüber sind sich Marxisten und Revisionisten einig, daß das Proletariat sich mehr und mehr vermehrt und schließlich die ungeheure Mehrheit der Nation bildet. Das Proletariat bildet schon heute nach seiner Zahl und seiner sozialen Bedeutung die Grundlage der Nation, es ist der Erzeuger des Reichtums, es ist die Grundlage unserer Wohlhabenheit, die Grundlage unserer Steuerfähigkeit, die Grundlage unserer Verteidigungsfähigkeit, die Grundlage von all und jedem. Diese Masse bildet das Fundament der Gesellschaft, auf ihrem Rücken ist die gesellschaftliche Pyramide aufgebaut, und wenn einmal das Fundament dieser Pyramide zu wanken beginnt, dann stürzt sie zusammen. (Sehr wahr!) Ich mache nicht graulich. Die Möglichkeit ist vorhanden, die Entwickelung in friedlichen Bahnen zu erhalten. Das hängt mit von uns ab. Es hängt aber in allererster Linie ab von der Macht, die wir unseren Organisationen geben, von der politischen Bildung und Einsicht, die wir in die deutsche Arbeiterklasse hineintragen, die in jeder Stunde der historischen Entwickelung des Landes genau wissen muß, wo sie zu stehen, was sie zu tun und zu lassen hat. (Lebhafter Beifall.) Nach dieser Richtung hin ist Klarheit nötig! Aber auch nach der Gegenseite. Weit mehr als von uns hängt der Gang der Entwickelung von dem Verhalten unserer Feinde ab. Deren Tun und Lassen schreibt uns

unsere Taktik vor; diese allein haben es in der Hand, ob die Dinge sich friedlich, sozusagen naturgemäß entwickeln, oder ob Katastrophen eintreten. Wer glaubt, den Massen ihre Staatsbürger- und Menschenrechte verweigern oder gar sie ihnen rauben zu können, der irrt sich gewaltig. (Sehr richtig.) Hier hilft kein Bremsen. Ach, bremst da oben soviel ihr wollt, die Bremse geht über euch weg. Wir sehen ferner, daß die bürgerlichen Parteien sich mehr und mehr zusammenschließen, daß die Gegensätze unter ihnen sich mehr und mehr verwischen. Die bürgerlichen Parteien sagen sich, können wir das Ungeheuer, die Sozialdemokratie, nicht aus unseren Augen hinwegschaffen, das uns Tag und Nacht so viel Sorgen macht, das uns in unseren Träumen erscheint, dann wollen wir wenigstens zusammenstehen um es abzuwehren. Daher der enge Zusammenschluß unserer Feinde seit den Wahlen von 1903! Ein klassisches Schulbeispiel sind die Landtagswahlen in Eßlingen, wo von der süddeutschen Volkspartei, dem radikalsten Flügel der Bourgeoisie, bis zu den Konservativen alles ein Herz gegen die Sozialdemokratie war, und wo unsere Genossen durch ihre Energie den gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten über den Haufen rannten! Wenn ich je mit unseren württembergischen Genossen zufrieden war, so bei der Wahl in Eßlingen. (Sehr wahr!) Ein Hüben, ein Drüben nur gibt's, es ist nicht mehr möglich zu paktieren, und aus dieser Situation heraus haben auch die verschiedenen bürgerlichen Parteien den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründet, sie geben ihr Geld dafür aus, daß sie eine politische Prätorianerbande*) als Redner ausbilden und herausschicken, die ohne Rücksicht auf die politische Stellung der einzelnen bürgerlichen Parteien nur die Aufgabe haben, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, d. h. sie zu beschmutzen.

Wie falsch diejenigen urteilen, welche die parlamentarische Tätigkeit unterschätzen, zeigt der große Bergarbeiterstreik. Das moralische Ergebnis war ein Sieg der Bergarbeiter, keine Niederlage (sehr wahr!), ein Sieg, der die stärkste Gewalt in Deutschland, die preußische Regierung, zwang, den Bergarbeitern in gewissen Grenzen Rechnung zu tragen und eine Reform der Berggesetzgebung einzuleiten. Aber die Regierung wagte nicht, an den Reichstag des allgemeinen Stimmrechts zu gehen, sondern sie ging an das Dreiklassenparlament in Preußen, weil sie wußte, daß dort eine Reform zustande kam, die keine wirkliche Reform, sondern ein taubes Ei ist. (Sehr richtig!) Und da machte das Zentrum mit, weil es um jeden Preis verhüten wollte, daß die Vorlage an den Reichstag kam. Hier haben wir den schlagendsten Beweis, welche moralische Macht das allgemeine Stimmrecht und speziell die Anwesenheit von Sozialdemokraten auf Grund dieses allgemeinen Stimmrechts auszuüben vermag! So betrog man die Bergarbeiter um ihr Erstgeburtsrecht, so schuf man eine Vorlage, die nicht entfernt das war, was die Arbeiter zu beanspruchen berechtigt waren. (Sehr wahr!) Und da faßte das Herrenhaus auch noch die Resolution, die eine neue Zuchthausvorlage fordert, da kam Bülows Versprechen, die Selbstverwaltung der Krankenkassen einzuschränken. Alles Beweise dafür, was erst geschähe, wenn keine Sozialdemokraten im Reichstage säßen! (Sehr richtig!) Und angesichts einer solchen Mißhandlung der Bergarbeiter, da wagt man, uns zu empfehlen, wir sollten auf die parlamentarische Tätigkeit verzichten. Dort in Rußland tobt ein gewaltiger Kampf, in erster Linie um die Erlangung politischer Rechte, um ein modernes Staatssystem zu erhalten! Dort steigen unsere Genossen mit freudigem Kampfesmut auf die Barrikaden, dort opfern Männer und Frauen ihr Alles, setzen sie ihr Höchstes, ihr Leben ein, um endlich einen modernen Staat zu bekommen. (Lebhafter Beifall.)

---

*) Prätorianer, die Leibwache der alten römischen Kaiser, hier bezahlte Schutzwache für die Interessen des Kapitalismus.

Selbst der konservative General Liebert, ein Mann, dem nichts ferner liegt, als der Sozialdemokratie Zugeständnisse zu machen, spricht die Ueberzeugung aus, ein Krieg wider den ausgesprochenen Willen der Massen sei künftig bedenklich. Die Massen forderten ihr Recht mitzusprechen, wenn sie ihre Haut zu Markte tragen sollten. Und doch sagt man, das Proletariat habe keine Macht und keine Bedeutung! Ferner sagt man von einer Seite, von der ich das nicht erwartet hätte, die Macht der Partei sei eine minimale. Und das, obwohl bereits vor 12 Jahren Caprivi unserem verstorbenen Genossen Grillenberger gegenüber erklärte, die Regierung besehe sich jede Vorlage darauf hin, welchen Einfluß sie auf die Sozialdemokratie übe. Aber wir haben keinen Einfluß, wir spielen keine Rolle! Es wird ferner gesagt, wir hätten nichts zu sagen, obwohl zweifellos auch die auswärtige Politik mit Rücksicht auf die Sozialdemokratie gemacht werden muß. Man versucht neuerdings freilich, den Reichskanzler zu einer Art politischen Papst zu machen, dadurch, daß man jeden, der versucht, die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu kritisieren, mundtot macht. Das geschah Jaurès, das geschah unseren Freunden in Konstanz, das passierte mir sogar neulich selbst in Straßburg. Der Ueberwachende hatte allerdings schon viel Unangenehmes zu hören bekommen; er war schon lange nervös (Heiterkeit), es paßte ihm nicht, was ich sagte, aber als ich auf die Marokkofrage zu sprechen kam, war es mit seiner Ruhe zu Ende. Er erlaubte nicht, darüber zu reden. (Hört! hört!) Ich wollte die Versammlung nicht zur Auflösung bringen, und da außerdem die Unterbrechung das schönste war, was ich mir wünschen konnte, weil sie mir Gelegenheit zu neuen Angriffen gab, so habe ich mich gefügt. Sehen wir ferner die auswärtige Situation an! Der Kampf in Rußland sitzt unseren Regierenden viel mehr in den Knochen, als Sie glauben. (Sehr richtig!) Sie haben eine Heidenangst, daß das Feuer überspringen könnte, sie sagen sich, wenn das in Rußland möglich ist, wo keine Organisation besteht, wo das Proletariat im Verhältnis gering an Zahl ist, was kann dann in Deutschland geschehen, wo wir politisch aufgeklärte Massen, ein organisiertes Proletariat haben, wo es bereits nicht nur Bataillone, sondern ganze Regimenter in der Armee gibt, die aus Sozialdemokraten zusammengesetzt sind, und wenn man die Reserve und Landwehr einberuft, ganze Brigaden Sozialdemokraten einziehen. (Stürmischer Beifall.) Da fragt man sich, was soll da aus uns werden? Parteigenossen, sie wären beschränkt, wenn sie sich das nicht sagten. Das gehört auch zum Kapitel von der Macht der Sozialdemokratie. Ferner die beständigen Fehlschläge der Kolonialpolitik, die verfehlte auswärtige Politik, die neue Flotten- und Steuerpolitik, all das, darüber täuscht man sich oben nicht, ist Stoff für die Sozialdemokratie, Material, das wir bloß zu verwenden brauchen. Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß wir, da wir die Minorität sind, in der Politik vorzugsweise auf die Defensive, die Kritik angewiesen sind, die wir übrigens so energisch üben, daß Herr v. Einem z. B. heilfroh wäre, wenn durch Gesetz verhindert würde, daß Sozialdemokraten in den Reichstag kommen. (Heiterkeit.)

So ist die Situation, in der jeder aufmerksame Genosse sich fragen muß, nachdem die bisherigen Mittel nicht ausgereicht haben, gewisse Attentate auf die Rechte der Arbeiterklasse unmöglich zu machen: Sind die taktischen und agitatorischen Mittel, die wir bisher angewandt haben, genügend, oder müssen wir neue hinzufügen?

Hier ist nun der Vorschlag des politischen Massenstreiks gemacht worden. Man sagt uns: den politischen Massenstreik macht man, aber man spricht nicht davon. Es ist eine Torheit, eine solche Diskussion dadurch beseitigen zu können, daß man so tut, als höre man sie nicht. Das ist Vogelstraußpolitik. (Sehr richtig!) Wenn diese Frage an allen Ecken und Enden angeschnitten wird, gleichviel ob es nun in richtiger oder verkehrter Weise geschieht, muß jeder auf-

merksame Mann, besonders aber jeder Führer einer Partei, der diesen Namen verdient, sich fragen, ob es nicht an der Zeit sei, daß die Partei den Vorschlag einmal diskutiert. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn große Massen in Frage kommen, kann man nicht Maßregeln, bei denen die Massen eine Rolle zu spielen haben, vor den Massen unbesprochen lassen. Soll die Masse mit Begeisterung für eine bestimmte Handlung eintreten, dann verlangt sie auch die Wirkung und den Zweck der Maßregel zu kennen. Das ist ihr gutes Recht. (Lebhafte Zustimmung.) Außerdem folgen aufgeklärte Massen nicht blind gegebenen Befehlen. Nun hat der Gewerkschaftskongreß in Köln geglaubt, den Massenstreik durch die Annahme der Resolution Bömelburg abzutun. Man lehnte den Generalstreik, wie ihn die Anarchisten und die Anarchosozialisten wollen, ab und erklärte, wir wollen weiter keine Diskussion. Was ist damit erreicht worden? Das gerade Gegenteil. Nach der Annahme der Resolution Bömelburg, die in Form und Inhalt an einer großen Unklarheit leidet, ist die Diskussion erst recht in Fluß gekommen. Wie groß die Unklarheit ist, beweist, daß man selbst v. Elm vorwirft, er habe die Resolution mißverstanden, v. Elm, mit dem ich zwar oft in Meinungsdifferenzen war und mit dem ich schon häufig die Klinge gekreuzt habe, in dem ich aber einen sehr berufenen Vertreter sehe, über die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses und über die Bedeutung der Generalstreik-Resolution ein Urteil abzugeben. Man muß in der Tat die Resolution mit der Lupe studieren, um herauszufinden, daß man nicht so weit gegangen ist, die Diskussion des Generalstreiks zu verbieten. Aber man kann beim Lesen der Resolution und auch in ihrer Begründung allerdings den Eindruck gewinnen, daß die Diskussion des Generalstreiks unterbleiben soll. Da sie jedoch auch anders gedeutet werden kann und wir alle Veranlassung haben, gerade in dieser Frage mit den Gewerkschaften zusammenzugehen, so müssen wir ganz objektiv an die Prüfung der Sache herangehen. Auch eine andere Stelle in dem Elmschen Artikel ist mir aus der Seele gesprochen. Es heißt da, es wäre weit besser gewesen, statt eine so unklare und widerspruchsvolle Resolution zu fassen, eine energische Resolution zu beschließen, in der den Machthabern unzweideutig erklärt wird: Wagt Ihr es, an dem allgemeinen Wahlrecht zu rütteln, so werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre wirtschaftliche Macht voll einsetzen, um ein solches Verbrechen zu verhindern. (Sehr richtig!) Diesen Standpunkt Elms halte ich für ganz richtig. Es heißt in dem Artikel weiter: weit mehr als die politische Partei seien die Gewerkschaften am allgemeinen Wahlrecht interessiert. (Sehr richtig!) Denn mit dem Wahlrecht seien zugleich Vereins- und Versammlungsrecht und das Koalitionsrecht bedroht. (Sehr richtig!) Elm sagt ferner, die politischen Führer würden gar nicht in Verlegenheit kommen, wenn Ausnahmegesetze erlassen würden, denn die würden dann zur Taktik von 1878 zurückkehren. (Sehr gut!) Das ist vollkommen richtig. In dieser Zeit sind die geheimen Organisationen wie Pilze aus dem Boden geschossen. Wir spielten mit der Polizei wie die Katze mit der Maus. (Heiterkeit.) Es war ein Gaudium, ein Privatvergnügen für unzählige Genossen. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) Und wenn wir unter uns sind, ist es unsere schönste Unterhaltung, wenn wir uns unsere Erlebnisse aus jener Zeit erzählen, wie wir damals die Polizei an der Nase herumgeführt haben (Heiterkeit), wie wir mit ihr gespielt haben. Und wenn auch einmal eine Anzahl Genossen ins Gefängnis wandern mußten — nun, wir haben bald alle schon drin gesessen, und es kommt vielleicht einmal dahin, daß der nicht für voll gilt, der nicht wenigstens einmal im Gefängnis gesessen hat. (Große Heiterkeit.) Das wäre eine erbärmliche Partei, die sich durch den Staatsanwalt und durch die Strafgesetze einschüchtern ließe, ihr Menschen- und Bürgerrecht zu verteidigen. (Lebhafter Beifall.) Eben erleben wir bei den russischen Vorgängen, wie Tausende von Genossen und Genossinnen ihr Leben, ihr alles in die Schanzen schlagen, und da sollen wir nicht den Mut haben, einige Monate

Gefängnis und Schlimmeres zu ertragen, um die Rechte zu behalten, die wir besitzen? (Lebhafter Beifall.) Also der Kölner Beschluß hat nur Unklarheit und Verwirrung erzeugt und der Streit ist seitdem ins Unendliche gegangen. Interessant ist aus dem Referat, das Genosse Bömelburg damals erstattete, die Begründung, warum man die Frage auf die Tagesordnung gesetzt habe. Er sagte, das sei geschehen, um die Gefahr zu beseitigen, daß die Gewerkschaften sich später Beschlüssen fügen müßten, die einseitig von anderer Stelle gefaßt sind. Diese „andere Stelle" ist der Parteitag. Man wollte uns also contrecarriren*) und unsere Entschlüsse beeinflussen.

Es ist nun kein Zweifel, daß, wenn Partei und Gewerkschaften eine Frage gleichermaßen interessiert, es die Frage des politischen Massenstreiks ist. Denn die Gewerkschaftler sind nicht nur Gewerkschaftler sondern auch Staatsbürger und als solche haben sie das lebhafteste Interesse an den politischen Zuständen des Staates und nicht nur an den wirtschaftlichen Zuständen der Gesellschaft. Was ist der Staat? Wer sich darüber gründlich informieren will, dem empfehle ich die Schrift von Engels über die Entstehung der Familie, des Privateigentums und des Staats zu lesen, und wenn er sie beim ersten Lesen nicht versteht, so lese er sie zwei- oder dreimal. Dann erfährt er, was der Staat ist, daß der Staat erst notwendig wird, wenn an Stelle der auf Kommunismus bestehenden Familien- und Stammesgemeinschaft das Privateigentum tritt. Sobald diese Entwickelung eintritt, entstehen die Klassengegensätze, jetzt werden die Eigentümer die Feinde der Nichteigentümer und umgekehrt. Die besitzende Klasse macht sich zur herrschenden Klasse, die die Massen unterdrückt und den Staat gründet, das heißt eine Organisation, die Staat heißt, um durch die Staatsgewalt ihre Interessen zu schützen und zu fördern gegen die Interessen der Nichtsbesitzer. In dem Maße, wie die Produktionsformen sich entwickeln und nach der Art, wie das Produzierte verteilt wird, ändert sich notwendigerweise auch der Staat. So sehen wir den auf Sklaverei beruhenden antiken Staat durch den auf Leibeigenschaft und Hörigkeit beruhenden Feudalstaat verdrängt werden. Im Feudalstaat entsteht das Bürgertum der Städte, dessen Interessen allmählig wieder mit der feudalen Ordnung der Dinge in schärfstem Gegensatz treten. Aus diesem Gegensatz schöpft als lachender Dritter das absolute Fürstentum seine Macht und es entsteht der absolutistische Staat. Nun entsteht aber das modernere Bürgertum, das sowohl mit der feudalen, wie mit der absolutistischen Ordnung der Dinge in Kampf gerät und schließlich den seinen Interessen entsprechenden konstitutionellen Staat begründet, und zwar durch die großen Revolutionen, die ganz Europa erschüttert haben. Es ist töricht, wenn man uns vorwirft, wir wollten die Revolution, wo doch alle bisherigen Revolutionen vom Bürgertum gemacht wurden. Das Bürgertum räumte zwar den Arbeitern eine Reihe Rechte ein, aber das entscheidende Recht, das Wahlrecht, verweigert es ihm so lange es geht. Darum muß nach derselben Logik, nach der bisher alle unterdrückten Klassen im Laufe der Geschichte nach der Staatsgewalt gegriffen haben, um dann im Interesse ihrer Klassenstellung Staat und Gesellschaft umzuwandeln, auch das Proletariat als die letzte unterdrückte Klasse die politische Gewalt erobern, um mit Hülfe dieser Gewalt auf sozialem Gebiet die Einrichtungen zu schaffen, die seine Macht unerschütterbar machen. (Sehr gut!) Schließlich hat auch dem Staat die letzte Stunde geschlagen, weil es in der neuen Gesellschaft keine Klassengegensätze mehr gibt und der Staat als eine herrschende und beherrschende Gewalt seine Existenzberechtigung und seine Existenzmöglichkeit verloren hat. Aber bis die Dinge soweit kommen — es kann lange dauern — müssen wir, koste es, was es wolle, nach der Staatsgewalt trachten. Genossen, es wäre wider alle Logik, es wäre ein Schauspiel der unerhörtesten Art,

*) entgegenarbeiten, Pläne durchkreuzen.

wenn eine so gewaltige Klasse, wie es die moderne Arbeiterklasse materiell, physisch und geistig geworden ist, sich das nehmen ließe, was alle unterdrückten Klassen vor ihr als selbstverständlich beansprucht haben. (Lebhafte Zustimmung.) Das muß auch uns gelingen; wie, das ist Sache der politischen Situation, die nicht wir, sondern unsere Gegner schaffen. Wir können den Gegnern nur sagen: nehmt euch in acht; ihr im 20. Jahrhundert solltet doch endlich aus der Geschichte gelernt haben, wohin es führt, wenn ihr glaubt, auf die Dauer gegen den Willen der großen Mehrheit der Nation herrschen zu können. Das gibts nicht.

Nun hat man vorgeschlagen, man müsse als letztes Mittel zum Generalstreik schreiten, der von den Anarchisten propagiert wird. Der Anarchismus ist im Grunde genommen ein konsequenter Ausläufer des bürgerlichen Liberalismus und Individualismus. (Sehr richtig!) Das kann man am klassischsten aus dem Werke von Stirner „Der Einzige und sein Eigentum" ersehen, das im Jahre 1845 erschienen ist und nicht nur den Anarchismus, sondern auch den Anarchosozialismus (Heiterkeit!) bereits enthält. Daher denn auch überall im Anarchismus diese ideologischen Anschauungen, wie sie der Liberalismus zutage fördert. Dieser Anarchismus sagt: Wir haben nicht mit dem Staat zu tun: ich bin ich selbst und alles andere ficht mich nichts an. Der Staat ist ein Ungeheuer, ist die konzentrierte Macht, die mich unterdrückt, mir meine individuelle Freiheit raubt, ich kümmere mich nicht um ihn; entwickelt eure Individualität als Proletarier und ihr werdet sehen, wie weit ihr kommt. Aber darum handelt es sich ja gerade, daß die kostbarsten individuellen Eigenschaften, die zahlreichsten und schönsten Keime menschlicher Vervollkommnung, die in unzähligen Köpfen vorhanden sind, sich in der bestehenden sozialen Ordnung nicht entwickeln können, daß es ein Zufall ist, wenn sie einmal bei einem einzelnen in Not und Elend groß gewordenen Menschen zur Entfaltung kommen. Die heutige Gesellschaft beruht auf der Verkrüppelung der Individualität der großen Massen und es ist geradezu die Aufgabe des heutigen Staates, für die Unterdrückung der Massenindividualitäten zu wirken. Diesen Staat nun, sagt Friedeberg, sollen wir in Frieden lassen, um den sollen wir uns nicht kümmern. (Friedeberg: Habe ich nicht gesagt!) Das werde ich Ihnen nachweisen, wenn ich in Berlin mit Ihnen abrechne. Dort hat er die größte Redefreiheit, und ich hoffe, er wird dann verholzt werden, wie er noch nie verholzt worden ist. (Große Heiterkeit.) Also der Generalstreik soll das Allheilmittel sein; mit ihm stürzt man die ganze bürgerliche Gesellschaft — wie der Staat gestürzt werden soll, darüber zerbricht man sich nicht den Kopf. Wenn der Generalstreik gemacht wird, so schwebt der Staat in der Luft — als wenn er sich das gefallen ließe, in der Luft zu schweben! (Heiterkeit und Zustimmung.) Der Generalstreik verhindert die Kriege, er entwaffnet das Militär, er erobert im Handumdrehen den Achtstundentag; er schafft mit einem Schlag die sozialistische Organisation der Gesellschaft, Generalstreik hinten und Generalstreik vorn. Von alledem wird einem so dumm, als ginge einem ein Mühlrad im Kopfe herum! (Sehr gut!) Das Ende vom Liede ist eigentlich die Nurgewerkschaftlerei. (Sehr richtig!) Das will man nicht, aber es ist die logische Konsequenz. Denn man nimmt den Anhängern dieser Idee des allmächtigen Generalstreiks allmählich so völlig allen Glauben an die politischen Machtmittel und die Notwendigkeit des politischen Kampfes, daß sie selbstverständlich darauf verzichten werden, in die politischen Organisationen einzutreten. (Sehr richtig!)

Die Generalstreikfrage hat uns bereits auf einer ganzen Reihe von internationalen Kongressen beschäftigt. Das erste Mal 1889 in Paris. Da meinte Tressaud-Marseille, die Manifestation*) am 1. Mai werde wirkungslos bleiben, sie müsse durch einen Generalstreik unterstützt werden; der Kongreß sollte als Anfang der sozialen Revolution den Generalstreik beschließen. Sein dahin-

*) Kundgebung.

gehender Antrag wurde aber bei der Abstimmung mit sehr großer Mehrheit verworfen. Auf dem internationalen Kongreß zu Brüssel beantragte dann Domela Nieuwenhuis, daß die Sozialisten aller Länder eine etwaige Kriegserklärung beantworten sollten mit einem Aufruf an das Volk zur allgemeinen Arbeitseinstellung. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Der internationale Kongreß in Zürich 1893 beauftragte eine Kommission mit der Erörterung des General- bezw. Weltstreiks. Diese Kommission schlug folgende Resolution vor, die aber nicht mehr zur Erörterung gelangte:

„In Erwägung, daß Streiks nur unter bestimmten Verhältnissen und zu bestimmten Zwecken mit Erfolg unternommen werden können, diese jedoch nicht von vornherein festzustellen sind, in Erwägung, daß ein Weltstreik schon wegen der so ungleichen ökonomischen Entwicklung in verschiedenen Ländern unausführbar ist, von dem Moment aber, wo er ausführbar, nicht mehr nötig ist, in weiterer Erwägung, daß selbst ein auf ein Land sich beschränkender allgemeiner Streik, wenn friedlich durchgeführt, aussichtslos, weil der Hunger die Streikenden in erster Linie treffen und zur Kapitulation zwingen würde, ein gewaltsamer Streik aber von den herrschenden Klassen unbarmherzig niedergeschlagen würde,

erklärt der Kongreß, daß unter den gegenwärtigen sozialpolitischen Verhältnissen im besten Falle ein Generalstreik einzelner Industrien mit Erfolg durchgeführt werden kann; ferner, daß Massenstreiks unter Umständen eine höchst wirksame Waffe nicht bloß im ökonomischen, sondern auch im politischen Kampfe sein können, eine Waffe jedoch, deren wirksame Anwendung eine tüchtige gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse voraussetzt. Der Kongreß empfiehlt daher den sozialistischen Parteien aller Länder diese Organisation mit aller Energie zu fördern, und geht über die Frage des Weltstreiks zur Tagesordnung über."

Diese Resolution ist insofern sehr interessant — und ich selbst war, als ich die Akten studierte, durch ihren Inhalt überrascht — als sie zwar den Weltstreik ablehnt, aber den politischen Massenstreik immerhin für diskutierbar hält, und zwar unter der Bedingung, daß die Organisationen entsprechend weit gediehen sind. Ich finde, daß dieser Teil der Resolution eigentlich klarer ist als die Amsterdamer Resolution. (Sehr richtig!)

Auch in London wurde 1896 auf dem internationalen Kongreß über den Generalstreik verhandelt. In der Resolution über die Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse — Berichterstatter war Molkenbuhr — heißt es: „Der Kongreß hält den Streik und Boykott für ein notwendiges Mittel zur Erreichung der Aufgaben der Gewerkschaften, sieht aber die Möglichkeit für einen internationalen Generalstreik nicht gegeben. Das nächste Erfordernis ist die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeitermassen, weil von dem Umfang der Organisation die Frage der Ausdehnung des Streiks auf ganze Industrien o d e r Länder abhängt."

Der internationale Kongreß zu Paris 1900 hatte den Generalstreik als letzten Punkt auf der Tagesordnung. Der Berichterstatter Legien erklärte: „Wir haben den nicht gerade formvollendeten Londoner Beschluß wiederholt, um zu dokumentieren, daß wir unsere Anschauung über den Generalstreik nicht geändert haben ... Solange keine starken Organisationen vorhanden sind, ist der Generalstreik für uns nicht diskutierbar. Für die Bourgeoisie wäre ein Generalstreik u n o r g a n i s i e r t e r Massen ein Vergnügen; in ein paar Tagen hätte sie ihn niedergeworfen eventuell mit Waffengewalt und damit wäre die Arbeit von Jahrzehnten vernichtet." Der Kongreß nahm schließlich mit 27 gegen 7 Stimmen die Resolution der Mehrheitskommission an, die den Londoner Beschluß wiederholt.

Sie sehen, daß diese Frage durchaus nicht ablehnend behandelt worden ist. Endlich haben wir den Beschluß des Amsterdamer Kongresses. Derselbe lautet: „In Erwägung, daß die n o t w e n d i g e V o r a u s s e t z u n g für den Erfolg eines Massenstreiks eine starke Organisation und

die freiwillige Disziplin der Arbeiterschaft ist, hält der Kongreß den absoluten Generalstreik in dem Sinne, daß alle Arbeit niedergelegt wird, für unausführbar, weil derselbe jede Existenz, also auch die des Proletariats unmöglich macht. In weiterer Erwägung, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse nicht das Resultat einer derartigen plötzlichen Kraftanstrengung sein kann, daß es aber möglich ist, daß ein Streik, der sich über einzelne, für das Wirtschaftsleben wichtige Betriebszweige oder über eine große Anzahl Betriebe ausdehnt, ein äußerstes Mittel sein kann, um bedeutende gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen oder sich reaktionären Anschlägen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen, warnt der Kongreß die Arbeiter davor, sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generalstreik, in der Absicht, sie davon abzuhalten, den bedeutungsvollen täglichen Kleinkampf durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion zu führen, nicht ins Schlepptau nehmen zu lassen, und fordert sie auf, ihre Einheit und Machtstellung im Klassenkampf durch die Entwickelung ihrer Organisation zu stärken, weil, sollte der Streik mit einem politischen Ziel sich einst als nötig und nützlich herausstellen, sein Gelingen davon abhängen wird." Zwischen den Ausführungen, die Robert Schmidt als Vertreter der Gewerkschaften in Amsterdam gemacht hat und denen Legiens 1900 in Paris besteht ein erheblicher Unterschied. Legien sagte, wenn ihr Italiener und Franzosen den Generalstreik wollt, so sorgt für eine entsprechende Organisation, dann wollen wir darüber diskutieren. Robert Schmidt erklärte dagegen in Amsterdam: die großen deutschen Gewerkschaften halten den Generalstreik für nicht diskutierbar. Allerdings erwähnt Schmidt bei dieser Gelegenheit den Massenstreik nicht. Interessant ist auch der Ausspruch Brians in Amsterdam, der den Massenstreik für notwendig erachtet, um die Wahlrechtsverschlechterung in Deutschland abzuwehren. Die Resolution wurde in Amsterdam schließlich mit 36 gegen 4 Stimmen angenommen. Auch der Bremer Parteitag hat über die Frage verhandelt. Mehrere Redner, wie Zetkin, Liebknecht, Kautsky, Bernstein sprachen sich zugunsten der Erörterung dieser Frage auf einem Parteitage aus. Schließlich kamen die Verhandlungen in Köln, dort nahm Bömelburg dieselbe Stellung wie Schmidt ein und eiferte gegen die Theoretiker, die mangels praktischen Verständnisses derartige Fragen aufwerfen. Robert Schmidt verglich in Köln den Massenstreik mit einem Strick, den man der Arbeiterklasse um den Hals lege, während man der Bourgeoisie zurufe: Ziehe zu! (Rufe: Sehr richtig!) Bömelburg wies darauf hin, daß die Arbeiterbewegung der Ruhe bedürfe, um ihre Organisationen auszubauen, während die Frage des Massenstreiks Unruhe in die Massen hineintrage und Spaltungen verursache.

Die Frage ist dann weiter erörtert worden, speziell vom Genossen Heine im September-Heft der „Monatshefte." Er wendet sich darin in scharfer Weise gegen die Schrift der Genossin Roland-Holst über den Generalstreik. Mir wäre es lieber gewesen, wenn ihm dabei die Feder nicht so oft ausgeglitten wäre. Er hat gegen die Genossin Roland-Holst in einer Weise polemisiert, die ich lebhaft bedauere (sehr richtig); er spricht von der hochnäsigen Art, mit der sie Männer wie Jaurès, Bömelburg, David usw. abkanzle. Er schreibt, solches (abstrakte) Gerede über den Massenstreik sei im günstigsten Falle wertlose Kannegießerei! (Hört! hört!) Man kann solche Ansichten ja haben und sie Freunden gegenüber aussprechen. Aber angesichts der Tatsache, daß wir so viel über den guten Ton debattiert haben, hätte ich gewünscht, daß Heine bei seiner sozialen Stellung mit gutem Beispiele vorangegangen wäre. Ich selbst stehe nicht ganz auf dem Boden der Genossin Holst. Ich habe ihr Buch aber mit großem Interesse gelesen und kann die Lektüre jedem Genossen empfehlen. Die Schrift ist mit dem Herzblut der Genossin Holst geschrieben. Sie ist eine

der ausgezeichnetsten Frauen, die ich kennen gelernt habe. Als der Generalstreik in Holland ausgebrochen war, mit dem sie nicht einverstanden war, haben sie und ihr Mann weit über ihre Vermögensverhältnisse in die Tasche gegriffen und haben so gewaltige Opfer gebracht, daß sie dadurch ihre soziale Lage sehr schwächten. Sie ist eine vorzügliche Agitatorin und entfaltet unermüdlichen Eifer, Hingebung und Opfermut. Deshalb tat es mir doppelt leid, daß sie so behandelt worden ist. (Sehr richtig!) Heine wendet sich also in schärfster Weise gegen den Massenstreik. Eine ähnlich scharfe Kritik und auch eine ähnlich scharfe Bekämpfung eines Gedankens, wie er sie anwendet, ist mir noch nicht vorgekommen. Denn die Taktik Heines läuft darauf hinaus, aus seiner Kenntnis als Jurist heraus Paragraphen um Paragraphen des Strafgesetzes anzuführen, die sich steigern bis zum Hoch- und Landesverratsparagraphen, bis zur Verhängung des großen Belagerungszustandes, so daß jedem Genossen, der nicht ganz fest ist, ein über das andere Mal eine Gänsehaut über den Rücken laufen muß wegen der großen Gefahren, die die Anwendung des Massenstreiks in Deutschland mit sich bringen soll. Er weist dann darauf hin, welch ungeheuerlichen Urteile die Gerichte, namentlich die Militärgerichte, fällen würden, weil es nach seiner Meinung gar nicht möglich ist, eine so große und gewaltige Bewegung in ruhiger Weise durchzuführen, schon angesichts der Provokation der Gegner. Als ich mit einem Parteigenossen über den Artikel sprach, sagte dieser: Heine hat, natürlich ohne es zu wollen, einem Staatsanwalt ausgezeichnetes Material zu einer Rede geboten. Ich antwortete, so dumm ist kein Staatsanwalt; es sind ja nicht gerade die dümmsten, die Staatsanwälte werden. (Heine: wenigstens so dumm sind sie nicht! — Stadthagen: Doch, die dümmsten sind es. Heiterkeit.) Ich bin ja überzeugt, Genosse Stadthagen, daß Sie viel klüger sind, als alle Staatsanwälte zusammen. (Große Heiterkeit.) Nein, so dumm ist selbst der dümmste Staatsanwalt nicht; mit derartigen Anklagen, wie sie uns Heine ausmalt, würde er selbst vor einem Klassengericht abblitzen.

Aber die ganze Grundlage der Heineschen Deduktion ist falsch. Ich bestreite entschieden, daß die Folgen eintreten müssen, die Heine bei einem Massenstreik voraussieht. Was er hier als möglich und wahrscheinlich bei einem Massenstreik in Aussicht stellt, kann man im Grunde genommen von jedem großen Streik sagen. (Sehr richtig!) Hätte man Heine bei Ausbruch des großen Bergarbeiterstreiks um einen Rat gefragt, dann hätte er auf Grund derselben Erwägungen zum Abraten kommen müssen. Nun, in Wirklichkeit hat der Bergarbeiterstreik nicht die geringste Handhabe zum Einschreiten geboten. Die Bergarbeiter haben einen großartigen Streik geführt, der bedeutender war, als die sogenannten Massenstreiks in allen anderen Ländern je gewesen sind, und zwar in bewunderungswürdiger Ruhe. Ich fuhr damals aus Brüssel von einer internationalen Konferenz zurück und erstaunte über die feierliche Ruhe im Ruhrrevier. Keine Esse dampfte, während man sonst die Fenster des Waggons wegen Rauches schließen muß. Das Land war eine grüne von der Sonne freundlich beschienene Ebene. Die Dörfer lagen so friedlich da, als wohnte kein Mensch darin. Wenn das möglich ist bei einer Arbeiterschicht, die zum Teil politisch und kulturell rückständiger ist als manche andere, da muß man doch fragen, was müssen wir da nicht leisten können bei weit größeren Mitteln und einer weit mehr entwickelteren Organisation und Disziplin, ohne daß die Folgen eintreten, die Heine voraussieht. (Lebhafte Zustimmung.)

Und schließlich gibt es auch einen Punkt, wo man nicht mehr nach dem Schaden fragen darf. Schiller sagt, „nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre". Ja, nichtswürdig, erbärmlich ist aber auch die Arbeiterklasse, die sich wie Hundsfötter behandeln ließe, die ihren Bedrängern nicht die Spitze zu bieten wagte. (Stürmischer Beifall.) Da ist Rußland, da

ist die Junischlacht, da ist die Kommune! Bei den Manen dieser Märtyrer sollte Ihr nicht einmal ein paar Wochen hungern, um Eure höchsten Menschenrechte zu verteidigen! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Da kennt Ihr die deutschen Arbeiter schlecht, wenn man ihnen das nicht zutraut! (Erneuter Beifall.) Was hätte Heine 1880 in Wyden gesagt, als der Antrag gestellt wurde, das Wort „gesetzlich" aus unserem Programm zu streichen? Das ist damals einstimmig und ohne Debatte beschlossen worden. (Heine: Mit Recht!) Dann handeln auch wir mit Recht, wenn wir es das nächste Mal ähnlich machen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Wir provozieren nicht, wir verteidigen uns. Der politische Massenstreik ist nicht bloß eine theoretische, sondern auch eine eminent praktische Frage nach einem Kampfmittel, das gegebenenfalls angewendet werden soll und muß. Heine hat gewiß nicht die Absicht, der Schrittmacher der Anarchosozialisten zu sein. (Heine: Nein!) Aber die Wirkung ist unausbleiblich, daß Friedeberg und seine Anhänger aus solchem Vorgehen Material schöpfen und rufen: Da seht ihr, wohin es mit der deutschen Sozialdemokratie gekommen ist. Da habt ihr die Angstmacherei en gros! (Friedeberg: Wir haben noch besseres Material!) Mit keinem Worte sagt Heine, wie wir uns denn eigentlich verteidigen sollen, wenn man uns angreift. Er sagt nur, dies Mittel taugt nichts, aber er bringt kein anderes in Vorschlag. Sollen wir uns etwa ruhigen Blutes die Haut über die Ohren ziehen lassen? (Lebhafter Beifall.)

Man sagt, der Massenstreik sei eine unbrauchbare Waffe. Aber 1891 hat der Massenstreik, den die Belgier anwandten, um das allgemeine Wahlrecht zu erkämpfen, Erfolg gehabt, relativ mehr Erfolg, als der Bergarbeiterstreik, der eine verpfuschte Berggesetznovelle brachte und auch ein politischer Streik war. In der Kammer haben unsere belgischen Genossen von 140 Mandaten 33 erobert. 1903 griffen sie noch einmal zum Massenstreik, um das allgemeine Wahlrecht ganz durchzusetzen. Da hatten sie allerdings keinen Erfolg. Ich will hier keine Diskussion über die Taktik der Belgier hervorrufen, aber bedeutende Bedenken sind auch mir darüber gekommen. 1902 haben die österreichischen Bergarbeiter einen Massenstreik in Mähren und Oesterreich-Schlesien durchgeführt. Sie hatten Erfolg und eroberten den gesetzlichen Neunstundentag, den wir noch nicht haben. Dann kam der sogenannte Sympathiestreik in Barcelona, ein rein anarchistischer Streik. Ja, bei uns in Deutschland denken weder die Gewerkschaften noch die Partei daran, einen sogenannten Sympathiestreik zu machen. Diese Art Streiks, daß, um Forderungen einer bestimmten Arbeiterschicht durchzusetzen, die gesamte Arbeiterschaft eines großen Industriebezirkes in den Streik tritt, die müssen zugrunde gehen. Es kam weiter der schwedische Demonstrationsstreik — auch den werden wir in Deutschland nicht machen, einen solchen Streik, bei dem man gleich sagt: wir machen einen Massenstreik auf drei Tage! Und gleichwohl war auch dieser Streik nicht resultatlos. Haben die Schweden es doch erreicht, daß die Kammer einen Beschluß faßte, wonach die Regierung beauftragt wurde, in zwei Jahren einen neuen Wahlgesetzentwurf auszuarbeiten. Der alte, gegen den sich der Streik gewendet hatte, war eben unmöglich geworden. Also selbst dort, wo der Massenstreik unter Bedingungen stattgefunden hat, wie ich ihn in Deutschland wahrscheinlich niemals gutheißen würde, hat er Erfolg gehabt. — Dann kam der Massenstreik der italienischen Arbeiter wegen der Erschießung von Arbeitsgenossen. Das war ein Massenstreik, der spontan aus den Massen herauskam, in dem ca. 200 000 Arbeiter die Arbeit einstellten, zum großen Teil sogar unorganisierte, und die Regierung zwangen, zu erklären, sie werde künftig derartige Schießereien auf die Arbeiter zu vermeiden suchen. Freilich hat das nicht verhindert, daß in diesem Jahre abermals eine derartige Metzelei stattgefunden hat. Im übrigen aber hat dieser Streik ein Steigen unserer Stimmen bei den kurz darauf folgenden Wahlen von 165 000 auf 316 000 Stimmen zur Folge gehabt, er

hat also nach dieser Richtung keinen ungünstigen Eindruck bei den Massen hinterlassen, obgleich die ganzen bürgerlichen Parteien infolge dieses Massenstreiks im höchsten Maße aufgeregt waren und geschlossen gegen uns stimmten. — Endlich kam der italienische Eisenbahnerstreik in diesem Frühjahr. Ich bin selbst Zeuge desselben in Norditalien gewesen. Er ist mißglückt, die Schuld mißt man hauptsächlich unserer italienischen Fraktion zu, ich weiß nicht mit welchem Recht. — Aber an einen anderen Massenstreik, der Erfolg hatte, hat noch niemand gedacht. Vor etwa 7 Jahren haben die Arbeiter und Beamten der schweizerischen Nord-Ostbahn in einer Nacht um 12 Uhr die gesamte Arbeit eingestellt in dem Maße, daß, als in einer Station der vorgesetzte Beamte nach der nächsten Station rief: „Wo bleibt denn Zug 12?" geantwortet wurde: „Der bleibt hier!" (Heiterkeit.) Sie haben drei Tage gestreikt, alsdann ist die Direktion zu Kreuze gekrochen und sie erreichten, was sie wollten, allerdings unterstützt durch die Oeffentlichkeit. Schließlich gedenke ich noch der Massenstreiks in Rußland. Dort, wo unsere Parteigenossen gar keine politischen Rechte und Machtmittel haben, werden Massenstreiks auf Massenstreiks drei- und viermal in demselben Ort mit einer Energie durchgesetzt, die nur die höchste Bewunderung aller hervorrufen muß. Indessen sind die Zustände in Rußland so abnorm, daß diese Streiks nicht für uns als Beispiel herangezogen werden können. — Es ist doch wahrhaftig kein Zufall, daß seit dem Jahre 1893 diese politischen Streiks, diese Massenstreiks erst in Anwendung kommen, zuerst in Belgien. Dann ruht die Frage bis 1902 und von da ab bis 1905 sind eine ganze Anzahl solcher Massenstreiks vorgekommen. Es ist also nicht wahr, wenn gesagt wird, die Massenstreiks sind alle verunglückt. Ich frage Euch, Gewerkschaftler: wie viel Streiks sind Euch verunglückt, als Ihr noch keine großen Organisationen hattet? Unzählige, und heute noch gehen viele verloren. Hier aber sind mit ganz unzulänglichen Mitteln zum Teil von unorganisierten Arbeitern Massenstreiks inszeniert worden. Ja, Parteigenossen, das empfehle ich Euch nicht, das empfiehlt niemand, das wäre Wahnsinn. Wenn man uns Deutschen nachrühmt, wir seien philosophisch angelegte Köpfe, wir liebten, wie Heine sagt, das Theoretisieren — ja, dann haben wir aber auch die Tugend zu organisieren, wie kaum eine andere Nation. Sehr richtig!) Daß die deutsche Militärmacht, so sehr wir sie bekämpfen, organisatorisch ein Meisterwerk ist, das ist dieser deutsch-preußischen eigenartigen Veranlagung zu verdanken. Auch unsere Versicherungsgesetzgebung ist, so viel wir an ihr zu tadeln haben, als Organisation eine Meisterleistung. Wir Deutschen tun nicht so leicht einen Schritt, den wir uns nicht genau überlegt haben, was uns den Vorwurf zugezogen hat, wir wären wie der österreichische Landsturm, der immer hinten nachhinkt. Wir sind der Meinung: ehe wir uns in so große Kämpfe einlassen, müssen wir erst gründlich organisieren, agitieren, politische und wirtschaftliche Aufklärung schaffen, die Massen selbstbewußt und widerstandsfähig machen, sie begeistern für den Moment, wo wir ihr sagen müssen: Du hast ein Alles einzusetzen, weil eine Lebensfrage für dich als Mensch, als Familienvater, als Staatsbürger auf dem Spiele steht. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen nicht — das sagt auch meine Resolution nicht — die Massen blindlings in den Streik treiben; es versteht sich doch von selbst, daß wir eine unorganisierte Masse nicht blind in den Streik gehen lassen werden. (Zuruf.) Heine fragt: Werdet Ihr sie im Zügel haben? Das beweist nur, daß Sie (zu Heine) von den Gefühlen und Instinkten der Masse der Arbeiter in diesen Dingen — und das nehme ich Ihnen nicht übel, das bringt Ihre Lebensstellung mit sich — keine genaue Kenntnis haben. (Sehr richtig!) Ich sage, was noch fehlt, sollen wir schaffen. (Heine: Sehr richtig!) Dahin geht meine Resolution. Was vorhanden ist, ist noch nicht genügend, aber das kann geschafft werden. Wer Sie alle im Sinne meiner Resolution entschlossen

zu handeln von diesem Parteitage weggehen und wenn draußen im Lande die Parteigenossen geschlossen im Sinne der Resolution handeln, wenn die Parteipresse in weit größerem Maße als bisher ihre Schuldigkeit tut und wenn nicht bloß die Parteipresse, sondern auch die Gewerkschaftspresse die Massen aufklärt, ihnen nachweist, daß sie politisch sich betätigen müssen, was für sie als Staatsbürger, als Gewerkschaftler auf dem Spiele steht, welch ungeheure Wichtigkeit das Wahlrecht z. B. hat, dann werden die Vorbedingungen für den Massenstreik, falls er nötig werden sollte, geschaffen werden. (Sehr richtig!) Aber wenn man, wie Robert Schmidt, kalten Blutes sagt, den Anarchosozialismus werden die Gewerkschaften wohl nicht mehr los werden, wenn man in dieser Weise fatalistisch sich in die Dinge ergibt, was ist dann das Ende vom Liede? Daß dann die Gewerkschafter Nur-Gewerkschaftler werden. (Sehr richtig!) So sagt z. B. der Genosse Bringmann mit dem Hinweis auf eine Aeußerung Kautskys in der „Neuen Zeit" — von der ich mir allerdings auch sagte, als ich sie las: das ist eine gefährliche Aeußerung, sie kann falsch ausgenutzt werden — also Bringmann sagt in seiner Broschüre „Der Fünfte Gewerkschaftskongreß und der Klassenkampf in Deutschland", indem er Kautsky zitiert: „Weniger als anderswo ist in Deutschland von der Reichsregierung etwas für das Proletariat zu erwarten. Dem Reichstage nimmt man alle Bedeutung, alles Leben". Bringmann zieht folgende Schlußfolgerungen daraus: „Genug, der Parlamentarismus in Deutschland versumpft einfach. Der Dreimillionensieg unserer Partei von 1903 hat daran nicht nur nichts geändert, sondern er hat diesen Versumpfungsprozeß des Parlamentarismus nur noch beschleunigt. Ich halte es darum auch für richtig, daß der Fünfte Gewerkschaftskongreß sich mit sozialpolitischen Angelegenheiten nicht weiter beschäftigt hat. Die Tatsache steht fest: Eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage haben wir in absehbarer Zeit von der Gesetzgebung nicht zu erwarten. Wir sind, wenigstens für die nächste Zukunft, einzig und allein auf unsere Gewerkschaften angewiesen. Verbessern können wir unsere wirtschaftliche Lage nur durch unsere Organisation und vermittels harter wirtschaftlicher Kämpfe." (Zustimmung und hört! hört!). Und auf Seite 12 der Broschüre heißt es: „Die ganze politische und ökonomische Situation weist die deutsche Arbeiterklasse auf die Gewerkschaftsbewegung hin. Sie ist unter den gegebenen Verhältnissen das einzige Mittel, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Der Klassenkampf der Gegenwart spielt auf wirtschaftlichem Gebiet; die Gewerkschaften sind die Träger dieses Klassenkampfes." Wenn er so die politische Tätigkeit als wertlos hinstellt, nützt es nichts, wenn er am Schluß seiner Rede den gewiß sehr schönen Satz ausspricht: wenn aber einmal es sich darum handeln wird, politische Rechte zu verteidigen, „dann darf man sicher sein, daß solche Arbeiter auch dann feststehen werden, wenn es gilt, einen politischen Kampf zu wagen. Wenn die Situation danach angetan ist, werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ritterlich zu kämpfen wissen, menschlich zu siegen und eventuell auch wie Helden zu sterben verstehen." Sehr schön, gewiß, aber wenn in der angeführten Weise von einem Manne, der in seiner Gewerkschaft eine autoritäre Stellung einnimmt, gesagt wird: wir sind in absehbarer Zeit nicht mehr in der Lage, politisch etwas zu erreichen, dann bitte ich Euch — es soll nicht die Absicht Bringmanns sein — dann sagt sich der Gewerkschaftler: Ja, weshalb soll ich dann fernerhin noch meine Groschen für die politische Partei geben (sehr wahr!) und die jüngeren Gewerkschaftsmitglieder sagen sich, da gehe ich doch nicht erst in die Parteiorganisation hinein! Dieser Quietismus greift notwendigerweise durch die einseitige Tätigkeit unserer Gewerkschaftsführer immer mehr um sich und sie kommen ganz unfreiwillig zum Anarchosozialismus. (Sehr richtig!) Weiter mache ich Sie darauf aufmerksam, daß, während der Kongreß in Köln die Frage des Massenstreiks behandelte, in einer Konferenz

die wir mit den Vorständen der sozialdemokratischen Vereine und der Gewerkschaftskommission in Hamburg hatten, wo beraten werden sollte, was eventuell gegen die Wahlrechtsverschlechterungspläne des Hamburger Senats zu tun sei, — von alten Parteigenossen und Gewerkschaftlern gesagt wurde: Ihr wißt gar nicht, wie böse es bei einem Teil unserer jüngeren Gewerkschaftsführer aussieht, die höhnen ja über die Partei, (hört! hört!) über den Sozialismus, (hört! hört!) über den Zukunftsstaat. Die bestreiten sogar, daß wir einen Klassenkampf führen. (Hört! hört! Unruhe.) Werte Genossen, ich referiere nur, was gesagt wurde, und es waren alte, brave Genossen von der Gewerkschaftskommission, die das gesagt haben. Ich bin einfach starr gewesen, als ich das hörte. Und das wurde von Redakteuren des „Echo" und anderen anwesenden Parteigenossen bestätigt. Nachdem nun die Anschauungen Bringmanns an dieser Stelle sogar bei Legien Anklang gefunden haben, so muß ich doch sagen: seid auf dem Posten, überlegt Euch, was Ihr tut, Ihr wandelt einen sehr verhängnisvollen Weg, an dessen Ende Ihr Euren eigenen Niedergang herbeiführt, ohne es zu wollen! (Sehr richtig!)

Selbstverständlich kann davon nicht die Rede sein, daß, wie man auch häufig hört, der Generalstreik urplötzlich über Nacht kommen müsse, daß man nicht über ihn reden dürfe. Eine große demokratische Partei wie wir kann keine Geheimpolitik treiben. (Lebhafte Zustimmung.) Die muß am offenen Tage kämpfen. (Erneute Zustimmung.) Wie wollen wir denn die Massen eines Tages in der Hand haben, wenn wir sie nicht moralisch und geistig in unsere Gewalt gebracht, ihre Begeisterung, ihr Vertrauen erweckt haben, damit wir ihnen sagen können: Jetzt gibt es keinen anderen Weg mehr, jetzt in den Klassenkampf hinein, und wenn Ihr Eure Schuldigkeit tut, so siegen wir! (Lebhaftes Bravo!)

Und dann ein anderes: Wir kämpfen doch nicht um Utopistereien, auch nicht um Forderungen des Zukunftsstaates. Wir glauben nicht, daß wir die bürgerliche Gesellschaft mit dem Generalstreik aus den Angeln heben können, sondern wir kämpfen um ganz reale Rechte, die Lebensnotwendigkeit für die Arbeiterklasse sind, wenn sie noch politisch leben und atmen will. Wenn die Frage der Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts auf die Tagesordnung kommt, dann ist sicher, daß es auch in den bürgerlichen Kreisen, so korrupt sie sein mögen, noch ein ganzes Teil Leute gibt, die sagen, so geht es nicht, den Arbeitern darf nicht ein Recht genommen werden, das sie nie gemißbraucht haben, und wir werden zweifellos auch in diesen Kreisen gewisse Sympathien haben. Außerdem habe ich eine gewaltigere Macht, wenn ich ein Recht, das ich jahrzehntelang besitze, verteidige, als wenn ich ein neues Recht erobern will. (Sehr richtig!) Wenn ich sagen kann: bei euch ist nichts weiter als brutale Gewalt, ihr wollt uns das Recht nehmen, ihr seid Gewaltmenschen, ihr seid Tyrannen, — wenn ich das sagen kann, was die Massen empören und aufpeitschen muß, dann müßte es doch mit zehntausend Teufeln zugehen, wenn wir alsdann nicht die Massen in hellen Haufen gewinnen würden (lebhafte Zustimmung), auch die christlichen Arbeiter. Ihr habt recht, Ihr Gewerkschaftler, daß ihr gegen die christlichen Organisationen kämpft, aber als im Jahre 1899 im Reichstage die Zuchthausvorlage zur Beratung stand, als die christlichen Arbeiter sahen, wie auch ihnen die Schlinge durch Verhunzung des bißchen vorhandenen Koalitionsrechtes um den Hals gelegt werden sollte, haben sie genau so wie wir gegen die Vorlage Stellung genommen, und das Zentrum wurde gezwungen, in der Weise zu entscheiden, wie es durch den Mund von Bachem geschah. Was aber sagte Bachem? Er sagte nicht, das Zentrum ist die entschiedenste Vertreterin des freien Koalitionsrechtes aus Prinzip, nein, er sagte — und das war sein Hauptgrund —, die katholischen Arbeiter sind empört über das Attentat auf das Koalitionsrecht; wenn dies Attentat mit unserer

Hülfe durchgeführt würde, verlören wir die katholischen Arbeiter bis auf den letzten Mann, sie liefen uns davon, das können und dürfen wir nicht dulden. (Hört! hört!) Man sollte uns mal das allgemeine Stimmrecht nehmen oder wieder einen Versuch zur Beseitigung des Koalitionsrechtes wagen! Wie die katholischen Arbeiter beim Bergarbeiterstreik an der Seite der freien Gewerkschaften mutig gekämpft haben, so würden sie auch, wenn ihr Lebensinteresse für sie als Arbeiterklasse in Frage kommt, ihren Mann stellen. Schließlich ist der Zwang der Umstände und der Zwang der Verhältnisse stärker als der beste Wille, etwas nicht zu tun. (Sehr richtig!)

Ist es weiter nicht der größte, unerhörteste Skandal, daß diejenige Partei, die auch bei den Landtagswahlen in Preußen fast die meisten Stimmen hatte, bei den Reichstagswahlen aber sich auch in Preußen als die weitaus stärkste aller Parteien erwiesen hat, die sozialdemokratische Partei, unter den 432 Mandaten infolge des elenden, erbärmlichen Dreiklassenwahlsystems nicht ein einziges inne hat? (Lebhafte Zustimmung.) Hier stimme ich mit Bernstein überein, wir haben uns doch mal eines Tages zu fragen: Soll das so bleiben, wollen wir es uns dauernd gefallen lassen, daß Junker, Pfaffen und Bourgeoisie uns den Fuß auf den Nacken setzen, daß sie ihre Stellung mißbrauchen, um die Gemeindewahlrechte zu verschlechtern, um das Vereins- und Versammlungsrecht zu verschlechtern? (Lebhafte Zustimmung.) Denkt an die Novelle zum Vereinsgesetz aus dem Jahre 1896! Denkt an die Bergarbeiternovelle, denkt an die Resolution für ein Zuchthausgesetz! Ich sage nicht, daß die Frage morgen aktuell wird, denn dazu muß Stimmung vorhanden sein, und die Stimmung muß erst geschaffen werden. Es werden aber wahrscheinlich Gewaltstreiche von jener Seite kommen, die alles in Empörung setzen. Aber die Frage muß auf die Tagesordnung kommen. Wir stehen ja in der Beziehung weit hinter dem Bürgertum der früheren Jahrhunderte zurück; das Bürgertum hat, als es entrechtet war, fortwährend gekämpft, wir aber stehen da — nun, ich will das Wort, das mir auf den Lippen sitzt, nicht gebrauchen — wie Leute, denen alles gleichgültig ist. (Sehr gut!) Und dabei bekommen wir einen Hieb nach dem anderen über den Rücken. Das geht auf die Dauer nicht so weiter. (Lebhafter Beifall.)

Während auf der einen Seite Heine sich als Gegner des Massenstreiks bekennt, gehen auf der anderen Seite die Anarchosozialisten über den jetzt von uns vertretenen Standpunkt hinaus und meinen, daß wir auf dem verkehrten Wege sind. Friedeberg, der über diese Frage wiederholt ausführlich in Berlin gesprochen hat, hat die erste seiner Reden in Druck erscheinen lassen und auch mir ein Exemplar mit einer schmeichelhaften Widmung verehrt. Man kann also wohl sagen, daß das, was darin steht, die Ansicht von Friedeberg ist. Dort heißt es auf Seite 3: „Die ökonomischen Vorteile, die durch den Parlamentarismus dem Klassenstaat heute abgerungen werden, können durch Eigentätigkeit des Proletariats in seiner Gewerkschaftsbewegung, durch Ausbau seiner Konsum- und Produktionsassoziationen reichlich ersetzt werden. Die ideellen Momente beim Parlamentarismus, die Ausbreitung des sozialistischen Denkens, die Förderung des Klassenbewußtseins können viel kraftvoller durch die Generalstreiksidee, viel schneller, viel wuchtiger durch Verwendung der heute im Parlamentarismus festgelegten Kraft zur direkten und unmittelbaren Erziehung und Beeinflussung der Volksmassen in Wort und Schrift durchgesetzt werden. Wir führen keinen politischen Kampf und brauchen deshalb auch keine politischen Kampfformen. Unser Kampf ist ein ökonomischer und ein psychologischer. Deshalb müssen auch unsere Waffen ökonomischer und psychologischer Natur sein." (Hört! hört!) Auf Seite 15, wo er die Partei und ihre Tätigkeit kritisiert, heißt es: „Man vergaß dabei ganz und gar, daß der Staat ja eigentlich nichts ist, ein abstraktes Wort, weiter nichts, daß ein Staat nur Sinn hat, so

lange Unterdrückte bestehen, daß er in dem Moment aber, wo die proletarische Weltordnung Platz greift, es keine Unterdrückten mehr gibt, aufhört zu existieren. Der Begriff Staat und Staatsgewalt setzt notwendigerweise ein weiteres Beherrschen und Unterdrückung voraus. Wir haben deshalb nicht die Staatsgewalt zu erobern, sondern die wirtschaftliche Ordnung und das Innenleben des Proletariats so zu gestalten, daß jede Ausbeutung und Unfreiheit aufhört." Genau mit denselben Worten könnte auch ein bürgerlicher Ideologe fordern, daß das Innenleben des Proletariats gehoben wird, daß wir freireligiös werden und damit hätten wir wer weiß was erreicht. (Sehr richtig!) Dann meint Friedeberg weiter, daß die Partei nicht imstande gewesen wäre, Attentate zu verhindern und fährt fort: „Und ich kann Ihnen sagen, wenn die Zettelungen, die heute gegen das Reichstagswahlrecht im Gange sind, durchgeführt werden, das deutsche Proletariat ist vollständig ohnmächtig dagegen." So macht man dem Proletarier Mut zu kämpfen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) „Wir werden dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht keine Tränen nachweinen." (Lebhaftes Hört! hört!) „Im Gegenteil, wir werden wieder einmal bewundern müssen die Dummheit, den Mangel an Taktik bei unseren Gegnern, die der deutschen Arbeiterklasse endlich einmal die Augen öffnen werden über den Weg, den das deutsche Proletariat zu gehen hat." Und auf Seite 19: „99 Hundertstel aller Dinge, die im Parlament verhandelt werden, sind Dinge, die uns gar nichts angehen, die mit dem Moment verschwinden, wo das Proletariat die Klassenherrschaft stürzt." Ganz im Widerspruch zu dieser Auffassung beklagt er auf Seite 10 die Klassenjustiz. Ja, die Klassenjustiz existiert, sie brandmarken aber, das können wir nur im Reichstag; in Versammlungen, da packt uns der Staatsanwalt. (Sehr richtig!)

Wenn das allgemeine Wahlrecht flöten ist, dann ist auch das Vereins- und Versammlungsrecht flöten, dann ist das Koalitionsrecht flöten, dann sind eo ipso die Rechte flöten, die wir brauchen. (Sehr richtig!) Denn wenn unsere Feinde uns einmal das allgemeine Wahlrecht nehmen, dann wären sie geradezu Toren, wenn sie uns die übrigen politischen Rechte, mögen sie noch so gering sein, ließen. (Sehr wahr!) Gesetzt einmal, es sei ein Kampf beim Raub des allgemeinen Stimmrechts geführt, bei dem wir schließlich unterlegen wären! Da versteht es sich doch von selbst, daß wir unausgesetzt in unseren Vereinen, in Versammlungen, in der Presse kämpfen müßten, daß wir die Massen aufrütteln und dadurch den Gegnern unbequem würden. Haben sie uns aber das Hauptrecht genommen, dann müssen sie notwendig auch die anderen Rechte beseitigen. (Sehr richtig!) Es hängt eins am anderen. Würden sich die herrschenden Klassen, die der Arbeiterklasse alle Rechte nehmen, etwa einen Generalstreik zwecks Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie gefallen lassen? Wie solche Gedanken, solcher Wirrwarr, solcher Widerspruch sich vereinigen können in dem Kopf eines intelligenten Menschen und eines ausgezeichneten Menschen, wie ich kaum einen besseren kenne, das habe ich mir die ganzen Tage überlegt. Im Feenpalast spricht Friedeberg — man muß es lesen, um es zu glauben — von einem fünften Stand. (Zuruf: Hat er nicht gesagt!) Das wäre allerdings so kolossal dumm, daß ich es auch nicht glauben kann. Er sagt, man müsse sich fragen, ob die Partei noch auf dem Boden des Klassenkampfes steht. Marx und Engels hätten durch ihre dogmatischen Lehren die ganze Bewegung versumpfen lassen. Als ich das las, habe ich mich gefragt, hat denn Friedeberg die ganze Literatur der Partei vergessen, hat er nicht das Kommunistische Manifest gelesen? An der Spitze des Kommunistischen Manifestes steht der lapidare Satz: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen." Das ist die Entdeckung von Marx und Engels, eine Entdeckung, die eine vollständige Umwälzung der ganzen Weltanschauung bedeutet. An einer anderen Stelle des

Kommunistischen Manifestes heißt es: „Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat und die ganze Gesellschaft scheidet sich mehr und mehr in zwei feindliche Lager, in zwei große, direkt einander gegenüberstehende Klassen, Bourgeoisie und Proletariat." Es wird nachgewiesen, wie der Klassenstaat entstanden ist. „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet." Hieran schließt sich der Nachweis, wie die Bourgeoisie den modernen Proletarier in immer größeren Massen schafft und diese zwingt zur Organisation als besondere Klasse. „Aber: „diese Organisation der Proletarier als Klasse und damit zur politischen Partei wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst."

Kurz, man braucht nur das Kommunistische Manifest zu lesen, um zu wissen, daß der angebliche Marxsche Dogmatismus die lebendige Grundlage unserer Weltanschauung bildet und bilden muß. Es steht einem einfach der Verstand still, wenn man hört, daß wir nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. (Sehr wahr!) Unser Programm, das doch bis heute noch gilt, und das in diesen Sätzen von keiner Seite angezweifelt ist, betont ausdrücklich unseren Charakter als Klassenpartei. So heißt es z. B. im dritten Absatz des Erfurter Programms: „Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist." Und an einer anderen Stelle des Erfurter Programms heißt es: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein. Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei." Wie man angesichts dieser Aeußerungen in den grundlegenden Schriften unserer Meister, angesichts unseres Programms und angesichts einer ganzen Reihe von Aufsätzen, Schriften und Zeitungsartikeln den Massen vorreden kann: Die Partei hat den Boden des Klassenkampfes verlassen — das ist mir unmöglich zu fassen. Friedeberg bezieht sich auf Liebknecht, aber er muß wissen, daß Liebknecht in den späteren Auflagen seiner Schrift über die politische Stellung der Sozialdemokratie mit dürren Worten erklärt, die darin vertretene Anschauung über den Parlamentarismus sei nur auf den Norddeutschen Bund anwendbar gewesen. Er habe seit Gründung des Deutschen Reiches seine Stellung geändert. Man mag ja darüber streiten, ob das richtig ist, aber nachdem Liebknecht in dieser klaren Weise seine alte Anschauung dementiert und die Schrift nur noch als Aktenstück einer früheren Periode herausgegeben hat, ist es im höchsten Grade unrecht, um nicht zu sagen: illoyal, gestützt auf die Autorität unseres Alten vor die Arbeiter zu treten und zu sagen: Seht, Liebknecht ist ja mit mir einverstanden! (Lebhafter Beifall.) Diese ganze Kampfmethode ist geradezu ungeheuerlich. Noch unbegreiflicher aber ist es mir, daß in der Hauptstadt des Deutschen Reichs, in der Stadt der Intelligenz, 3000 Arbeiter, darunter alte Parteigenossen, ein solches Ragout von Widersprüchen der stärksten Art mit Jubel und Beifall aufnahmen. (Sehr wahr!) Wnn ich je gesagt habe, Donnerwetter, sind wir geistig heruntergekommen, ist unsere politische Bildung zurückgegangen, dann an dem Tage, als ich das las.

(Sehr richtig!) Nun, alles hat ja seine Erklärung. Ich bin ein alter Knabe, der mehr als 40 Jahre Parteileben durchgemacht hat, ich kenne die Sache. Aehnlich wie jetzt mit den Anarchosozialisten ging es unter dem Sozialistengesetz. Wenn an einem Ort ein Krakeel ausbrach und der eine oder andere mit den maßgebenden Genossen am Orte nicht einverstanden war, so wurde er Mostianer, d. h. Anarchist, obgleich er nicht wußte was das war. (Heiterkeit.) In Berlin sind es die Lokalisten, die darüber verärgert sind, daß sie keine Fortschritte machen. Fortschritte können sie aber nicht machen, weil man der Arbeiterklasse rät, sich lokal zu organisieren, wo doch ein Blick auf die Unternehmerklasse zeigt, wie diese sich immer mehr national, ja sogar international organisiert. (Sehr richtig!) Da fühlt der Arbeiter instinktiv, daß auch er sich so organisieren muß. Gegenüber den Zentralisten können sie also naturgemäß nichts erreichen, sie sind verärgert von den Gewerkschaften, verärgert über die Parteileitung, die sie vermeintlich nicht in Schutz nimmt und ihnen Knüppel zwischen die Beine werfe. So lange der alte Keßler lebte, der doch bei allen seinen Fehlern strenger Sozialdemokrat war, hielt er sie in den Grenzen, aber der alte Keßler ist gestorben, die Führung hat aufgehört und nun kommt Friedeberg und macht Opposition gegen Partei und Gewerkschaften, und gleich heißt es, der Friedeberg ist unser Mann. (Große Heiterkeit.) So ist die Psychologie. Nun haben sich freilich die betreffenden Berliner Genossen hinterher gesagt: Halt, das riecht doch zu sehr nach Anarchismus, sie setzten sich zusammen, pflegten weisen Rats und gaben ihrer Resolution eine Interpretation, die selbstverständlich die Resolution nicht aus der Welt schaffen kann, sondern die Sache nur noch verwickelter macht. Ich gestehe offen, ich lege der Sache keine große Bedeutung bei, wir haben ja schon viel derlei gehabt. In St. Gallen begann es bereits mit der Anarchistelei. Dann kam die „Volkstribüne" mit ihrem Kampf speziell gegen die Fraktion. Dann wurden die Jungen geboren (Heiterkeit) und daß Robert Schmidt so famos über sie zu reden wußte, kommt daher, daß er selbst zu ihnen gehörte. (Große Heiterkeit.) Er ist aber wieder in den Schafstall zurückgekehrt. (Stürmische Heiterkeit.) Ich meine das nur im biblischen Sinne, und im Himmel herrscht ja mehr Freude über einen reuigen Sünder als über 99 Gerechte. (Andauernde Heiterkeit.) Die Bewegung der Jungen ist in kurzer Zeit zusammengebrochen und ich glaube, mit dem Anarchosozialismus wirds ebenso gehen.

Meine weitere Polemik gegen Friedeberg will ich vertagen und nur noch eine Bemerkung gegen ihn machen. 99 Hundertstel von den im Reichstag behandelten Fragen sollen die Proletarier nichts angehen! Also die Vereins- und Versammlungsfreiheit, Koalitionsgesetzgebung, die Klassenjustiz, die Erziehungsfrage, der Strafprozeß, das Gefängniswesen, die Frage der direkten und indirekten Besteuerung, die Flotten- und Militärfragen, die Kolonialpolitik, die Zoll- und Handelspolitik, die Militärmißhandlungen, die Weltpolitik, die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Arbeiterversicherung, die Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit, die Genossenschaftsfreiheit, die Volkshygiene, die Armengesetzgebung, die Waisengesetzgebung, die Gemeindegesetzgebung, die Wohnungsgesetzgebung — angesichts aller dieser Fragen und vieler anderer kommt Friedeberg und sagt: Hoh, 99 Hundertstel aller im Parlament behandelten Fragen haben für das Proletariat kein Interesse!

Ja, wenn solches gesagt werden kann und auch noch Beifall bei Genossen findet, dann haben wir allerdings alle Ursache, auf dem Posten zu sein und uns zu fragen, ob wir nicht selbst einen großen Teil der Schuld daran tragen. (Sehr richtig!) Wir haben in den letzten Jahren über alle möglichen Dinge theoretisiert und das Endresultat ist nicht Klärung, sondern immer größere Verwirrung. (Lebhafte Zustimmung.) Auf diesem Boden ist die Saat gewachsen, die wir heute aufgehen sehen. Eine so vollständige Verwirrung über

Arbeiterkammer für Wien

die Grundanschauungen hat es in der Partei nie gegeben, wie jetzt. Ja, wenn es sich um Genossen handelte, die eben erst in die Partei hineingerochen haben, so würde ich mich nicht wundern. Aber es sind zum Teil alte Genossen, die diesen Geist pflegen und so an der Verwirrung mitarbeiten, die in bezug auf die Grundanschauungen der Partei entsteht. Daraus folgt, daß es unsere Aufgabe ist, von nun an viel energischer als bisher an der Schulung und der politischen Aufklärung der Genossen zu arbeiten. (Beifall.) Man hat mir gestern wegen meiner Stellung zur Neutralität der Gewerkschaften Vorwürfe gemacht. Ich hoffe, daß Richard Fischer in seinem gestrigen Schlußwort die betreffenden Stellen aus meiner Broschüre bereits zitiert hat. (Zuruf: Ist geschehen!) Ich habe niemals die Neutralität der Gewerkschaften in politischen Fragen vertreten, sondern nur gesagt, daß die Gewerkschaften sich nicht als Anhängsel einer politischen Partei betrachten dürfen, weil sie genötigt sind, alle Arbeiter in ihrer Mitte aufzunehmen und diese Aufnahme nicht von einem politischen Glaubensbekenntnis abhängig machen dürfen. Die Gewerkschaftsblätter und -Redner haben alle die Pflicht, immer wieder ihren Mitgliedern zu sagen: Ihr seid Arbeiter und als solche Staatsbürger, und als Staatsbürger an allen Fragen des Staates und der Gesetzgebung interessiert. Wenn so an der Aufklärung der Arbeiter gearbeitet wird, dann mache ich mich anheischig, ein Gewerkschaftsblatt das ganze Jahr hindurch so zu redigieren, daß das Wort Sozialdemokratie überhaupt nicht fällt und die Leser doch Sozialdemokraten werden. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) Das ist das Geheimnis, das ist die Art, wie agitiert werden muß. Wenn dann gleichzeitig auch die Parteipresse mehr als bisher den Organisationsfragen sich widmet, wenn überall im Sinne meiner Resolution an der Organisation gearbeitet wird, wenn überall die Agitation im Sinne einer gründlichen politischen Aufklärung betrieben wird, wenn vor allen Dingen auch wieder das Studium der grundlegenden Schriften des Sozialismus zu Ehren kommt und in ganz anderer Weise als bisher betrieben wird, dann wird es kein Meisterstück sein, im Laufe eines Jahres die Mitgliederzahl unserer Vereine zu verdoppeln, die der Gewerkschaften um mindestens 25 Proz. zu steigern und die Leser unserer Organe um 50 bis 100 Proz. zu heben. Dadurch werden wir ein Maß von Mitteln zur Aufklärung der Parteigenossen und zur Vorbereitung auf die schweren Kämpfe, die kommen werden, erhalten, wie es großartiger aber auch selbstverständlicher nicht gedacht werden kann. In diesem Sinne bitte ich Sie, meiner Resolution zuzustimmen, in diesem Sinne wollen wir arbeiten und kämpfen, bis der Sieg voll und ganz errungen ist. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Es folgt die

Diskussion.

Bernstein-Berlin: Bebel hat meine Aeußerungen über die zunehmende Ohnmacht des Reichstages für falsch erklärt. Durch alles, was ich im Reichstag gesehen habe, habe ich aber den Eindruck erhalten, daß in der Tat die Tendenz vorhanden ist, die Bedeutung des Reichstages immer mehr herabzudrücken. Schärfer hat sich in diesem Sinne ja Kautsky geäußert, mit dem Bebel mehr Anlaß gehabt hätte, sich auseinanderzusetzen. Bei der Beratung der wichtigsten Anträge sind die Bundesratstische leer. (Hoffmann-Berlin: Pfeifen wir drauf!) Sie mögen darauf pfeifen, es ist aber für die in Regierungskreisen obwaltenden Tendenzen überaus charakteristisch. Denken Sie an den überhasteten Sessionsschluß, über den selbst bis tief in die bürgerlichen Parteien Entrüstung herrschte.

Das kann uns nicht gleichgültig sein, weil auch unsere Arbeit darunter leidet. Das Bestreben, das Interesse am Reichstag abzustumpfen und alle Entscheidungen von Wichtigkeit in den Landtag hinüberzuspielen, kann nicht

scharf genug bekämpft werden. Bebel hat von der Bourgeoisie gesprochen, als wäre sie eine einheitliche Masse. Aber neben der Industrie- und Handelsfeudalität, die mit dem Junkertum die Reaktion tragen, stehen noch breite Schichten des Bürgertums, die mit dieser Reaktion nicht einverstanden sind. Sie sind zwar zerspalten, aber in gewissen Momenten ist auf sie zu rechnen. Ich erinnere an die Sympathiekundgebungen aus bürgerlichen Kreisen beim Bergarbeiterstreik. Gewiß ist die Macht der Arbeiterklasse, wie Bebel betont, groß, aber ich unterschreibe das nicht in bezug auf die auswärtige Politik. Beim Marokkohandel, in unserem ganzen Verhältnis zum Zarentum, wo wir gar nicht einmal wissen, was alles von der deutschen Diplomatie für den Zarismus geschehen ist, zeigt es sich, daß wir eine Kabinetts- und keine Volkspolitik haben. Da haben wir keinen Einfluß, da liegen heute die Grenzen unseres Könnens. Ich bin der letzte, der die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts für die Arbeiterklasse unterschätzt. Das allgemeine Wahlrecht ist nicht nur ein Faktor im politischen Sinne, um die Ansichten der Arbeiter zum Ausdruck zu bringen, es ist auch ein großer ökonomischer Faktor. Bei allen Handlungen der Arbeiterklasse zeigt sich, daß wir Politik und Oekonomie gar nicht in der Weise trennen können, wie es bei uns noch von mancher Seite geschieht. Jeder große Streik wird zu einem politischen Ereignis. Nimmt man der Arbeiterklasse das Wahlrecht, so nimmt man ihr damit auch eine wichtige Waffe im ökonomischen Kampfe. Sehen Sie sich die Lex Gröber an. Es ist, so lange sie besteht, möglich, im Reichstage eine Verfassungsänderung durchzupeitschen, ehe ihre Tragweite dem Volke völlig zum Bewußtsein kommt. Darum muß es beizeiten gewarnt werden. Die Resolution Bebel stimmt genau mit meinem Vortrag in Breslau überein. Ich kann ihr also aus voller Seele zustimmen und hoffe, daß der Kongreß sie einstimmig annimmt. (Beifall.)

Heine-Berlin: Daß ich dem größten Teil der Bebelschen Resolution und seiner Rede zustimmen kann, ist selbstverständlich. Die historischen Ausführungen, die Kritik der Gegner — alles unanfechtbar! Aber ich weiß daraus noch immer nicht, ob wir nur auf Wahlrechtsverschlechterung mit dem Massenstreik antworten sollen. Einige Teile klingen als begeisternde Fanfaren zum Massenstreik und werden von Genossen und Gegnern sicher so aufgefaßt. An anderer Stelle wieder will Bebel anscheinend nicht unbedingt sich auf den Massenstreik festlegen. Die Resolution spricht von „geeigneten Mitteln" und „gegebenenfalls". Ich halte den Massenstreik jetzt nicht für geeignet und deshalb den „Fall nicht für gegeben", andere denken anders. Also wird der Streit jetzt erst recht losgehen.

Was wir brauchen, wäre aber eine klare, praktische Entscheidung. Wenn wir einen Entschluß fassen wollen, so müssen wir doch untersuchen: Kann die Sozialdemokratie in Deutschland auf einen Massenstreik rechnen? Wer kann mitgehen? Wer wird mitgehen?

Davon enthält Bebels Rede nicht ein Wort. Dies war um so wichtiger, als Roland-Holst nicht gerade glänzende Perspektiven in dieser Richtung eröffnet. Was Leimpeters und ich darüber in den „Sozialistischen Monatsheften" geschrieben haben, das hat Genosse Bebel nicht widerlegt.

Ferner müssen wir uns fragen: Können wir mit dem Massenstreik siegen? Denn siegen ist doch wohl der Zweck solcher Kämpfe? Was steht uns entgegen? Wie wird der Streik verlaufen? Ich stimme Wort für Wort mit dem überein, was Frau Zetkin in Berlin gesagt hat. Sie sagte nach dem „Vorwärts":

> „Wir können deshalb auch nicht sagen: wenn die bürgerliche Gesellschaft das und das tut, dann werden wir mit dem politischen Massenstreik antworten. Aber wenn er ausbricht, dann muß hinter ihm auch das Gespenst der Revolution stehen. Wenn das Proletariat einmal den politischen Massenstreik unter seine Kampfesmittel aufgenommen hat, dann darf es

sich nicht blenden lassen durch das Wörtchen Gesetzlichkeit. Wenn die herrschenden Klassen den Boden der Gesetzlichkeit zertrümmern, ist das Proletariat im Recht zu sagen: Ich stelle mich auf den granitnen Boden meiner Macht."

Freilich das sittliche Recht zu solchem Tun, das kann uns dann niemand bestreiten, aber spätestens seit Marx wissen wir, daß man mit diesem Recht keinen Hund vom Ofen lockt. In der Politik ist Recht, was man kann. Darum spricht auch Frau Zetkin von dem „granitnen Boden der Macht", auf den wir uns stellen sollen. Ja, man zeige uns diese granitne unzerbrechliche Macht! Bebel hat uns beweisen wollen, daß wir Macht haben. Gewiß haben wir solche, namentlich geistige Macht, aber es fragt sich nur, haben wir die Macht, einen Generalstreik in nächster Zeit durchzuführen. Ich meine nein!

Als ich meinen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" schrieb, wußte ich, daß er vielen nicht angenehm klingen würde. Es schmeckt immer besser, sich an dem süßen Trank des eigenen Machtgefühls zu berauschen. Ich wußte auch, daß die Hinweise auf das Strafgesetz verstimmen würden. Gegen den illoyalen Vorwurf, ich hätte dem Staatsanwalt Material geliefert, hat mich schon Bebel verteidigt, der unwissendste Staatsanwalt braucht sich von mir keine Paragraphen sagen zu lassen. Darin sind die Herren sehr findig. Aber die Genossen, denen diese Bestimmungen des Strafgesetzes unbekannt sind, wollte ich warnen.

Uebrigens, was den Hinweis auf den Staatsanwalt betrifft, so befinde ich mich da in guter Gesellschaft, Bebel hat gestern gegen Liebknecht und heute gegen Friedeberg den gleichen Hinweis gemacht. Ich halte es für meine heiligste Pflicht, öffentlich den Genossen zu sagen, daß wir nicht die Macht haben, jetzt einen politischen Massenstreik zu beginnen. Auch Frau Roland-Holst betont, daß wir der brutalen Gewalt der Gegner jetzt nicht gewachsen sind. Deshalb will sie auch einen friedlichen Generalstreik, bei dem bloß gehungert wird, aber gleich erklärt wird, daß sonst nichts geschehen solle. Bei uns in Deutschland wäre ein solcher Streik wirkungslos, unsere Junker und Bureaukraten haben noch zu gute Nerven, als daß sie sich dadurch ins Bockshorn jagen ließen. Meine Ausführungen in den Monatsheften, daß sie es zur Straßenschlacht treiben würden, hat Bebel auch nicht widerlegt, und daß wir in einem solchen Kampf nicht siegen würden, darüber sind wir uns auch einig. Mit Worten, mögen sie noch so edel gemeint sein, schlägt man keine Schlachten, und auf die Humanität der Regierung und der Soldaten möchte ich nicht spekulieren; dazu bin ich nicht „ethisch" genug. Bebel hat von Angstmeierei gesprochen. Angst ist ein unklares Gefühl der Sorge vor dem Unbekannten, aber einer bekannten Gefahr klar ins Auge sehen und wenn man sie nicht bestehen kann, ihr aus dem Wege gehen, das ist eine Pflicht der Klugheit, namentlich wenn man für andere verantwortlich ist. (Sehr wahr!) Mir ist das Blut des Volkes zu teuer, die Arbeiter sind es, die ihre Haut zu Markte tragen müßten. (Zuruf: Wir auch!) In erster Reihe die Arbeiter! Es heißt, Opfer erfordere mal jede Sache. Wohl, wenn die Sache dadurch gefördert würde. Hier aber würden die Opfer gebracht um einer sicheren Niederlage willen. Tastet man das Wahlrecht an, wahrlich schlimm! Erklären wir aber jetzt darauf mit dem Massenstreik antworten zu wollen, so ist das weit entfernt, die Gegner abzuschrecken. Es ist vielmehr das beste Mittel, sie zur Wahlentrechtung anzureizen, denn sie wünschen ja nichts sehnlicher als daß wir das Volk vor ihre Gewehre und Kanonen führen sollen. Könnten wir uns nicht gegen eine Wahlentrechtung wehren — gewiß, es wäre eine beschämende Niederlage. Machen wir aber unter den jetzigen Umständen Generalstreik, so geht uns nicht nur das Wahlrecht zum Teufel, sondern das Koalitionsrecht, Vereins- und Versammlungsrecht und das bißchen Preßfreiheit dazu. Tun wir also den Scharfmachern nicht

diesen Gefallen. Schaffen wir vielmehr erst diesen granitnen Boden der Macht. Wie das zu machen ist, davon sagt die Resolution nichts, womit ich nicht einverstanden wäre. Ich stimme Bebel bei, daß wir unorganisierte Massen nicht blindlings in einen Massenstreik hineinjagen dürfen. Ich rief ihm zu: „habt Ihr sie in Zügel?", worauf er mir das richtige Bewußtsein absprach, aber mein Zwischenruf sollte doch nur dasselbe sagen, was Bebel sagte: daß nämlich die Massen noch nicht organisiert sind.

Also organisieren wir, vor allem werben wir, ziehen wir vor allem den leider immer noch größeren Teil des Volkes heran, der unserer Sache noch fernsteht. Die unaufgeklärten Massen und die Leute, die man so verächtlich als Mitläufer abtat, denen man entgegengerufen hat: „wir mögen Euch gar nicht, wir wollen lieber eine kleine Partei," die sind auch Volk (sehr richtig!), ohne diese Mengen können wir auch in einem Massenstreik nicht siegen. Haben wir aber die einmal, so liegt es vielleicht anders. Was dann sein wird, darüber konnte man heute nur Worte machen. Ich denke: „Kommt Zeit, kommt Tat". (Beifall.)

Frohme-Hamburg: Parteigenossen! Die umfassenden und gründlichen Ausführungen Bebels werden es vielen Parteigenossen erst ermöglichen, sich ein festes Urteil in der Frage des Generalstreiks zu bilden oder ihr Urteil wesentlich zu berichtigen. Es ist Ihnen ja allen bekannt, daß ich in dieser Frage eine Stellung eingenommen habe, die von der vieler Parteigenossen abweicht. Ich bin ruhig, objektiv erwägend an sie herangetreten und bin zu dem Schluß gekommen, daß es vollständig unzweckmäßig und höchst bedenklich sei, uns unter allen Umständen für bestimmte Zwecke auf den politischen Massenstreik festzulegen. Wir betreten damit durchaus den Boden rein taktischer Erwägungen und man sollte sich hüten, irgendwie das Prinzip als ausschlaggebend hineinspielen zu lassen. Darüber sind wir alle einig, daß das Volksnotwehrrecht unter Umständen bis zum äußersten zu gelten habe. Aber wie gesagt, wenn man der Angelegenheit unter taktischen und praktischen Gesichtspunkten näher tritt, so kann man allerdings zu erheblichen Ausstellungen kommen. Die Diskussion dieser Frage habe ich niemals abgelehnt, bekämpft habe ich nur die Art und Weise, wie man auf vielen Seiten die Diskussion geführt hat. Da ist man weit über das Ziel hinausgegangen, hat man ganz anders sich ausgelassen, als es heute Bebel in ruhiger, objektiver Weise getan hat. Man soll sich in solchen Fragen hüten vor Ueberstürzung, hüten vor allem vor Fanatismus. Wir haben es erlebt, daß in unsern eigenen Reihen sich eine bedenkliche Hinneigung zu rein anarchistischen Auffassungen geltend gemacht hat. Bebel hat mit Recht darauf hingewiesen, daß ein gut Teil der Schuld daran, daß soviel Unklarheit und Verwirrung entstanden ist, wir selbst tragen. Ich möchte mir gestatten, Ihnen ein paar Sätze vorzulesen.

> „Nicht als Mittel, die kapitalistische Produktion stillzusetzen, sie langsam auszuhungern und durch diesen Druck, diese oder jene Einzelforderung durchzusetzen oder irgend einen politischen Anschlag abzuwehren, ist der politische Generalstreik aufzufassen, ein solcher Massenstreik als untergeordnete Aktion zur Erreichung eines ganz bestimmten politischen Teilzweckes gedacht, ist von vornherein aussichtslos. Er darf nur in Frage kommen, wo es den ganzen Einsatz der Person und die Existenz verlohnt, wo die Masse der Bevölkerung mit elementarem Ungestüm sich ihm anschließt, wo es sich um die ganze politische Macht und deren Eroberung handelt. Ein Proletariat, das diesen Schlag riskiert, muß bereit sein, im Falle des Sieges das Staatsruder zu übernehmen, und die Masse muß damit einverstanden sein, daß sie für den Sturz der Klassenherrschaft, um die Diktatur des Proletariats kämpft."

Sie mögen nun wohl annehmen, daß diese Worte in einem anerkannt anarchistischen Blatte gestanden haben. Nein, das ist wörtlich enthalten in einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung" vom 18. März 1904. Wie unterscheiden sich

davon noch Ausführungen von anarchistischer Seite. Wie Genosse Bebel heute die Sache dargestellt hat, gewinnt sie unter rein taktischen Gesichtspunkten ein ganz anderes Aussehen. Ich halte mich an die Tendenz der Resolution des Genossen Bebel und an die allgemeine Tendenz seiner Ausführungen. Dieser werden wir alle zustimmen können, wenn auch mit den Worten „alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden" recht eigentlich auch die Anerkennung des politischen Generalstreiks schon enthalten ist. Jedenfalls sollten wir dafür sorgen, daß die Diskussion über diese Frage sich in den richtigen Grenzen hält; stelle man es nicht so hin, als wenn diejenigen, die nicht gleich in die vorgehauene Kerbe hauen, Verräter an der Partei, am Prinzip wären. Ich halte diejenigen, die mit Vorsicht an die Behandlung dieser Frage gehen, für ebenso gewissenhaft und den Parteiinteressen dienend, wie alle anderen. Auf dem Amsterdamer Kongreß hat die Genossin Roland-Holst erklärt: An die Türen zum Generalstreik stellen wir die Wächter: Vorsicht, Klugheit, Organisation und Disziplin. Es versteht sich doch in der Tat von selbst, daß wir keine Ursache haben, die Massen in eine Blutshitze hinzureden, in ihr überschwengliche Hoffnungen zu erwecken, die unter Umständen nicht in Erfüllung gehen und dann böse Rückschläge für die ganze Sache des Volkes mit sich führen. Wenn man sich für den politischen Massenstreik gegebenenfalls entscheidet, dann muß man wissen, daß man eine schwere Verantwortung übernimmt. Wir müssen uns klar machen, daß wir sehr viele Vorkämpfe zu bestehen haben werden, zu denen die Gegner uns provozieren werden, um unsere Kraft zu schwächen. Es wird daher gelten, zunächst unsere Kraft zu stärken, unsere Organisationen auszubauen. Denn bisher haben wir von 11—12 Millionen Arbeitern erst $1^1/_2$ Millionen gewerkschaftlich organisiert. Und mit der Organisation allein ist nicht genug getan, es muß Aufklärung geschafft, Licht in die Köpfe gebracht werden. An die Parteigenossen möchte ich dabei die Aufforderung richten, sich auch selbst der Gewerkschaftspresse etwas mehr zu widmen. Kommen wir zu einer solchen Macht, so können wir es unter Umständen erleben, daß unsere Gegner angesichts dieser unserer Einigkeit und Entschlossenheit, es bis zum Aeußersten kommen zu lassen, es selbst nicht wagen, die Rechte des Volkes so zu vergewaltigen, wie sie es wollten. (Bravo!)

Robert Schmidt-Berlin: Bebel hat im Laufe seines Referats auch eine Bemerkung über meinen politischen Werdegang gemacht. Es ist richtig, daß ich vor fünfzehn Jahren Neigung zur unabhängigen Bewegung gehabt und das kühne Unterfangen gehabt habe, dem Genossen Bebel mehr revolutionäre Gesinnung beizubringen. (Heiterkeit.) Ich bin über den Einfluß, den ich damals ausgeübt habe, heute m e h r als befriedigt. (Große Heiterkeit.) Ich bin im Gegensatz zu den Vorrednern der Meinung, daß die Resolution Bebel sehr klar ist. Sie bringt uns in eine ganz neue Situation. Bebel stellt einen ganz bestimmten Fall hin, den Raub des allgemeinen Wahlrechts, und sagt für diesen Fall den politischen Massenstreik an. Wenn aber der Massenstreik ein Mittel ist, um den Angriff der Gegner abzuwehren, dann sehe ich nicht ein, weshalb man nicht weiterhin sagen soll: er ist überhaupt ein so vorzügliches Mittel, daß wir uns in jedem Falle seiner bedienen wollen. Und da gebe ich Friedeberg recht: Die Halbheit hat in diesen Dingen keinen Zweck. Wenn der Massenstreik das Koalitionsrecht, das Wahlrecht schützen kann, warum soll er dann nicht in der Lage sein, die bürgerliche Gesellschaft aus den Angeln zu heben? Es handelt sich also unter Umständen um Sein oder Nichtsein der bürgerlichen Gesellschaft. Deshalb hat Friedeberg durchaus konsequent diesen Weg und diese theoretische Auffassung weiter gedacht als Bebel. Nach dem Bremer Parteitage war Bebel noch anderer Ansicht. Damals schrieb er in der „Neuen Zeit":

> „Das geplante oder befürchtete Attentat auf das Reichstagswahlrecht zum Gegenstande einer Debatte auf dem Parteitage zu machen, wäre ein grober taktischer Fehler, den kein Politiker, am wenigsten eine Partei machen

darf. Erfährt die Parteipresse von solchen Attentatsplänen, so ist es ihre Pflicht, die Aufmerksamkeit der Partei darauf zu lenken, also die Rolle des Wächters und Warners zu übernehmen. Aber daß eine große Partei gegen Projekte, die noch keine greifbare Gestalt angenommen haben, gewissermaßen ins Blaue einen Feldzug unternehmen und Maßregeln zur Abwehr beschließen soll, wäre das Verkehrteste, was geschehen könnte. Die Art der Abwehr richtet sich nach der Art des Angriffes. Erst wenn dieser klar vorliegt, kann man die Gegenmaßregeln treffen. Es ist ganz unmöglich, die Massen ins Feuer zu bringen gegen einen Feind, den sie noch nicht sehen. Und nichts ist gefährlicher, als eine große Aktion zu beschließen, für die das Angriffsobjekt noch fehlt. Ein Attentat auf das Reichstagswahlrecht, für das unzweifelhaft in weiten Kreisen unserer Gegner Neigung besteht, kann nicht von heute auf morgen durchgeführt werden. Auch findet ein solches Attentat nicht nur den entschiedensten Widerstand der Dreimillionenpartei, mit ihr kämpft die gesamte Arbeiterklasse ohne Unterschied der politischen Stellung. Es würde ein Kampf, der das Reich in seinen Grundvesten erschüttert, sein Ansehen nach außen aufs stärkste schädigte und das Bürgertum in sich spaltete und schwächte. Um einen solchen Kampf aufzunehmen und zu führen, bedarf es von unserer Seite keiner langwierigen Verhandlungen und Vorbereitungen, den können wir, wenn es sein muß, jeden Tag beginnen. Aber wir beginnen ihn nicht eher, bis es sein muß. Bereit sein ist alles."

Damit ist auch zugleich eine Antwort auf die Frage Bebels gegeben, was wir denn machen wollten, wenn uns das Wahlrecht genommen werden sollte und wir keinen Massenstreik machen. Die Situation ist heute nicht ernster als zur Zeit des Umsturzgesetzes und der Zuchthausvorlage. Weshalb denn nun auf einmal dies neue Kampfesmittel? Ich schätze den Genossen Bebel sehr als den brillanten Reitergeneral auf dem Paradefelde der politischen Partei, aber seine schneidige Reiterattacke wird im Ernstfalle in tausend Atome auffliegen, und das ist das Gefährliche. Die Arbeiter haben keine Disziplin wie ein preußisches Regiment, und die Mannschaften werden im Ernstfalle auch fragen: Herr Kommandeur, wo geht es hin? Und wenn du uns in den Hinterhalt führst, so weigern wir den Gehorsam! — In zwei Tagen kann solch ein Generalstreik ja nicht durchgeführt werden, wenigstens in Deutschland nicht. Wenn das in Holland möglich war, so ist das für uns gleichgültig. Ueber den belgischen Generalstreik hat Vandervelde gesagt: „Was vermochten die Tausende von Manifestanten bei all ihrem Mute gegen die Gewehre der Gendarmerie und der Zivilgarde auszurichten, die sich den sechzigtausend Bajonetten der regulären Armee angliedern, eine Armee, die gewiß der Regierung unzuverlässig erschien, deren großer Teil zum mindesten sich jedoch dem Kommando zum Massakre gefügt hätte." So wie es da lag, wird es sich bei uns wiederholen.

Man sagt, wir haben ja auch in Deutschland schon politische Streiks gehabt. Das ist richtig. Wir haben sie bei sozialpolitischen Forderungen gehabt. O ja, da ist es schon denkbar, daß der Bourgeois kommt und sagt: Für die Bergarbeiter ist der Achtstundentag durchaus berechtigt. Aber, lieber Genosse Bebel, wenn es sich um die Machtfrage handelt, dann ist die Bourgeoisie einig und nicht nur das, sondern wir werden auch Abtrünnige bekommen. Ueberall, wo bisher Massenstreiks versucht worden sind, ist sehr schnell ein ungeheurer Aufschlag auf alle Preise der Lebensmittel erfolgt. Genosse Bebel aber hat in seinen vorzüglichen und weit ausgreifenden Ausführungen eine Frage nicht berührt, nämlich die der Durchführbarkeit. Sie (zu Bebel) sagen: wir wollen 14 Tage hungern. Das ist ja ein Wort, das schön klingt, aber die praktische Durchführung macht doch kein Mensch mit. So liegen die Dinge. Daß wir uns heute noch darüber unterhalten müssen, ob wir Gewalt anwenden wollen oder nicht, ist bedauerlich. Und darum dreht es sich. Dagegen, daß wir unser Leben

einsetzen, sagt niemand etwas, aber daß wir politischen Selbstmord begehen, dagegen erhebe ich Widerspruch. Einen Verzweiflungskampf zu beginnen im Vertrauen darauf, daß das preußische Militär nicht schießen wird, das ist eine Vertrauensseligkeit, die ich einfach nicht verstehe. Wir bekommen dann russische Zustände und sogar schlimmere, weil wir ein ganz anderes Verwaltungssystem haben und eine viel konzentriertere Militärmacht. Bei uns würde es daher für die Bourgeoisie eine Kleinigkeit sein, uns zu Paaren zu treiben. Denen, die hier damit operieren, daß wir unser Leben für eine große Sache einsetzen müssen, kann ich nicht besser antworten als mit den Worten, die Liebknecht in Halle sprach: „Man hatte uns durch das Sozialistengesetz außerhalb des gemeinen Rechts gestellt, da mußten wir entweder uns feig ducken oder richtiger: Selbstmord begehen oder wir mußten tun, was wir getan haben — erklären: Wir müssen der Gewalt weichen, aber als Recht erkennen wir dies Gesetz nicht an; auf dem Boden dieses Gesetzes können wir als Partei nicht existieren, wir existieren aber und wollen existieren und deshalb müssen wir, dem Gebote der Selbsterhaltung folgend, das Gesetz brechen und das können wir doch nicht „gesetzlich", das heißt auf dem Boden dieses Gesetzes. Unser Wydener Beschluß war die notwendige und logische Antwort auf das Sozialistengesetz; es war zugleich unser Aktionsprogramm, und die Ausführung ist dem Beschluß gefolgt." So liegen die Dinge auch heute noch: wir k ö n n e n nicht vernichtet werden. Darüber mag sich die Bourgeoisie keinen Zweifeln hingeben, daß wir, wenn sie von neuem gegen uns mit Gewalt vorgehen sollte, dann weiter wühlen würden, wie wir es unter dem Sozialistengesetz getan haben. (Beifall bei einem Teil der Versammlung.)

Barenthin-Berlin: Ich teile nicht die Ansichten Robert Schmidts. In Arbeiterkreisen wird ganz anders über den Massenstreik geurteilt, als die Personen es tun, die nicht mehr an der Hobelbank oder am Schraubstock stehen. (Sehr richtig!) Wir müssen doch wissen, was wir zu tun haben, wenn uns das Wahlrecht genommen wird. Da gilt es, die Massen zu prüfen. Mit dem allgemeinen Wahlrecht würde auch das Koalitionsrecht den Arbeitern genommen werden, und deshalb ist es auch Pflicht, in den Gewerkschaftsversammlungen den Massenstreik zu diskutieren. Bömelburg sagte in Köln: Wenn uns das Wahlrecht genommen wird, dann müssen wir zu den anderen Mitteln greifen. Ja, welche Mittel sind denn das? (Sehr gut!) Es ist notwendig, dies Problem zu untersuchen und wir werden finden, daß uns dann nichts als der politische Massenstreik übrig bleibt. In Belgien, in Italien sind Erfolge erzielt worden. In Italien haben sich nach dem Generalstreik die Stimmen verdoppelt. Im Generalstreik liegt ein revolutionäres Moment. In allen Wahlvereinsversammlungen muß der politische Massenstreik diskutiert werden. Die Köpfe der Parteigenossen müssen revolutioniert werden. Ist unsere politische und gewerkschaftliche Organisation gestärkt, dann werden die Anschläge unserer Gegner zerschellen. (Bravo!)

Rosa Luxemburg: Wenn man die bisherigen Reden in der Debatte zur Frage des politischen Massenstreiks hier gehört hat, muß man sich wirklich an den Kopf fassen und fragen: Leben wir denn tatsächlich im Jahre der glorreichen russischen Revolution oder stehen wir in der Zeit zehn Jahre vor ihr? (Sehr richtig!) Sie lesen tagtäglich in den Zeitungen die Berichte von der Revolution, sie lesen die Depeschen, aber es scheint, daß Sie keine Augen haben zu sehen und keine Ohren zu hören. Da verlangt man, daß wir sagen, wie werden wir den Generalstreik machen, mit welchen Mitteln, zu welcher Stunde wird der Generalstreik erklärt, habt ihr schon die Magazine für die Lebensmittel? Die Massen werden verhungern. Könnt ihr es auf euer Gewissen nehmen, daß Blut fließt? Ja, alle, die solche Fragen stellen, haben nicht die geringste Fühlung mit der Masse, sonst würden sie sich nicht so weit den Kopf um das Blut der

Massen zerbrechen, denn die Verantwortlichkeit ruht gerade nicht bei den Genossen, die diese Fragen stellen. Schmidt sagt, warum sollen wir auf einmal unsere alte bewährte Taktik dem Generalstreik zu Liebe aufgeben, warum sollen wir auf einmal diesen politischen Selbstmord begehen? Ja, sieht denn Robert Schmidt nicht, daß die Zeit gekommen ist, die unsere Großmeister Marx und Engels vorausgesehen haben, wo die Evolution in die Revolution umschlägt? Wir sehen die russische Revolution und wir wären Esel, wenn wir daraus nichts lernten. Da stellt sich Heine hin und fragt Bebel, ja haben Sie auch darüber nachgedacht, daß im Fall des Generalstreiks nicht nur unsere wohl organisierten Kräfte, sondern auch die unorganisierten Massen auf dem Plan zu erscheinen haben, und haben Sie auch diese Massen im Zügel? Aus diesem einem Wort geht die ganze bürgerliche Auffassung von Heine hervor, das ist eine Schande für einen Sozialdemokraten. (Unruhe.) Die bisherigen Revolutionen, namentlich die von 1848, haben bewiesen, daß man in revolutionären Situationen nicht die Massen im Zügel halten muß, sondern die parlamentarischen Rechtsanwälte, damit sie die Massen und die Revolution nicht verraten. Schmidt hat sich auf das belgische Experiment und auf den Ausspruch von Vandervelde bezogen; ich glaube, wenn irgend etwas gezeigt hat, daß man eine großartige spontane revolutionäre Massenbewegung durch Kleingeisterei ruinieren kann, so war es dieser Streik, und Vandervelde konnte meiner Kritik gegenüber nicht eine einzige Tatsache anführen, sondern suchte sich durch allgemeine Redensarten herauszureden, als ich ihm nachwies, daß diese ganze großartige Massenstreikbewegung durch das parlamentarische Techtelmechteln mit den Liberalen zugrunde gegangen war. (**Bernstein**: Unwahr!) Ach, was verstehen Sie davon? (Heiterkeit und große Unruhe.) Heine hat das rote blutige Gespenst heraufbeschworen, und gesagt, ihm sei das Blut des deutschen Volkes teurer als — das war der Sinn seiner Worte — dem leichtsinnigen Jüngling Bebel. Ich will die persönliche Frage beiseite schieben, wer mehr berufen und mehr befähigt ist, die Verantwortung zu tragen, Bebel oder der vorsichtige staatsmännische Heine, aber wir sehen doch an der Geschichte, daß alle Revolutionen mit dem Blut des Volkes erkauft sind. Der ganze Unterschied ist, daß bis jetzt das Blut des Volkes für die herrschenden Klassen verspritzt wurde, und jetzt, wo von der Möglichkeit gesprochen wird, ihr Blut für ihre eigene Klasse zu lassen, da kommen vorsichtige, sogenannte Sozialdemokraten und sagen, nein, dies Blut ist uns zu teuer. Es handelt sich augenblicklich nicht darum, die Revolution zu proklamieren, es handelt sich nicht einmal darum, den Massenstreik zu proklamieren. Und wenn uns Heine, Schmidt und Frohme zurufen, organisiert die Massen und klärt sie auf, so werden wir ihnen antworten, das tun wir, aber wir wollen es nicht in Eurem Sinne! (Zuruf: Ach! ach!) Nicht in dem Sinne der Verkleisterung und Vertuschung der Gegensätze, wie es alle diese Genossen seit Jahr und Tag tun. Nein, nicht die Organisation vor allem, sondern vor allem der revolutionäre Geist der Aufklärung! Das ist noch viel wichtiger. Erinnern Sie sich an die Zeit des Sozialistengesetzes! Man hat unsere Gewerkschaften zertrümmert, und sie sind wie Phönixe aus der Asche emporgestiegen. Ebenso wird es auch künftig in Perioden heftiger Kämpfe sein. Es gilt vor allem, die Massen aufzuklären und da brauchen wir gar nicht so vorsichtig zu sein wie die Gewerkschaftsführer in Köln es gewesen sind. Die Gewerkschaft darf nicht zum Selbstzweck und dadurch zum Hemmschuh für die Bewegungsfreiheit der Arbeiter werden. Lernen Sie einmal aus der russischen Revolution! Die Massen sind in die Revolution getrieben, fast keine Spur von gewerkschaftlicher Organisation, und sie festigen jetzt Schritt für Schritt ihre Organisationen durch den Kampf. Es ist eben eine ganz mechanische undialektische Auffassung, daß starke Organisationen dem Kampfe immer vorausgehen müssen. Die Organisation wird auch umgekehrt selbst im Kampf geboren, **zusammen mit der Klassenaufklärung**. Gegenüber der ganzen Kleingeisterei

müssen wir uns sagen, daß für uns die letzten Worte des Kommunistischen Manifestes nicht nur eine schöne Phrase für Volksversammlungen sind, sondern daß es uns blutiger Ernst ist, wenn wir den Massen zurufen: Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen. (Beifall und Widerspruch.)

Legien: Aus meinen Ausführungen auf dem internationalen Kongreß in Paris hat Bebel einen falschen Schluß gezogen, er zitiert nach dem Protokoll, aber das Protokoll ist völlig unzureichend, mein halbstündiges Referat ist in 13 Zeilen zusammengefaßt. Ich stehe noch genau auf dem damaligen Standpunkt, ich habe die Resolution von 1896 in London und auch die von 1900 in Paris ausgearbeitet; ich lasse die Frage, ob es zu einem Generalstreik kommt, ob er notwendig oder nützlich ist, ganz offen. Bei den internationalen Vereinbarungen dreht es sich um etwas ganz anderes, wir haben da mit Nationen zu tun, die das Mittel des Generalstreiks seit langen Jahren anwenden und da muß versucht werden, einigermaßen Einverständnis unter allen Nationen herbeizuführen. Dort in der Kommission saß auch Briand, der Vater des Generalstreikgedankens und erklärte, wir brauchen in Frankreich die Generalstreiksidee zur Propaganda für die Organisation. Ich halte diese Art der Propaganda für durchaus falsch. Aber das ist nicht unsere Sache. Die Ausländer können ihre Taktik so einrichten, wie sie es für geboten halten. Dagegen aber verwahren wir uns, daß die von ihnen beliebten Propagandamittel anderen Nationen aufgedrängt werden, die sie nicht haben wollen. Es ist eine durchaus falsche Schlußfolgerung von Bebel, daß ich damals, besonders in Paris, mich der Generalstreiksidee genähert hätte. Weiter zitiert Bebel aus der Broschüre von Bringmann. Aber es handelt sich da nicht um eine Schrift zur Massenverbreitung, sondern um das Protokoll einer Versammlung. Bebel zog aus den Worten von Bringmann den Schluß, als wolle dieser von der parlamentarischen Aktion abraten. Solche Zitate wirken ja, aber die ganze Zitiererei hat verdammt wenig Zweck. Es kommt einfach auf die Tatsache im gegebenen Moment an. In dem Bericht über die parlamentarische Tätigkeit z. B. finden sich am Schluß ganz ähnliche Gedanken wie bei Bringmann. Es fällt mir aber gar nicht ein, irgendwelche Schlüsse auf die Stellung der Fraktion daraus zu ziehen. Die Streichung des Satzes vom Massenstreik habe ich deshalb beantragt, weil ich ihn für überflüssig halte, denn es heißt in dem vorhergehenden Satz, daß in solcher Situation die Arbeiterklasse jedes geeignete Mittel anwenden wird. Im übrigen stimme ich der Resolution Bebel vollinhaltlich zu. Ich würde in einer anderen Situation vielleicht auch jenem Satz zustimmen, nicht aber in der gegenwärtigen, denn in der gegebenen Situation ist dieser Satz nichts anderes, als ein Zugeständnis an den Anarchosozialismus. (Zustimmung und Widerspruch.) Dieser Anarchosozialismus beschränkt sich und wird sich dauernd beschränken auf eine kleine Gruppe von Leuten. Er ist nicht hervorgerufen durch die Rede von Friedeberg, sondern Friedeberg hat nur die in diesen lokalistischen Organisationen seit ihrem Bestehen vorhandene Tendenz in Worte gekleidet. (Sehr richtig!) Der Anarchosozialismus wird auf die kleine Gruppe beschränkt bleiben, sofern ihm nicht Hülfe wird aus dem Kreise der Parteigenossen. Der Satz würde eine Unterstützung des Anarchosozialismus bedeuten und dies Zugeständnis dürfen wir nicht machen. Aus diesem Grunde bitte ich Bebel den Satz zurückzuziehen. Im übrigen schließe ich mich im großen ganzen Robert Schmidt an. Nur noch ein Wort: Kommt der Generalstreik, oder wie man ihn sonst nennen will, dann bedeutet das für mich den Anfang der Revolution. Gehen die Massen einmal auf die Straße, dann gibts kein „Zurück" mehr. Dann heißt es: Biegen oder brechen. Man sucht eben in der Partei nach neuen Kampfesmitteln, weil man fälschlicherweise die Idee des gewaltsamen Widerstandes preisgegeben hat. Ich habe die Auffassung, daß Revolutionen im alten Sinne heute nicht mehr möglich sind, nie geteilt. Ich bin überzeugt: Wenn

unsere Macht so gewachsen ist, daß wir der Bourgeoisie gefährlich werden, dann setzt sie das Spiel auf eine Karte. Dann wird sie uns vor die Bajonette treiben. (Sehr richtig!) Aber kommt dieser Zeitpunkt, dann versagen die Bajonette, dann versagt das Machtmittel, über das die Bourgeoisie verfügt. (Ruf: Das ist die Frage!) Ist nicht der größte Teil unserer Leute Soldaten gewesen? Wissen sie nicht, mit den Gewehren umzugehen? Ich sage also: kommt es einmal zur Massenaktion, dann stehen wir tatsächlich vor der Revolution. Dann gibt es kein „Zurück" mehr. Man darf die Generalstreikfrage nicht so wie Heine einfach von der Judikatur abhängig machen. (Sehr wahr!) Ebenso wenig trifft das zu, was Liebknecht gestern sagte: Die Polizei werde die Gewerkschaften schon zum Zusammengehen mit der Sozialdemokratie zwingen. So schätze ich unsere deutsche Arbeiterklasse nicht ein. Ich denke höher von ihr. Ich bin überzeugt, die Arbeiter sind aus Erkenntnis der Dinge zur Sozialdemokratie gekommen. (Sehr gut!) In gewisser Beziehung halte ich die Propagierung der Idee des politischen Massenstreiks für gefährlich. Ziehen Sie nicht die nötige Schlußfolgerung, daß der Massenstreik der Anfang der Revolution ist, dann muten Sie der Arbeiterklasse etwas zu, was ich ihr unter keinen Umständen zumuten möchte. Sollen die Arbeiter nicht Widerstand leisten, wenn auf ihnen herumgeprügelt wird, dann muten Sie ihnen nicht zu, auf die Straße zu gehen, denn sobald die Massen auf der Straße sind, wird auf sie eingehauen, und ich mute ihnen nicht zu, daß sie sich das gefallen lassen. Soweit müssen wir die Arbeiter erziehen, daß sie so viel Selbstbewußtsein und Selbstachtung besitzen, um sich nicht prügeln zu lassen und daß sie in dem Moment, wo auf sie eingehauen wird, auch wieder hauen.

Peus-Dessau: Das beste an Bebels Resolution ist der Hinweis auf die Notwendigkeit, immer noch mehr die Organisation zu fördern. Hoffentlich wird das die Hauptwirkung seiner vorzüglichen Rede sein. Ist die Wirkung dieser Debatten die, daß wir uns bewußt werden, daß unsere Macht noch nicht ausreicht, um Attentate gegen Volksrechte abzuwehren, so können wir zufrieden sein. Ich bin fest davon überzeugt, daß nicht etwa die böse Wirkung eintritt, daß man sich nur noch auf den großen Tag vorbereiten will und die Agitation und Organisation vernachlässigt. Daß wir das Fundament der bürgerlichen Gesellschaft antasten, daran fehlt noch viel. Wir halten viel zu wenig Versammlungen ab, unsere Presse hat erst $^2/_3$ Millionen Abonnenten. Das ist viel zu wenig. Mir kommt ein Grauen an, wenn ich daran denke, daß man von Leuten, die noch die „Generalanzeiger" lesen, erwartet, sie werden sich an einem Generalstreik beteiligen. (Hört! hört!) Frau Luxemburg verwies auf Rußland. Aber einmal sind die Verhältnisse dort nicht mit den Verhältnissen hier zu vergleichen. Dann tut man so, als wenn die Russen schon Freiheit und Recht erobert hätten. Sie haben aber noch ein gut Stück Arbeit vor sich. Das dicke Ende kommt noch nach. (Zuruf: Eine große Neuigkeit!) Bilden wir uns nicht ein, daß wir jetzt neue Waffen ausfindig machen müssen. Stärken wir unsere alten. Setzen wir den bisherigen Weg fort, dann gibt es keine Möglichkeit, uns unser Recht zu nehmen. Dann haben wir die Mittel, es zu bewahren. (Zuruf: Durch die Umsatzsteuer! Stürmische Heiterkeit.)

Frau Zetkin-Stuttgart: Ich kann mich für das Amendement Legiens nicht erklären, weil ich seine Begründung nicht zu teilen vermag, daß nämlich die Erklärung, unter Umständen sei der Massenstreik ein proletarisches Kampfesmittel, anzusehen sei als eine Konzession an den Anarcho-Sozialismus. Ich stehe im Gegenteil auf dem Standpunkt, daß der politische Massenstreik im schärfsten Gegensatz steht zu der Empfehlung des Generalstreiks, wie sie von den Anarcho-Sozialisten betrieben wird. (Sehr richtig!) Der Umstand, daß die Vertreter dieser Idee zur Begeisterung so viele Proletarier entflammen konnten, die bis jetzt mit uns zusammen auf dem Boden des Klassenkampfes unsere

Schlachten geschlagen haben, scheint mir bedeutsam als ein Symptom. Innerhalb breiter Proletariermassen wird das Bedürfnis empfunden, unter dem Druck der geschichtlichen Situation, unter der zunehmenden Verschärfung des Klassenkampfes, unter der fortschreitend reaktionären Gestaltung unseres gesamten politischen Lebens, eine Antwort auf die Frage zu suchen: stehen uns außerhalb, neben den bereits erwähnten und erprobten Kampfesmitteln des gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kampfes unter bestimmten Ausnahmesituationen noch andere Kampfesmittel zu Gebote?

Aus dieser Situation heraus sind nicht nur die Irrungen und Wirrungen des Anarchosozialismus zum Teil hervorgegangen, aus diesem Bedürfnis heraus ist es überhaupt zu verstehen, daß sowohl die gewerkschaftlichen wie politischen Organisationen nicht um die Frage der Erörterung des politischen Massenstreiks herumgekommen sind. Für mich gibt es nichts Wichtigeres, als den politischen Massenstreik, wie er auch von der Sozialdemokratie als Kampfesmittel des Proletariats akzeptiert werden kann, in reinlicher Scheidung von der Idee des Anarchosozialismus loszulösen. Genosse Schmidt hat freilich hier die Auffassung vertreten, als ob der Massenstreik, wie er von Bebel befürwortet wurde, eine Halbheit bedeutet, während der vom Anarchosozialismus propagierte Generalstreik das konsequente Kampfesmittel sei. Ich finde in dieser Auffassung eine große Unklarheit. Das Proletariat kann wohl in einer gegebenen revolutionären Situation, die von seinen Todfeinden heraufbeschworen wird, mächtig genug sein, um geplante Attentate zurückzuweisen durch einen Massenstreik. Aber es braucht durchaus noch nicht über die gesamte politische Macht zu verfügen, die erforderlich ist, um die kapitalistische Wirtschaftsordnung aus den Angeln zu heben. Hier liegt seitens unseres Genossen Schmidt nicht nur eine Unklarheit vor betreffs der Rolle, welche die Quantität der Macht spielt, über die das Proletariat verfügen muß, sondern noch eine weit wesentlichere Verwirrung der Begriffe in bezug auf das ganz verschiedene Wesen des politischen Massenstreiks und des anarchistischen Generalstreiks. Während der politische Massenstreik die Konzentration der jeweilig verfügbaren politischen, wirtschaftlichen, geistigen, sittlichen Macht des Proletariats auf ein ganz bestimmtes, engbegrenztes Augenblicksziel fordert, will der anarchistische Generalstreik mittels der allgemeinen Arbeitsniederlegung die ganze kapitalistische Ordnung aus den Angeln heben oder auch einzelne ihrer wesentlichen Institutionen, wie z. B. den Militarismus, wie es Domela Nieuwenhuis gefordert hat. Dieser Standpunkt übersieht vollständig, daß wir die sozialistische Gesellschaftsordnung nicht nach unserem Belieben einführen können, wie wir einen Hut umkrempeln lassen, sondern daß wir die sozialistische Gesellschaftsordnung erst dann durchsetzen können, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse den erforderlichen Reifegrad erlangt haben. Er abstrahiert von allen konkreten, geschichtlichen Bedingungen des proletarischen Befreiungskampfes und verkennt den inneren, organischen Zusammenhang, der besteht zwischen dem letzten großen revolutionären Entscheidungskampf und der langsamen, stufenweisen Hebung des Proletariats durch die tagtägliche Arbeit, den tagtäglichen Kampf auf allen Gebieten proletarischen Klassenlebens. Und weil das der Anarchosozialismus wie der Anarchismus überhaupt übersieht, hat Genosse Robert Schmidt vollständig unrecht, wenn er meint, Bebel habe sich einer Inkonsequenz schuldig gemacht. (Sehr richtig!) Der politische Massenstreik steht aber auch insofern im schroffsten Gegensatz zur Auffassung des Anarchosozialismus vom Generalstreik, weil er seiner Ansicht ins Gesicht schlägt, daß es ein alleinseligmachendes Kampfesmittel des Proletariats gebe. (Sehr richtig!) Die Erklärung, daß der Massenstreik unter dem Drucke revolutionärer Situationen ein proletarisches Kampfesmittel sein könne, das zur Anwendung kommen müsse, ist vielmehr eine weitere Durchlöcherung der Theorie von alleinseligmachenden Kampfesmitteln überhaupt. Sie besagt,

daß der geschichtlichen Entwickelung entsprechend auch Parlamentarismus und Gewerkschaftsbewegung nicht solche Kampfesmittel sind und daß sie unter bestimmten Umständen durch andere, wirksamere Methoden des Klassenkampfes ersetzt werden müssen. Der Massenstreik ist ein weiteres Kampfesmittel in der Reihe der bisher bewährten Kampfesmittel, nicht bestimmt, sie zu verdrängen, sondern um eventuell ihren Gebrauch erst zu ermöglichen, zu sichern oder auch fruchtbar zu machen. (Sehr richtig!) Angesichts der Tendenzen, welche die Reaktion hat, den Standpunkt des Herrseins im eigenen Hause nicht nur innerhalb der einzelnen Betriebe, sondern auch im politischen und sozialen Leben mit aller Brutalität und Skrupellosigkeit zu vertreten, kann der politische Massenstreik unter bestimmten geschichtlichen Voraussetzungen eine Notwendigkeit werden, um den Arbeitern den bisherigen Boden des gesetzlichen Kampfes zu erhalten und zu schützen. Nun allerdings müssen wir damit rechnen, daß die herrschenden Gewalten diesen Boden der Gesetzlichkeit selbst nicht respektieren werden. Da bekenne ich mich nach wie vor zu der Auffassung, daß das Proletariat sich durch die Zwirnsfäden der bürgerlichen Gesetzlichkeit nicht unter allen Umständen für gebunden halten darf. (Sehr richtig!) Die bürgerliche Gesetzlichkeit ist schließlich nichts als die in bindende juristische Normen gebrachte Gewalt der besitzenden und herrschenden Klassen. (Sehr richtig!) (Der Vorsitzende gibt zum zweitenmal das Zeichen, daß die Redezeit abgelaufen ist.) — Bei den anderen ist auch dreimal geklingelt worden. (Große Heiterkeit.) Ich sage, wir müssen damit rechnen, daß die bürgerlichen Klassen jederzeit die Maske des gesetzlichen Kampfes gegen uns fallen lassen und mit brutaler Gewalt gegen uns ankämpfen, und da meine ich: Auf einen Schelm gehören anderthalbe. Wenn die Reaktion russisch mit uns reden will, dann wird auch das Proletariat russisch antworten können. (Lebhafter Beifall.) Die Voraussetzung dafür ist das geklärte und tief gewurzelte Bewußtsein seiner revolutionären Macht, der aus reifer Erkenntnis geborene zielklare Wille, diese Macht durchzusetzen, die Hingabe an die Ueberzeugung, welche kein Opfer scheut. Wir müssen es als unsere Aufgabe betrachten, den granitnen Felsen der revolutionären Macht des Proletariats im Bewußtsein der Massen zu schaffen durch unaufhörliche Agitation und Aufklärungsarbeit. (Stürmischer Beifall.)

Dr. **Michels**-Marburg: Ich stehe anders zu der neuen Richtung in unserer Partei. (Zuruf: In unserer Partei? Außerhalb der Partei!) Anders als Bebel hätte ich gewünscht, daß Friedeberg das Wort zu dieser Frage gestattet worden wäre. Die Anarchosozialisten sind gekommen nicht, wie Bebel meint, wegen der Treibereien und der Unzufriedenheit im lokalorganisierten Lager. Das ist eine historische Unmöglichkeit. Nein, was hinter ihnen steht, sind unsere eigenen Fehler, unsere eigene Zweideutigkeit. Ich stimme mit Friedeberg nicht überein in vielen Punkten, so nicht in seiner Polemik gegen Marx. Die deutsche Sozialdemokratie krankt nicht an zu viel Marx, sondern an zu wenig Marx. (Sehr richtig!) Nicht einverstanden bin ich mit ihm in seiner bodenlosen Unterschätzung des Parlamentarismus und in seiner Ueberschätzung des Psychismus. Aber gerade in dieser Frage hat er den richtigen Ton angeschlagen: wir haben zwar Zahl auf Zahl gehäuft, aber sie nicht mit sozialistischem Geiste erfüllt. Was haben bisher die Sozialdemokraten geleistet, wenn sie in Konflikt zwischen ihren Pflichten als Sozialdemokraten und ihren Pflichten als Staatsbürger geraten. Wo haben wir je erlebt, daß Soldaten, unter denen doch auch viele Sozialisten sind, reagiert hätten und Mißhandlungen mit gleicher Münze bezahlt hätten. In Italien, in Frankreich sind die Organisationen viel kleiner, aber kein Arbeiter läßt sich das beim Heere gefallen. Redner erinnert an die Teilnahme sozialdemokratischer Arbeiter an Festen, wo Monarchentoaste ausgebracht wurden, an denen sie sich beteiligten und an die Tatsache, daß zur Homburger Parade 440 000 Fahrkarten in

Frankfurt a. M. verkauft wurden, während verschiedene Fabriken auf Verlangen der Arbeiter feiern mußten. Was hat da die sozialistische Erziehung für einen Zweck? Auch die russische Revolution ist von vielen von uns nur als Sensation betrachtet worden. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Frau Zietz-Hamburg: Genosse Heine sagte auch, er stehe auf dem Boden, daß hinter dem politischen Streik der Wille zur Revolution stehen müsse. Aber, fügte er hinzu, wir möchten angeben, wie der granitne Boden der Macht geschaffen werden könne. Es ist auch von anderen Rednern gefragt worden: Woher nehmen wir denn die Mittel, um den Massenstreik durchzuführen, und woher nehmen wir denn die Massen? Und auf die Bemerkung Bebels, die Massen würden dann eben einmal ein paar Wochen hungern, antwortete Schmidt, das höre sich ganz hübsch an, habe aber keinen praktischen Wert. Genossen und Genossinnen! Ich möchte an Sie die Frage richten — und wenn wir die Frage an die Massen darüber richten würden, würde die Antwort noch ganz anders ausfallen — wenn ich Sie fragen würde, wer von uns als Kind und später unter der Knute des Kapitalismus schon gehungert hat, so würden wohl nur wenige in diesem Saale mit „Nein" antworten. Wenn wir das aber getan haben, so müssen wir es erst recht tun, wenn es sich darum handelt, unsere politischen Rechte zu verteidigen. Ich bin ferner mit der Genossin Luxemburg der Meinung, daß wir bei der Erörterung dieser Frage nach Rußland schauen müßten. Wie haben sich denn da die Massen gehalten? Dort wird bereits seit so langer Zeit gestreikt, überall brechen die Streiks aus und überall tauchen sie, wenn sie eine Zeitlang aufgehört haben, wieder auf, und überall beteiligen sich die Massen, und zwar ohne Organisation. Gewiß muß da mancher hungern. Aber dadurch lassen sich die Genossen nicht abhalten, den Kampf ums Recht zu führen. Sollen wir hinter diesen Genossen an Opferwilligkeit und Begeisterung zurückstehen? Ich persönlich bin übrigens der Meinung, daß der politische Streik bei uns nicht wochenlang dauern würde. Nicht deswegen, weil wir nicht bereit seien, ihn so lange durchzuführen, o nein, wenn wir den politischen Streik auf eine bestimmte Zeit beschließen würden, so würden wir ihn von vornherein wirkungslos machen. Wenn aber ein politischer Streik in Deutschland ausbricht, spontan und mit aller Gewalt ausbricht, so würde das zur Folge haben, daß die organisierten Machtmittel unserer Regierung außerordentlich desorganisiert werden, und unter dem ungeheuren Druck einer solchen spontanen Bewegung würde die Regierung nachgeben müssen, bevor unsere Mittel erschöpft sind. Wenn gefragt wird, woher wir die Massen nehmen und den granitenen Boden der Macht schaffen, so ist schon von Bebel und vorher in der Presse von anderen betont worden, daß die Vorbereitung für die Durchführung des Massenstreiks natürlich die Agitation und Organisation ist. Dafür müssen wir mit ganzer Kraft eintreten, müssen die Massen politisch fühlen und denken lehren, ihr Klassenbewußtsein schärfen und vertiefen. Wenn das geschehen ist, wenn wir es dahin gebracht, daß die Massen die Verkürzung ihrer politischen Rechte als brennende Schmach empfinden, dann werden sie auch mit ganzer Kraft sich wehren.

Genosse Schmidt meinte, die Massen würden nicht so gut Disziplin halten wie das Militär. Ja Genossen, wenn die Massen des Volkes zu der Disziplin erzogen wären, die wir im Heere haben, dann könnten wir allerdings keinen Generalstreik durchführen (lebhafte Zustimmung), denn mit Massen, die zum Kadavergehorsam erzogen sind, kann man allerdings solche Kämpfe nicht führen. (Lebhafter Beifall.) Ich verweise Sie auf den Bergarbeiterstreik. Ist da die Disziplin nicht musterhaft aufrechterhalten worden? Diese Massen haben eingesehen, daß es notwendig ist, sich unterzuordnen. Ich bin der Meinung: Wenn wir glauben, daß es angesichts der politischen Situation notwendig ist, unserem Arsenal neue Waffen zuzufügen, so muß jeder daran arbeiten, die Aufklärung in die breitesten Massen zu tragen, um so die Wirksamkeit des politischen Streiks

im gegebenen geschichtlichen Moment zu garantieren. Wollen wir das erreichen, dann muß die Richtlinie unseres Handelns sein: Agitation und nochmals Agitation und abermals Agitation! (Lebhafter Beifall.)

Liebknecht-Berlin: Die Wahl von 1903 hat gewissermaßen den formalen Parlamentarismus zu Tode gehetzt. Die Sozialdemokratie, deren Organisation und Agitation sich in Deutschland seit jeher im wesentlichen an den Parlamentarismus und die parlamentarischen Wahlen angliederte, hat mehr und mehr eingesehen, daß die trotz alledem in weiten Kreisen gehegte Hoffnung trügerisch ist, mit Stimmenerfolgen Ausschlaggebendes zu erreichen. Man sieht, daß trotz der großen Wahlerfolge alles beim alten geblieben ist. Daraus erklärt sich der Stimmungsumschwung, der darin besteht, daß man in bezug auf außerparlamentarische Aktionen wie die Maifeier empfindlicher geworden ist, daß man nach neuen außerparlamentarischen Aktionen sucht und daß der Generalstreik immer mehr Anhänger findet. Freilich hat hierzu auch die russische Revolution beigetragen, die das Verständnis für katastrophische Entwickelung neu erweckt hat. Es ist durchaus verfehlt, den Unterschied zwischen Generalstreik und Massenstreik für spitzfindig zu erklären. Der erste will den parlamentarischen Kampf ersetzen, der zweite ihn erst ermöglichen, ihm ein festes Rückgrat geben, außerdem aber ein selbständiges außerparlamentarisches Kampfmittel sein zum Schutz und zur Erringung wichtiger Rechte. Das ist ein grundlegender Unterschied. Legien sagt, wir müßten unter Umständen allerdings die Flinten auf die Schultern nehmen. Aber diese Flinten fehlen uns; wohl aber hat das Proletariat seine Arme und die Macht, sie zu bewegen oder ruhen zu lassen. Daß der Massenstreik gleichbedeutend sei mit Revolution, ist nicht unter allen Umständen richtig, am wenigsten, wenn es sich um die Verteidigung von Rechten handelt. Genosse Heine und Schmidt haben eine große Anzahl praktischer Bedenken geltend gemacht. Aber Legien hat uns erklärt: Ja, gewiß, der Massenstreik ist an sich wohl möglich. Das sollte doch Schmidt bedenklich machen. Die Gewerkschaften werden in dieser Beziehung wohl mehr hinter Legien als hinter Schmidt stehen. Wenn der Streik für wirtschaftliche Kämpfe ein geeignetes Kampfmittel ist, so muß er unter Umständen auch für politische Zwecke brauchbar sein. Was das Proletariat für 5 Pfennig Lohn tut, muß und wird es auch um sein Allerheiligstes, seine Grundrechte tun! Der Massenstreik ist, nachdem sich die „Revolution im Heugabelsinn" überlebt hat, das spezifisch proletarische Kampfmittel für alle Gebiete des Klassenkampfes, organisch hervorwachsend aus der Stellung und Funktion des Proletariats in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Er ist die politische Realisierung der wirtschaftlichen Macht der Arbeiterklasse. — Gewiß werden wir, wie Schmidt betont, beim politischen Streik viele Abtrünnige sehen, aber tausendmal mehr Proletarier, die jetzt dem Klassenkampfe fern stehen, werden begeistert und opferwillig zu uns stoßen; der Kampf um große Ziele reißt sie fort. — Heine fragt: „Werden wir siegen?" Ja, eine Revolutionsversicherung hats noch nie gegeben; die müßte erst erfunden werden. — Gewiß! Das Blut des Volkes ist uns teuer, aber die Ideale und die politischen Rechte des Volkes sind uns nicht minder teuer und wir wollen sie uns nicht widerstandslos rauben lassen. Der Verantwortung für die Tat steht gegenüber die Verantwortung für die Untätigkeit. — Juristerei erzeugt Neigung zum Formalismus und erschwert revolutionäres Denken und Fühlen. So erkläre ich mir die vielen Bedenklichkeiten Heines. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Meist-Köln: Das Reichstagswahlrecht ist uns nicht durch Kampf zuteil geworden, sondern gewissermaßen in den Schoß gefallen. Nachdem uns dies Recht gewährt worden war, begannen die Kämpfe auf dem Boden des bürgerlichen Parlamentarismus, auf dem wir zu arbeiten verpflichtet sind. Viel ist dabei nicht erreicht worden und kann trotz aller Wahlerfolge nicht erreicht

werden. Trotzdem mehren sich die Versuche, das Wahlrecht zu beschneiden. Diese Versuche dürfen wir nicht geschehen lassen, ohne uns zu wehren. Es ist ja die Absicht der Reaktion selbst, uns dabei die Flinten auf die Schulter zu zwingen. Das haben Bronsart v. Schellendorf, Kröcher, Oldenburg offen erklärt und offen mit Gewalt gedroht. Sollen wir da tatlos zusehen und etwa sagen, wir müssen erst drei Millionen Arbeiter in den Organisationen haben, ehe wir uns wehren können. Mit diesem Standpunkt wäre es nie gelungen, eine Revolution zu machen. Ich begrüße diese Debatte und hoffe, daß die politische Bewegung davon großen Nutzen haben wird. (Beifall.)

Dr. David-Mainz: Manches von dem, was hier gesagt ist, wird willkommenes Wasser auf die Mühle der Scharfmacher sein. Das gilt in allererster Linie von den Ausführungen der Genossin Luxemburg. Sie bezog sich auf das Kommunistische Manifest. Die Grundidee ihrer Rede ist allerdings in den letzten Sätzen des Manifest enthalten, wo es heißt, daß die Kommunisten es offen erklären, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können „durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung". Das ist die Grundidee, von der die Ausführungen von Rosa Luxemburg getragen waren. (Zustimmung von Rosa Luxemburg.) Das ist allerdings ein Rückschlag in den Revolutionarismus, wie er offener und markanter seither noch nicht zutage getreten ist. Dieser Rückschlag steht im schroffen Widerspruch zu dem, was seit Jahren und Jahrzehnten von den maßgebendsten Führern der Partei ausgesprochen ist. Bebel hat den Rückschlag in den Revolutionarismus, den wir in der Bewegung der Jungen kennen, in Erfurt mit den Worten zurückgewiesen:

„Wer heute noch angesichts der kolossalen Fortschritte nicht nur auf militärischem, sondern auch auf politischem und besonders auf ökonomischem Gebiete glaubt, wir Sozialdemokraten möchten mit den Mitteln der bürgerlichen Parteien, wie z. B. dem Barrikadenbau, zum Ziele kommen, der irrt sich gewaltig, der verkennt total die Natur der Zustände, in denen wir uns befinden. Genau so wie die Grundstellung, die wir dem Staat und der Gesellschaft gegenüber einnehmen, eine grundverschiedene ist von derjenigen aller übrigen Parteien, so sind wir auch in der Erringung des letzten Zieles auf ganz neue Wege und ganz neue Mittel angewiesen. Das ist meine felsenfeste Ueberzeugung."

Das war von jeher die Auffassung, die meiner Kenntnis nach als die maßgebendste erschien. Wir haben immer erklärt, daß wir, was an uns liegt, alles daran setzen werden, um auf gesetzlichem Boden unsere Ziele zu erreichen. Bei der Vervollkommnung der militärischen Machtmittel ist ein Waffengang mit dem Militarismus aussichtslos. (Sehr richtig!) Dieser Rückschlag in den Revolutionarismus erklärt sich daraus, daß man den Glauben an die naturnotwendige innere Auflösung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, an ihren naturnotwendigen Selbstmord, mit anderen Worten, an die Katastrophentheorie aufgegeben hat. Als Ersatz sucht man den alten Revolutionarismus hervor und lehnt es ab, diejenigen Wege zu wandeln, die die Partei seit Jahrzehnten konsequent verfolgt. Genossin Luxemburg hat wiederholt auf die Revolution in Rußland hingewiesen. (Zuruf: Sie soll doch hingehen!) Die Revolution in Rußland lehrt uns sehr viel, aber gerade das Gegenteil von dem, was Rosa Luxemburg uns einreden will; sie lehrt vor allem, daß man die Revolution in Luxemburg — (Stürmische Heiterkeit) — in Rußland unter keinen Umständen vergleichen kann mit unseren deutschen Verhältnissen. Was dort richtig sein mag, kann bei uns total verkehrt sein, und es ist der helle Wahnsinn, aus den russischen Verhältnissen einen Schluß auf die für uns notwendige Taktik ziehen zu wollen. (Sehr richtig!) In diesem Wahnsinn steckt aber Methode bei der Genossin Luxemburg. (Sehr richtig!) Es ist etwas ganz anderes, was meiner Auffassung nach Bebel mit seinem Eintreten für den politischen Massen-

streik gemeint hat. Wenn es sich darum handelt, Attentate abzuwehren, die uns den Boden nehmen wollen, auf dem wir gesetzlich unser Ziel erreichen können, dann kann man erwägen, ob nicht die Arbeitsverweigerung der Arbeiterklasse die Antwort auf ein solches Attentat sein soll. Darüber herrscht gar keine Meinungsverschiedenheit. Die Frage ist nur: was können wir tun, um eventuell einen solchen Massenstreik, eine solche Arbeitsverweigerung siegreich zum Ziele zu führen. Da scheint mir auf den Hauptpunkt doch viel zu wenig Gewicht gelegt zu werden. Bebel sagt, wir können Begeisterung in die Massen hineintragen, wir können Idealismus hineintragen, ein paar Wochen hungern kann doch die Arbeiterklasse. Ich bin nicht so ethisch veranlagt wie Bebel, ich fasse die Sache mehr vom ökonomisch-historischen Standpunkt auf. (Große Heiterkeit.) Ich verlasse mich nicht darauf, daß man vierzehn Tage hungern kann; die große Masse kann das n i c h t. Es hungern doch nicht nur die Männer, es hungern die Frauen und die Kinder. Die entscheidende Frage ist die: können wir etwas tun, um dem Proletariat die Munition zu verschaffen, daß es wenigstens für einige Wochen die allernotwendigsten Lebensmittel, und seien es nur Brot und Kartoffel, zur Verfügung hat. Mit den Kassen der Organisationen ist da nichts getan. Wohl aber läßt sich viel tun durch die wirtschaftlichen Organisationen, durch die wirtschaftliche Machtbildung auf dem Wege der Genossenschaft. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Zum Schluß nur das eine: Die politische Macht zu erobern heißt gar nichts anderes, als die Mehrheit des Volkes für unsere Ideen gewinnen. Aber als Minderheitspartei etwas auf gewaltsamem Wege zu erreichen, ist nun und nimmer möglich. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Südekum**-Berlin: Ich glaube, alle, die heute morgen die Rede Bebels gehört und seine Resolution gelesen haben, werden freudig aufgeatmet haben, weil hier sowohl die Bestrebungen des Anarchosozialismus mit aller wünschenswerten Entschiedenheit abgewiesen wurden und zweitens allen Versuchen in unseren eigenen Reihen, unsere Taktik zu ändern, der Garaus gemacht wurde. Unser Kampf ist notwendig ein politischer Kampf, seine Form die parlamentarische Betätigung im Reiche, im Staat und in der Gemeinde. Es gibt in der Tat Parteigenossen, die seit längerer Zeit danach trachteten, die Eckpfeiler unserer bisherigen Taktik zu zertrümmern, die parlamentarische Tätigkeit zu verhöhnen. Das fing an mit dem bösartigen Schlagwort vom parlamentarischen Kretinismus und es hat bis in die letzten Tage hinein gedauert. Da war es besonders dankbar zu begrüßen, daß Bebel diese Versuche auf das allerentschiedenste zurückgewiesen hat. Haben wir denn irgend eine aktuelle Veranlassung, unsere bisherige Taktik zu ändern? Ich glaube nein. Bebel hat mit vollem Recht auf die Verschärfung der politischen Situation, auf die Wahlrechtsräubereien in Sachsen, Lübeck usw. hingewiesen. Zur Vervollständigung dieses Bildes muß man aber auch darauf hinweisen, daß wir in Süddeutschland zu derselben Zeit eine nicht unerhebliche Vermehrung und Verbesserung der Volksrechte zu verzeichnen haben. Zweifellos ist dort auch nicht annähernd erreicht, was wir wünschen, und ich bin weit entfernt von jeder Verhimmelung süddeutscher Zustände; aber man darf doch die Dinge auch nicht verschweigen, und ein Politiker, der über die Lage spricht, muß ein vollständiges Bild geben. Es ergibt sich im Hinblick auf Süddeutschland, daß unsere Situation gar nicht so verzweifelt ist, wie manche Parteigenossen sie darzustellen belieben. Genosse David hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß wir bisher konsequent in unserer Partei die Katastrophentheorie abgelehnt haben. Nun kommt aber Fräulein Luxemburg und sagt, alle großen Revolutionen der Weltgeschichte sind blutig gewesen, folglich wird auch die kommende Revolution eine blutige sein. Ich bewundere die Kühnheit der Genossin Rosa Luxemburg. Ich für meinen Teil erkläre mich außer stande, vorauszusagen, wie sich die Umwandelung unserer staatlichen Ver-

hältnisse gestalten wird. Die Entwickelung der menschlichen Gesellschaft ist nicht, wenn ich ein paar Fremdworte gebrauchen darf, ein logischer, sondern ein physiologischer Prozeß, d. h. sie geht nicht vor sich wie das Experiment des Physikers im Laboratorium, der auf Grund bestimmter Voraussetzungen ein bestimmtes Ergebnis voraussagt, sondern etwa wie die Entwickelung einer Pflanze. Wir können, wenn wir das Samenkorn in die Erde legen, zwar auf Grund der Kenntnis der allgemeinen Entwickelungsgesetze der Pflanzen einiges über das wahrscheinliche Wachstum voraussagen, wir können aber nicht voraussagen, ob ein Ast sich nach oben oder nach unten biegen wird. Die Katastrophentheorie, die alles auf einen großen Wurf setzen will, ist außerordentlich gefährlich für die Ausbreitung unserer Idee. Wenn Sie die Arbeiter darauf dressieren, daß sie den einen großen Tag erwarten sollen — und sogar was *nach* diesem großen Tag geschehen soll, ist uns schon mit löblichem Eifer geschildert worden! — dann lähmen Sie sie für das wichtigste, was es zunächst zu tun gilt, für die Organisation und die Weiterverbreitung des sozialistischen Geistes. Eine solche Diskussion, wie wir sie führen, kann in den Köpfen wenig aufgeklärter Arbeiter die Vorstellung erwecken, als ob etwa die Absicht besteht, daß nächste Woche um 4 Uhr der große Massenstreik losgeht. (Große Unruhe.) Ich erinnere Sie daran, als im Jahre 1890 die Maifeier ebenso diskutiert wurde, haben sehr viele Parteigenossen geglaubt, es solle eine allgemeine Arbeitsruhe überall durchgeführt werden und haben in diesem Sinne gehandelt. Darauf wurden sie zurückgepfiffen und Sie wissen alle, was das für Schwierigkeiten, für Verwirrung erzeugt hat. Ob wir in eine Situation kommen, aus der uns nur der politische Massenstreik retten kann, weiß ich nicht. Darum kann ich mich nicht gegen den Massenstreik aussprechen, sondern werde für die Resolution Bebel stimmen. Die Hauptsache in dieser Resolution ist für mich aber der Grundgedanke, nämlich die Aufforderung, unter Aufrechterhaltung der alten Taktik organisatorisch und agitatorisch viel energischer als bisher vorzugehen. (Bravo!)

Stadthagen: Südekum hat der Genossin Luxemburg eine Katastrophentheorie, die alles auf einen Wurf setzt, untergeschoben, die sie gar nicht vertreten hat. Auf die irrigen Anschauungen Südekums will ich nicht eingehen. Das würde heißen, die Debatten von Hannover zu wiederholen. Möge er diese Debatten mit größerer Aufmerksamkeit nachlesen. Südekum kann sich auch beruhigen. Niemand denkt daran, in der nächsten Woche um 4 Uhr mit dem Massenstreik zu beginnen. In acht Tagen kommen wir nicht hin, selbst wenn wir Automobilschnelle anwenden. (Heiterkeit.) Hüten wir uns, verächtlich von der Theorie zu sprechen. Ach! Ohne Theorie sind Sie die stümperhaftesten Praktiker. (Lebhafte Zustimmung.) Die Gewerkschaftler müssen einsehen, daß die Verhältnisse sich so geändert haben, daß jetzt jeder große Streik politischer Natur ist. Früher waren die Streiks wesentlich lokaler Natur; jetzt sind sie national geworden. Dann noch ein Wort über die Auffassung der Gewerkschaftsführer, als ob sie über wer weiß was für Mittel verfügten. Von Jahr zu Jahr sind die Gewerkschaften ohnmächtiger geworden. Die Machtmittel der Unternehmer haben sich erweitert und sind immer brutaler geworden.

Von Jahr zu Jahr werden die Streiks schwieriger, weil sich auch die Machtmittel des Staates immer mehr auf die Seite der Unternehmer stellen. Heine hat von Strafgesetzparagraphen gesprochen, aber die Arbeitgeber pfeifen auf das Strafgesetz. Ihre schwarzen Listen sind ein Hohn auf das Strafgesetz. (Lebhafte Zustimmung.) Kein Staatsanwalt kümmert sich um diese Gesetzesverletzungen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Gewerkschaftsführer sollten den Massenstreik studieren, dessen Anwendung absolut notwendig werden kann, und zwar nicht nur für den einen Fall des Wahlrechtsraubes. Ich stehe gar nicht auf dem Standpunkte, daß der Massenstreik unter allen Umständen als Waffe hiergegen angebracht ist. Wir dürfen die Gewerkschaftsfragen

ebensowenig wie den Militarismus und den Parlamentarismus nach bürgerlichem Maßstabe beurteilen. Das Koalitionsrecht ist nicht nur in Gefahr, nein, es ist in viel größerem Umfange trocken gelegt, als noch vor zehn Jahren, weil die Bourgeoisie inzwischen eine viel größere Macht über den Staat erlangt hat. Ungeheure Strafen werden jetzt wegen Streikpostenstehens verhängt, die Arbeiter werden wegen angeblicher Erpressung bestraft, und wenn sie einen Streik ankündigen, wo so drakonische Mittel benutzt werden, da sind ungeheure Opfer notwendig, und absolut erforderlich wird das Zusammengehen von Partei und Gewerkschaften. Ich selbst stand früher dem Massenstreik skeptisch gegenüber. Das wesentliche ist die Schulung der Genossen durch Partei und Gewerkschaften, alles einzusetzen für das Ziel, das wir erkämpfen. (Bravo!)

v. Elm: Mit der Rede Bebels von heute morgen bin ich fast vollinhaltlich einverstanden, nur in einem Punkte muß ich ihm widersprechen, weil er falsch unterrichtet worden ist. In Hamburg ist in einer Sitzung der Kartellkommission und der Vertrauensleute, wie er sagt, mitgeteilt worden, daß dort alles aussichtslos sei, daß in den Gewerkschaftskreisen keine Stimmung für den Massenstreik vorhanden sei, daß es besonders jüngere Gewerkschaftsführer gäbe, die nicht dafür zu haben seien und für die Partei nur Hohn hätten. Ich hätte gern gehört, wer diese Behauptung in die Welt gesetzt hat. Ich war allerdings auch erstaunt, als ich in Köln erfuhr, wie kläglich der Besuch der Protestversammlungen in einer Stadt wie Hamburg war, es wird dadurch erklärlich, daß die Massen dem jetzigen Hamburger Wahlrecht keine sehr große Bedeutung beimessen. (Sehr richtig!) Wenn es sich um das allgemeine, gleiche Wahlrecht handeln würde, dann wäre die Situation in Hamburg anders. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bestreite, daß eine solche Stimmung in den Hamburger Gewerkschaftskreisen herrscht. Vielleicht gibt es aber einige Leute in Hamburg, die ihre werte Persönlichkeit mit der Partei identifizieren, die, wenn sie angegriffen werden, meinen, die Partei sei gehöhnt. Genossen! Wenn es zur Tat kommt, so seien Sie überzeugt, auch Hamburg, das in allen großen Kämpfen seinen Mann gestanden hat, wird auch hier seinen Mann stehen. Schuld daran, daß die Genossen in Hamburg dem Wahlrecht nicht die Bedeutung beimessen, die demselben gebührt, tragen auch diejenigen, die nach Dresden in Parteiversammlungen unsere ganze praktische Arbeit als ziemlich nebensächlich behandelten und den Arbeitern einzureden versuchten, wir seien bereits reif, die bürgerliche Gesellschaft abzulösen. In einer Versammlung des 2. Hamburger Wahlkreises fiel anläßlich der Berichterstattung über den Dresdener Parteitag der bezeichnende Ausspruch, daß wir imstande wären, in zweimal 24 Stunden den Betrieb der Hamburg-Amerika-Linie ohne Störung fortführen zu können. (Hoffmann-Hamburg: Wer hat das gesagt?) Emil Fischer! Wenn man so spricht, so wegwerfend über die parlamentarische Tätigkeit urteilt, wie es von radikaler Seite geschieht, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Arbeiter dem Wahlrecht nicht den Wert beilegen, der ihm beigelegt werden muß. (Sehr richtig!) Nun sagt R. Schmidt, und ebenso Südekum, die politische Situation in Deutschland sei nicht überall dieselbe. Neben den Wahlrechtsattentaten in Hamburg und Lübeck stünden demokratische Fortschritte in Süddeutschland. Täuschen wir uns nicht, Genossen. In weiten Kreisen der bürgerlichen Parteien besteht die Neigung, uns eventuell mit einer Ueberrumpelung unter Bruch der Geschäftsordnung des Reichstages und der Verfassung das Wahlrecht zu nehmen. (Lebhafte Zustimmung.) Schon bei den Zolltarifkämpfen habe ich diese Stimmung beobachtet. Nun sagt Schmidt: Dann werden wir dieselbe Taktik anwenden wie unter dem Sozialistengesetz. Aber die Dinge liegen heute doch anders als damals. (Sehr richtig!) Während jener 12 Jahre hatten wir doch das Wahlrecht, konnten während der Wahlperiode öffentlich agitieren. Mit dem Wahlrechtsraube aber würde uns gleichzeitig die Preßfreiheit, die Koalitionsfreiheit und die Versammlungsfreiheit genommen werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Deshalb können wir nicht dieselbe Taktik wie damals anwenden. Auf das allmähliche Unterwühlen können wir uns nicht einlassen; wir müssen uns von vornherein darauf gefaßt machen, durch den Massenstreik an Abwehr zu denken. Es ist gefragt worden: können wir siegen? Diese Frage ist sehr schwer zu beantworten. Man hat gesagt, die Massen sind nicht gehörig organisiert. Gewiß, die Organisation ist Voraussetzung, aber es muß doch betont werden, daß in großen Momenten auch auf andere Kreise zu rechnen ist. Wir können rechnen mit einer gewissen Sympathie der bürgerlichen Kreise, und wenn es zu einem Wahlrechtsraub kommt, dann strömen uns auch die Massen des unorganisierten Proletariats zu, die sich jetzt zum Teil gar nicht organisieren können. Dann aber sagen sie sich, wir haben so lange gezwungen gehungert, jetzt wollen wir freiwillig hungern, um den elenden Zuständen ein Ende zu machen. (Lebhafte Zustimmung). Deshalb darf man diese Frage nicht so rechnerisch behandeln, wie es geschehen ist. Nun meint man, ohne Blutvergießen kann das nicht abgehen. Das ist ganz sicher. Wer das glaubt, daß die bürgerlichen Klassen, wenn sie uns das Wahlrecht nehmen, nicht zum äußersten entschlossen sind, der ist ein Narr, ein Tor. Sie sind auch entschlossen zu schießen. (Lebhafte Zustimmung.) Damit müssen wir rechnen. Wir wollen selbstverständlich kein Blut vergießen, aber die Gegner werden uns in die Situation treiben, und dann wird auch Bebel nicht wollen, daß wir still halten. Wenn es so weit kommt, werden wir unseren Mann stellen und unser Leben für die Freiheit in die Schanze schlagen. Wenn man heute schon beginnt, die Sache zu propagieren, so geschieht es, um die Massen an den Gedanken zu gewöhnen: „Es kommt der Moment, wo Ihr eintreten müßt mit Gut und Blut. (Stürmischer Beifall.) Bereitet Euch auf diese Möglichkeit vor!" Die Jugend muß erzogen werden, damit unter den Soldaten es sich dieser und jener zweimal überlegt, ob er auf Vater und Mutter, und gleichzeitig auf die Freiheit schießt. (Stürmische Zustimmung.) Ich habe mit Bebel manchmal die Klinge gekreuzt, aber im Geiste waren wir häufig einiger, als er weiß. Hier sind die Schranken zwischen Revisionisten und Radikalen gefallen. Wir können und dürfen uns den Raub der Volksrechte nicht gefallen lassen. Wenn ein solches Attentat kommt, dann müssen wir uns wehren, und dann gibt es kein anderes Mittel, als den Massenstreik zu organisieren. (Stürmischer Beifall.)

Robert Schmidt-Berlin: Die Genossin Luxemburg sagte: Das Blut der Arbeiter haben nicht die zu verantworten, die hier als sogenannte Sozialisten auftreten. Ich muß auf das entschiedenste gegen diesen Ausspruch Protest erheben. Wer hier in diesem Saale ist und heute mitzubestimmen hat, hat auch die Verantwortung zu tragen und nicht allein die Genossin Luxemburg, denn noch ist sie ja nicht im Tribunal, um darüber zu entscheiden, wer Genosse ist und wer nicht. (Zustimmung.) Die Situation ist ganz klar. Wenn Sie der Meinung sind, daß die Partei stark genug ist, um eine gewaltsame Auseinandersetzung zu wagen, gut. (Bebel: Ist nicht gesagt worden!) Ich möchte doch noch ein paar Urteile über die bisherigen Generalstreiks anführen. Der Genosse Vliegen aus Holland meinte, er sei durch den letzten holländischen Streik aus einem Freunde zu einem Gegner des Generalstreiks geworden, und der holländische Parteivorstand hat nach Beendigung des Streiks die Generalstreiktendenzen „anarchistisch" und „abenteuerlich" genannt (sehr gut!) und Genosse Turati sprach in den „Sozialistischen Monatsheften" die Vermutung aus, daß die Folge des letzten italienischen Generalstreiks ein neues Streikgesetz sein werde. Die Voraussage ist leider eingetroffen.

Also überall hat der Generalstreik Fiasko gemacht. Elm sagt, unter dem Sozialistengesetz sei die Sache anders gewesen. Ja, haben wir denn damals ein Koalitionsrecht und Versammlungsfreiheit gehabt? Wo waren die Gewerkschaften, wo die Parteiorganisationen? Nichts davon war vorhanden, und doch haben wir existiert und uns so bemerkbar gemacht, daß das Gesetz schließlich aufgehoben

werden mußte. Es ist auf den Bergarbeiterstreik hingewiesen worden. Ich kann Ihnen sagen, wenn damals die Regierung die Absicht gehabt hätte, Blut zu vergießen, so wäre ihr das leicht gewesen. Das war damals der Regierung nicht des Einsatzes wert, aber es würde ihr des Einsatzes wert sein, wenn es sich um so vitale Interessen der bürgerlichen Klasse handelt, wie das Wahlrecht. Genossin Zetkin sagt, wir werden nicht über Zwirnsfäden stolpern. Nein gewiß nicht, aber über die Bajonette unserer Gegner stolpern wir, und wenn Sie ausrufen: „Wir werden unsere Söhne dazu erziehen, daß sie nicht mehr auf Vater und Mutter schießen," so sage ich Ihnen, nach der Richtung sieht es noch auf lange hinaus unendlich trübe aus. (Unruhe.) Ich kann die Verantwortung nicht dafür übernehmen, die Massen in eine derartige Situation hineinzutreiben, und bitte Sie, den Antrag Legien anzunehmen.

Bömelburg: Sie werden nicht erwarten, daß ich auf die ganze Frage des Generalstreiks und auf all das eingehe, was hierüber nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß in Versammlungen gesprochen und in der Presse geäußert ist. Das kann nicht meine Absicht sein. Der Gewerkschaftskongreß hat seinen Beschluß gefaßt, und da die Gewerkschaften ihre Tagung für sich abhalten und als solche souverän sind, so bleibt für mich als Gewerkschaftler in erster Linie der Beschluß des Gewerkschaftskongresses bestehen. Als es bekannt wurde, daß Bebel auf diesem Parteitage über den politischen Massenstreik referieren würde, da hat sich wohl mancher gefragt, welche Stellung Bebel einnehmen wird. Bebel war in diesem Punkte ein unbeschriebenes Blatt; er hat sich darüber vorher nicht geäußert, abgesehen von dem, was er gelegentlich des Bremer Parteitages in der „Neuen Zeit" geschrieben hat. Ebenso wie bei meinen Ausführungen auf dem Kölner Kongreß so mancher nicht auf seine Rechnung gekommen ist, ebenso wird eine große Anzahl von Genossen hier im Saal heute bei Bebels Ausführungen ihre Rechnung nicht gefunden haben. Ich für meine Person bin mit Bebel im großen ganzen einverstanden, er hat bestätigt, daß ich mit meinen Anschauungen über den Generalstreik recht habe, er hat nichts davon gesagt, daß man den politischen Massenstreik benutzen wolle, um die Desorganisation des Staates herbeizuführen, eine Ansicht, die, wenn ich nicht irre, auch die Genossin Zetkin vertreten hat. Bebels Ausführungen gehen dahin, daß man die Massenarbeitseinstellung — selbst das Wort politischer Massenstreik hat er vermieden — daß man die Massenarbeitseinstellung nur als wirksamstes Demonstrationsmittel benutzen wolle, also dieselbe Ansicht, die Bernstein vertreten hat.

So weit es sich um Maßnahmen gegen die Verschlechterung des Wahlrechts oder des Koalitionsrechts oder zur Verteidigung anderer politischer Freiheiten handelt, besteht Einigkeit in der Gesamtpartei, und zur Gesamtpartei gehören auch wohl die Mitglieder der freien Gewerkschaften. Ich habe die Ueberzeugung, daß in den freien Gewerkschaften wenig Personen organisiert sind, die sich nicht auch zur sozialdemokratischen Partei bekennen. Die Gesamtpartei also ist sich darüber einig, daß in einem solchen Fall die Arbeiterklasse selbst vor den äußersten Mitteln nicht zurückschreckt. Nur darüber gehen die Meinungen auseinander, ob man von vornherein die Kampfmittel des näheren bestimmen soll. Ich habe mich heute während Bebels Rede fortwährend gefragt, wann wird Bebel auf die Frage eingehen, wie sich denn eigentlich eine solche große politische Bewegung gestalten soll. Ich mache Bebel keinen Vorwurf daraus, daß er das nicht getan hat, denn es ist gar nicht möglich, die Art der Inszenierung und Führung des Streiks auseinanderzusetzen, und wenn er es getan hätte, dann hätte er sich jedenfalls einer sehr großen Taktlosigkeit schuldig gemacht, denn wer den Versuch machte, im vornherein zu bestimmen, wie sich zur gegebenen Zeit die Sache gestalten, wie sie organisiert werden soll, der würde etwas tun, was er nicht verantworten kann. Man darf doch nicht den Gegnern gegenüber seine Karten aufdecken. Aber ebensowenig wie man imstande ist, von vorn-

herein zu sagen, so und so muß sich die Sache gestalten, ebensowenig ist man in der Lage zu sagen, ein derartiges Kampfmittel will man für den gegebenen Fall anwenden. Angewendet soll die Massenarbeitseinstellung ja werden, wenn die Reaktion dem Volke seine politischen Freiheiten beschneiden oder nehmen will, aber in der Resolution steht ausdrücklich, „gegebenen Falles" soll das geschehen. Es ist also nicht gesagt, daß man, wenn man uns das Wahlrecht oder das Koalitionsrecht nehmen will, unter allen Umständen von diesem Mittel Gebrauch macht, und zwar ist das mit vollem Recht nicht gesagt; selbst Roland-Holst betont ausdrücklich, daß der politische Massenstreik nicht unter allen Umständen angewendet werden kann. Niemand ist imstande, zu sagen, ob in solchem Momente für eine große Bewegung die Volksstimmung vorhanden ist, und ohne die Volksstimmung ist eine Bewegung nicht möglich, sie kann nur getragen werden von einer ganz ungeheueren Erregung, und solche Erregung läßt sich nicht künstlich hervorrufen. (Sehr richtig!) Warum ist die Revolution in Rußland nicht zehn oder zwanzig Jahre früher gekommen? Warum ist nicht der Bergarbeiterstreik, der spontan hervortrat, wo die Erregung eine ganz ungeheure war, sechs, sieben oder zehn Jahre früher ausgebrochen? Wenn das Maß nicht voll ist, wenn nicht die richtige Erregung im Volke vorhanden ist, dann wäre es ein Wahnsinn, ein Verbrechen, wollte man dann die Arbeiterschaft in den Kampf treiben. (Sehr richtig!) Also, es läßt sich nicht bestimmen, wie die Dinge sich gestalten sollen. Und wollten wir nun auf die organisatorische Seite der Sache eingehen, so müßte ich die Frage aufwerfen, wer spricht im gegebenen Moment das entscheidende Wort, wer soll die Losung ausgeben? Einen Parteitag können wir doch nicht erst abhalten. Würden wir uns aber festlegen und würden die Führer der Partei und Gewerkschaften die Massenarbeitseinstellung im gegebenen Falle nicht für ratsam halten, dann können in der gesamten Arbeiterbewegung sehr leicht große Meinungsverschiedenheiten entstehen, die eine Schädigung der Organisationen zur Folge haben. Sind wir uns alle darüber einig, daß wir, wenn man dem Volke seine Rechte beschneiden will, gewillt sind, den Kampf zu führen, dann werden wir auch das Mittel finden, das nach Lage der Verhältnisse angewandt werden muß.

Von denselben Voraussetzungen ist ja auch der Gewerkschaftskongreß ausgegangen. Wer da sagt, daß die Gewerkschaften Flaumacher seien, daß man nicht mitmachen will, der kennt die Verhältnisse nicht. Die Gewerkschaften und die Partei sind sich in den Fragen der Erhaltung und Erweiterung der politischen Rechte vollständig einig. Nun noch einiges, was mich persönich betrifft.

Man fiel nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß förmlich über mich her. Genossin Luxemburg, sehen Sie, ich bin Maurer von Beruf, ich habe keine hohe Schule besucht, kenne mich auch nicht so mit dem feinen Schliff aus, und wir wissen ja alle, daß wir mit unserem Wissen nicht im entferntesten an die Genossin Luxemburg heranreichen. (Große Heiterkeit.) Ach, wir wissen es alle zusammen, daß wir mit unserem Wissen nicht heranreichen an diejenigen, die in ihrer Jugend nicht Hunger gelitten und eine gute Bildung genossen haben, aber wenn man im Kampfe steht — und ich kann für mich in Anspruch nehmen, daß ich Jahre hindurch für die Arbeiterbewegung gekämpft habe — wenn man im Kampf steht und so eigentümlich überfallen wird, wie es geschehen ist, dann schmerzt das, das tut wehe, das ist nicht angenehm, das ist nicht die Art und Weise, wie man die Einheit in der Arbeiterbewegung fördert. (Lebhaftes sehr richtig!) Mir ist vorgeworfen, ich hätte durch die Kölner Resolution die Diskussion unterbinden wollen. Die Resolution ist eine Resolution der Generalkommission, die ich in ihren wesentlichsten Punkten verfaßt habe. Es mag ja sein, daß in der Resolution durch das Wort Propagierung eine irrige Auffassung entstehen konnte, aber in meinem Referat habe ich ausdrücklich gesagt, daß sich

gegen die Diskussion des Massenstreiks nichts einwenden ließe. Das steht im unkorrigierten Protokoll, ich habe es absichtlich nicht korrigiert. Ich habe in Köln gesagt, ich halte es im Interesse der Entwickelung der Gewerkschaftsbewegung für notwendig, daß Ruhe eintritt, aber ich bin niemals auf den Gedanken gekommen, daß wir Kämpfen aus dem Wege gehen sollen. Glauben Sie, daß es in Deutschland einen Gewerkschaftsführer gibt, der nicht ganz genau weiß, welche schweren Kämpfe uns bevorstehen? Ich bin überzeugt, daß wir so ungeheure Kämpfe bekommen, daß wir uns als Praktiker die Frage vorlegen müssen, ob wir diesen ungeheuren Kämpfen gewachsen sind. Und gerade mit Rücksicht darauf habe ich gesagt, wir wollen Ruhe haben, damit wir uns auf diese großen Kämpfe der Zukunft vorbereiten können. Aber daran habe ich nie gedacht, daß wir Kämpfen aus dem Wege gehen sollen, ich will nur die Stärkung der Organisationen. Wir müssen die Möglichkeit haben, nicht gestört zu werden in der Erfüllung unserer großen Aufgaben, die Arbeiterorganisationen zu stärken und sie fähig zu machen, alles das herbeizuführen, was im Interesse des arbeitenden Volkes liegt. (Lebhafter Beifall.)

Bebel (Schlußwort): Verschiedene Redner haben darauf hingewiesen, daß ich auf eine Menge von Preßäußerungen zu dieser Frage nicht eingegangen sei. Das ist nicht nur richtig, sondern es war sogar von vornherein mein fester Entschluß. Ich hätte sonst statt $3^1/_2$ 5 oder 6 Stunden sprechen müssen und ich hätte dadurch in ganz unnötigerweise die Debatte verlängert, denn selbstververständlich hätte ich mit meiner Kritik eine Antwort der Angegriffenen hervorgerufen. Ich habe nur die mir am wichtigsten scheinenden Meinungen hervorgehoben. Ich will ferner dem Genossen Bömelburg gern zugestehen, daß auch nach meiner Meinung ihm in der Kritik des Kölner Kongresses zum Teil sehr ungerecht zugesetzt worden ist. Die Schuld daran tragen aber nicht allein die Kritiker, sondern zum Teil ist auch die Unklarheit der Kölner Verhandlungen schuld an den Mißverständnissen. Wenn dann Genosse Bömelburg sich gegen mich persönlich wendend erklärt hat, ich gehöre doch auch zu denen, die infolge ihrer Tätigkeit in der Studierstube nicht die Gelegenheit hätten, sich von manchen praktischen Dingen zu unterrichten, so erkläre ich, daß ich mich freue, daß meine soziale Lage es mir ermöglicht, alle Jahre ein paar Monate lang in meinen sogenannten Ferien mich Studien zu widmen, die den meisten von uns nicht möglich sind. Deswegen beneide ich mich, wenn aber Bömelburg daraus schließt, daß ich in vieles nicht eingeweiht sei, so schließt ja selbstverständlich die Stellung, die ich in der Partei einnehme, aus, daß ich gleichzeitig in den Gewerkschaften arbeite. Bömelburg weiß aus seiner Stellung manches, was ich nicht weiß, aber ich aus meiner Stellung heraus auch vieles, was er nicht weiß. Ich weise aber doch darauf hin, daß ich vom Anfang meines öffentlichen Auftretens an zu den eifrigsten Vertretern der Gewerkschaftsidee gehört und im Laufe der Jahre in unzähligen Gewerkschaftsversammlungen gesprochen habe. Als Vorsitzender des Verbandes deutscher Arbeitervereine habe ich schon 1868 zahlreiche Gewerkschaften ins Leben gerufen. Mehr kann man nicht verlangen. Wer von früh bis spät nichts tut als für die gemeinsame Sache zu arbeiten, muß sich gegen einen solchen Vorwurf verwahren. (Zustimmung.) Ich weiß, es war nicht böse gemeint, es könnte aber falsch aufgefaßt werden.

Bernstein hat heute morgen gegenüber meinen Bemerkungen seine Ansicht aufrecht erhalten, daß der Einfluß des Reichstags im Sinken begriffen sei und er hat auf die Abwesenheit von Regierungsvertretern bei der Beratung der wichtigsten Initiativanträge hingewiesen. Das ist in der Tat im Reichstage wiederholt verurteilt worden. Bernstein sollte aber auch wissen, daß vom Regierungstische demgegenüber geltend gemacht worden ist, daß die Mitglieder des Bundesrates keine Stellung zu Anträgen nehmen können, bevor nicht ein Bundesratsbeschluß vorliegt. Man kann das bedauern; aber es liegt an den

eigentümlichen staatsrechtlichen Verhältnissen des Deutschen Reiches. Man muß auch immer berücksichtigen, daß wir kein parlamentarisches Regime haben wie andere Länder. Wenn dann Bernstein wieder einmal dem Zuge seines Herzens folgend, sich des Bürgertums angenommen hat, so hatte ich allerdings gehofft, daß Du (zu Bernstein) seitdem wir wieder die Freude haben, Dich unter uns zu sehen, das deutsche Bürgertum ein wenig besser kennen gelernt hättest. Das mag alles auf England passen, was Du sagst, auf Deutschland paßt es nicht. Und ich wundere mich, daß ein so scharfsinniger Kopf, wie Du es sonst bist, das bis heute noch nicht eingesehen hat. Der plötzliche Sessionsschluß war allerdings skandalös; das weiß niemand besser als Singer, Geyer und ich, die wir als Vertreter der Fraktion im Seniorenkonvent gesessen haben, wo alles fest abgemacht war, in der Voraussetzung, daß der Reichstag vertagt werden sollte. Dann wurden wir auf einmal durch Eilboten eingeladen, und der Präsident teilte uns mit: Ich habe Ihnen zu verkünden, daß heute mittag geschlossen wird. Das war allerdings sehr stark. Woher aber solche Plötzlichkeiten kommen, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. (Heiterkeit.)

Nun hat die Debatte nach einer Richtung einen etwas seltsamen Charakter angenommen. Ich habe mit Ausnahme der Jahre, in denen ich mich in Staatspension befand, allen Parteikongressen beigewohnt. Aber eine Debatte, in der so viel von Blut und Revolution die Rede gewesen ist, wie in der heutigen, habe ich noch nicht gehört. (Heiterkeit.) Als ich das alles hörte, habe ich ein paarmal unwillkürlich auf meine Stiefelspitzen gesehen, ob diese nicht bereits im Blute wateten. (Große Heiterkeit.) Auf diese Weise ist der Resolution, gegen die im Grunde niemand etwas hat einwenden können, eine Auslegung gegeben worden, als ob durch sie die wüstesten Gefahren heraufbeschworen würden. Ich in meinem harmlosen Gemüt habe an all das gar nicht gedacht (Heiterkeit) und ich glaube, auch meine Rede bietet durchaus keine Veranlassung, mich als so blutgierig hinzustellen. Hier muß ich verschiedenen Rednern den Vorwurf machen, daß sie sich in unglaublicher Weise widersprochen haben. Heine z. B. sagte im Anfange seiner Rede, daß er eigentlich mit der Resolution einverstanden sei, dann aber sprach er des längeren über die ungeheueren Gefahren dieser Resolution und nachher zollte er jedem Redner, der in demselben Stile sprach, den lebhaftesten Beifall. Ebenso Legien. Er meinte, gegen die Resolution sei im Grunde nichts zu sagen und er habe seinen Antrag eigentlich nur deshalb eingebracht, weil er in der Resolution eine Konzession an Friedeberg sehe. Den wahren Grund hat er vielleicht nicht gesagt. Er glaubt, daß in dem Absatz, den er zu streichen beantragt, eine Spitze gegen den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses zutage trete, die er vermieden sehen möchte. Aber nachdem er zuerst gesagt, daß er mit der Resolution an sich einverstanden sei, hat auch er ein fürchterliches Gemälde von den Folgen eines solchen Streiks entworfen. Ich meine aber, nachdem in der Resolution davon nichts steht, daß in einem bestimmten Falle der Massenstreik unter allen Umständen, koste es, was es wolle, proklamiert werden soll, sind alle diese Befürchtungen gegenstandslos. Bömelburg hat mit Recht gesagt, daß ich gut tat, nicht auf die Darlegung der Bedingungen im einzelnen einzugehen, unter denen der Massenstreik eintreten soll. Dadurch hätte ich Kontroversen*) der schlimmsten Art veranlaßt, ohne praktisch die geringste Klärung herbeizuführen.

Der Parteitag soll sich nur im Prinzip dafür aussprechen, daß gegebenenfalls, unter bestimmten Voraussetzungen — natürlich ist dabei auch die M ö g l i c h k e i t des Streiks vorausgesetzt — die Parteiführer mit den gewerkschaftlichen Führern darüber zu beraten haben: sollen wir praktisch verwirklichen, was wir in der Idee akzeptiert haben? Wenn Heine sagt, das Blut des Volkes sei

*) Widersprechende Meinungen.

ihm zu kostbar, so antworte ich: so viel sollte man jeden in diesem Saale kennen, daß niemand hier ist, der leichtsinnig mit dem Blute des Volkes umgeht. Keiner unter uns wird leichtfertig nach Blutvergießen schreien. Aber wenn ohne unser Zutun es dazu käme, so erkläre ich, daß an dem Tage, wo es wirklich dazu kommen sollte, Ihr mich nicht bei der Arrieregarde, sondern bei der Avantgarde findet (stürmischer Beifall), wie ich all mein Leben lang immer in der ersten Reihe gestanden habe. (Wiederholter Beifall.) Auch nach anderer Richtung waren einige gegen mich gemachte Aeußerungen deplaziert. Gegenüber meiner Bemerkung z. B., daß die Arbeiter unter Umständen ein paar Wochen hungern müßten, meinte Genosse Robert Schmidt spitzig, das klinge ja aus dem Munde Bebels sehr schön. Das soll heißen, Bebel braucht in einem solchen Fall nicht zu hungern, ich nehme aber an, daß auch Schmidt, wenn auch nicht in der gleichen gehobenen Lebenslage wie ich, so doch immerhin in einer so gehobenen Stellung sich befindet, daß es auch für ihn dazu nicht kommt. (Schmidt: Ich will auch andere nicht hungern lassen). Ach, Genosse Robert Schmidt, in jedem großen Streik wird, wenn er länger dauert, gehungert, und hunderttausende hungern in dieser bürgerlichen Welt ihr Leben lang. Und auch ich habe als Knabe gehungert und es viele Jahre als mein Ideal betrachtet, mich einmal an Butterbrot satt essen zu können. Ich habe nachher viele Jahre unter kümmerlichem Lohn, der damals nicht den dritten Teil der heutigen Löhne ausmachte, gearbeitet und auch in den zehn Jahren, in denen ich selbständiger Drechsler war, hat mir mehr als einmal das Wasser an der Kehle gestanden. (Schmidt: Glauben Sie denn, daß ich aus der Bourgeoisie bin?) Das habe ich ja gar nicht gesagt, aber Sie haben diese meine Erklärung provoziert. (Lebhafte Zustimmung und Unruhe.) Ich mußte, nachdem selbst ein Genosse durch seine Bemerkungen dem Gerede der Gegner Vorschub leistete, die mich als einen angeblich steinreichen Mann bei den Arbeitern zu diskreditieren suchen, dem energisch entgegentreten. (Stürmischer Beifall. Unruhe.) Denn wenn ein Genosse vor versammeltem Volk so spitze Bemerkungen macht und damit den Gegnern noch Waffen liefert, kann ich mir das nicht gefallen lassen. Es tut mir leid, daß ich so habe handeln müssen, aber Sie haben mich dazu gezwungen. (Lebh. Zustimmung.)

Diese ganze Angstmacherei — anderes ist es nichts — habe ich heute morgen schon gegenüber Heine charakterisiert. Ich gebe zu, daß auch auf der anderen Seite Aeußerungen provokatorischer Natur gefallen sind, aber den Anfang hat jene Seite gemacht. Noch eins! Wenn es aber dazu käme, daß die Arbeiter hungern müssen, dann wären diejenigen unter uns, die in gehobener Stellung sind, elende Kerle, wenn sie nicht so tief wie möglich in den eigenen Geldbeutel greifen würden, um zu helfen. (Stürmischer Beifall.)

Elm hat meine Aeußerungen über Hamburg mißverstanden. Ich habe nicht davon gesprochen, daß die Hamburger Gewerkschaftsführer sich gegen einen Massenstreik erklärt hätten. Diese Frage ist allerdings in einer Konferenz, der auch Dietz, Metzger und ich beiwohnten, erörtert worden, damals waren aber nicht nur die Gewerkschaftler, sondern auch die Vertreter der Partei einstimmig der Ansicht, daß ein solcher Streik der Situation in Hamburg nicht angemessen sei. Von verschiedenen Seiten ist allerdings in Köln und in der Presse gesagt worden: was, das radikale Hamburg wehrt sich nicht, das ist doch unerhört. Man muß aber berücksichtigen: wenn die Arbeiter zu einem mit solchen Opfern verbundenen Streik schreiten sollen, so muß es sich um eine Frage handeln, für die alle das größte Interesse haben. (Sehr richtig!) Eine solche Frage ist die Hamburger Wahlrechtsfrage nicht. Schon bisher bestand in Hamburg ein ganz elendes Wahlsystem: nach diesem muß man fünf Jahre in Hamburg wohnen und 1200 M. Einkommen versteuern, um wahlberechtigt zu sein. Wenn dann ein solch elendes Wahlgesetz noch mehr verschlechtert wird, wozu auch nicht der geringste vernünftige Grund vorlag, so ist das keine Situation, die zum poli-

tischen Massenstreik führen kann. Das wäre ja geradezu Wahnsinn gewesen. Ganz ähnlich lagen die Dinge in Lübeck. Und wenn auf Sachsen hingewiesen wird, so hat damals überhaupt noch kein Mensch an den politischen Streik in diesem Sinne gedacht.

Robert Schmidt hat dann scherzhaft gemeint, er freue sich des wohltätigen Einflusses, den er seiner Zeit auf meine und Singers Radikalisierung ausgeübt habe. Der Scherz war nicht übel, aber es war nur ein Scherz. Singer und ich sind heute nicht radikaler als vor 15 Jahren. Darin unterscheide ich mich allerdings von manchem Parteigenossen, der wie Robert Schmidt einst ultraradikal war, während er heute zu den gemäßigsten gehört. Es ist eben eine alte Erfahrung, daß gerade diese Ultraradikalen am meisten und oft plötzlich umschlagen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn ich anzüglich werden wollte, könnte ich auf manchen hinweisen, der auch heute ultraradikal geredet hat und für den ich nicht garantiere, wie lange es dauert. (Heiterkeit.)

Robert Schmidt hat dann auf einen Artikel von mir in der „Neuen Zeit" Bezug genommen, den ich aber nicht, wie er meint, nach, sondern vor dem Bremer Parteitage geschrieben habe. Damals wurde von verschiedenen Seiten vorgeschlagen, die Wahlrechtsfrage auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen; darauf allein bezieht sich die von Schmidt angeführte Aeußerung. Ich habe mir, als ich den Artikel eben noch mal durchlas, unwillkürlich gesagt: „Ei, potztausend, wie klug bist du doch damals gewesen; ich würde heute den Artikel nicht anders schreiben als vor einem Jahre." (Heiterkeit.) Was Schmidt in dem Artikel sieht, steht nicht drin. Ich habe in dem Artikel ausgeführt, daß es ein gewaltiger Fehler wäre, Wahlrechtsattentate, die noch nicht existierten, zum Gegenstand einer Debatte zu machen. Eine solche Debatte haben wir auch heute nicht gehabt. Ich habe schon in dem in Frage stehenden Artikel darauf hingewiesen, daß die Parteipresse die Rolle des Wächters und Warners übernehmen müsse; aber ich habe der Partei nicht zugemutet, daß sie einen Feldzug gegen eine Gefahr unternehmen soll, die noch keine greifbare Gestalt angenommen hat. Ich habe auch in meiner Resolution nur darauf hingewiesen, daß die Partei für den Fall, daß ein solches Attentat auf das Wahlrecht käme, im voraus schon ihre Waffen brauchbar und wirksam machen müsse, ein Attentat abzuwehren. Nicht ein einziger Satz meiner damaligen Auffassung steht mit meiner heutigen Auffassung im Widerspruch. Es handelt sich auch heute nicht darum, die Partei schon heute auf den Massenstreik in einem gegebenen Falle festzulegen. Das würde ich für den größten Fehler halten, den wir machen könnten. Nein, wir haben ihn nur für den gegebenen Fall als ein Kampfmittel mit in Erwägung zu ziehen. Dazu ist es allerdings notwendig, Aufklärung über die Bedeutung dieser Waffe und der Rechte, die gegebenenfalls mit dieser Waffe verteidigt werden sollen, zu schaffen. Ich habe also nur das getan, was jeder vernünftige Mann, wenn ihm ein Unheil droht, tun muß, indem er sucht, sich vor dem Unglück zu schützen. Wir ändern mit diesem Beschluß durchaus nicht unsere Taktik, sondern nehmen nur ein neues Kampfesmittel zu den Waffen, die wir heute zur Verfügung haben, auf, um im gegebenen Falle die Frage zu entscheiden: wollen wir, können wir, und wie können wir es anwenden. Es wäre Wahnsinn, wenn wir anders verfahren wollten. Nun sagt Genosse Rob. Schmidt: Die Masse fragt aber: wohin führt Ihr uns, lockt Ihr uns nicht in den Hinterhalt? Darauf antworte ich: Der wäre ein Elender, der die Masse irreführt und ihr nicht sagt, um was es sich handelt! Und wenn wir jemals wirklich von dem Massenstreik Gebrauch machen wollen, dann werden wir der Masse nicht nur sagen, um was es sich handelt, sondern auch, weshalb wir dies Mittel gebrauchen wollen, weil wir ohne diese Aufklärung die Massen gar nicht gewinnen können. (Sehr richtig!) Es ist eine starke Unterschätzung der großen Masse der Arbeiter, anzunehmen, die deutsche Arbeiterklasse lasse sich blindlings in eine Falle locken, ganz abgesehen von der

Unterstellung, daß man es überhaupt für möglich hält, daß in der deutschen Sozialdemokratie Männer vorhanden sein sollten, die so niederträchtig sein könnten, die Massen in eine Falle zu locken. (Lebhafte Zustimmung.) Rob. Schmidt hat dann noch hingewiesen auf die Urteile über den Massenstreik von Vandervelde, Vliegen und Turati. Natürlich ist man in den ausländischen Parteien genau so verschiedener Meinung in dieser Frage, wie heute Rob. Schmidt im Gegensatz zu uns steht. Wenn der eine oder andere der Genannten glaubt, der Generalstreik hätte sich in seinem Lande nicht bewährt, dann sage ich Ihnen: Wenn wir unter den gleichen Bedingungen, wie die Holländer, Belgier und Italiener in den Massenstreik treten wollten, wäre ich der erste, der davor warnte, weil die genügenden Bedingungen nicht vorhanden wären. Insbesondere Holland ist als industriell ganz unentwickeltes Land kaum geeignet für den Generalstreik.

Politischen Selbstmord wollen wir aber nicht begehen, wie Rob. Schmidt meint, jedenfalls nicht mit Absicht, und wenn man ohne Absicht zum Tode kommt, dann ist es eben kein Selbstmord. (Heiterkeit.) Genosse Schmidt hat sich auch auf Liebknecht berufen. Ich wette hundert gegen eins, Liebknecht stände nicht auf Ihrer Seite in dieser Frage, Genosse Schmidt, da kannten sie unseren Alten schlecht. Weiter äußerte Genosse Rob. Schmidt: die Art wie Bebel auf den Massenstreik losgeht, ist die Art eines Reitergenerals. Unter Umständen ist eine Husarenattacke sehr nützlich, aber wenn Robert Schmidt sich einbildet, ich würde eine Reiterattacke gegenüber kleinkalibrigen Gewehren machen — da sage ich mit dem alten Wrangel: „Da kennt er mir schlecht!" (Große Heiterkeit.) Ich weiß nicht, wie mein politisches Leben ihm ein Anrecht gibt zu glauben, daß ich eine solche Eselei begehen könnte. (Heiterkeit.) Ich habe ja gewiß manche Dummheit auf dem Gewissen (erneute Heiterkeit), aber Genosse Schmidt jedenfalls auch (Heiterkeit), es käme aber auf eine Probe an, wessen Konto beim Vergleich größer wäre. (Große Heiterkeit.) Damals hat auch bei Euch Jungen der Massenstreik eine Rolle gespielt; Kampffmeyer*) war es besonders, der mit aller Macht für diesen Streik eintrat. Jetzt aber hält er den Massenstreik nicht einmal zur Abwehr gegen ein Attentat auf das allgemeine Stimmrecht für angebracht. Er meint, wenn den Arbeitern das Wahlrecht im Reichstage genommen wird, dann müßten sie sich auf die süddeutschen Staaten zurückziehen, eine merkwürdige Ansicht und eine noch merkwürdigere Bescheidenheit. Alle Achtung vor den süddeutschen Genossen; aber wenn es dem Reichstagswahlrecht an den Kragen geht — wie es dann im Süden gehen wird, darüber habe ich meine eigenen Gedanken. Und was könnte es selbst den 50 Millionen Deutschen helfen, denen das allgemeine Wahlrecht genommen wird, wenn 10 Millionen in den süddeutschen Staaten für die Landtage es behielten. (Sehr richtig!)

Weiter hat die Genossin Luxemburg in ihrer allerdings echt revolutionären Rede auch das Kommunistische Manifest zitiert. Ich weiß nicht, ob die Genossin Luxemburg gerade die von David zitierte Stelle aus dem Manifest akzeptiert. Ich will nur konstatieren, daß Engels selber wiederholt erklärt hat, daß er wohl noch mit der Kritik im Manifest übereinstimme, aber mit den Mitteln nicht mehr. (Sehr richtig!) Und wenn heute David ein Zitat aus einer Erfurter

*) Genosse Paul Kampffmeyer hat zu diesen Ausführungen die folgende Erklärung abgegeben:

„Es ist ein Irrtum, wenn mir Genosse Bebel in seiner Schlußrede über den politischen Massenstreik vorgehalten hat, daß ich Gegner desselben sei. Ich stehe vielmehr ganz auf dem Boden der Bebelschen Resolution und habe mich für den politischen Massenstreik wiederholt auch in der Parteipresse — „Münchener Post", „Sächsische Arbeiter-Zeitung", „Sozialistische Monatshefte" — ausgesprochen. Der Irrtum Bebels kann nur dadurch entstanden sein, daß ich mich in den „Sozialistischen Monatsheften" gegen den Generalstreik der Anarchisten, für den ich seinerzeit als Anhänger der „Jungen" mich ausgesprochen und den jetzt Friedeberg propagandiert, erklärt habe. Diesen Generalstreik halte ich allerdings nach meinen seitdem gewonnenen Ueberzeugungen für unausführbar."

Parteitagsrede von mir angeführt hat, so habe ich mich herzlich gefreut, einmal, weil ich mir gesagt habe: du bist doch schon damals ein recht gescheiter Kerl gewesen (große Heiterkeit), hast eben einmal wieder ganz richtig prophezeit (erneute stürmische Heiterkeit), und drittens, weil es gerade David, mit dem ich schon oft scharf zusammengeraten bin, war, der heute mein Schildhalter war und mich nach einer gewissen Richtung gedeckt hat. (Heiterkeit.) Genosse Legien hat dann mein Zitat aus seiner Rede auf dem Pariser Kongreß mit den Worten zurückgewiesen, das sei über eine halbstündige Rede ein ganz kurzer Auszug, er habe denselben nicht kontrolliert. Ich habe auch viel weniger auf den Inhalt der Rede gegeben als auf den Schlußsatz: Mögen die französischen und italienischen Genossen für die notwendige Organisation sorgen, dann stehen wir ihnen zur Seite. Schon hieraus könnte man schließen, daß Legien damals unter gewissen Einschränkungen für den Generalstreik war, doch habe ich diesen Schluß nicht ohne weiteres gezogen. Aber der Beschluß des internationalen Kongresses, den Legien selbst niedergeschrieben hat, läßt keinen Zweifel, daß damals sein Standpunkt ein anderer war. Legien sagte 1896 mit Hinweis auf London:

„Wir haben den nicht gerade formvollendeten Londoner Beschluß wiederholt, um zu dokumentieren, daß sich unsere Anschauungen über den Generalstreik nicht geändert haben. Solange keine starken Organisationen vorhanden sind, ist der Generalstreik für uns nicht diskutierbar." Darin liegt eine bedingte Zustimmung zum Generalstreik, auch steht der Wortlaut der damals von Legien vertretenen Resolution mit seinen heutigen Ausführungen in Widerspruch, wo er die ganze Idee ablehnt und uns auf das ungeheuere Elend und Blutbad eines Generalstreiks hinweist. Legien hat dann geglaubt, Bringmann gegen einen Vorwurf von meiner Seite in Schutz nehmen zu sollen. Er hat das gar nicht nötig gehabt. Ich habe nicht gesagt, daß Bringmann kein Sozialdemokrat mehr wäre, sondern habe lediglich betont: Ausführungen, wie sie Bringmann nicht in der Absicht gemacht, diese Wirkung zu erzielen, dahin führe, daß ein Teil der Leute, die sie hören, sich sagen: da brauche ich nicht mehr der Partei anzugehören oder ihr beizutreten. Es ist auch nicht richtig, wenn Legien darauf hinweist, daß sei keine autoritative Wiedergabe von Bringmanns Rede. Die Broschüre ist vom Zimmererverbande herausgegeben, die betreffenden Stellen sind in Fettdruck, und ich kann nicht annehmen, daß Bringmann die Rede nicht vor dem Druck gelesen und korrigiert hat. Mir gegenüber hat Bringmann persönlich auch mit keinem Wort bestritten, die von mir zitierten Aeußerungen gemacht zu haben.

Wenn nun Genosse Legien den Antrag gestellt hat, gerade die beste Rosine aus meinem Kuchen heraus zu nehmen (Heiterkeit), so begreife ich das aus den von ihm angegebenen Gründen. Aber ich hoffe, der Parteitag wird darauf nicht eingehen, wie ich Sie überhaupt bitten möchte, alle zu meiner Resolution gestellten Anträge glatt abzulehnen.

Man hat weiter mit großem Scharfsinn darüber gestritten, welche Aussicht eine gewaltsame Revolution in Deutschland haben würde. Ich habe zu diesen Erörterungen in meinem Referat keine Veranlassung gegeben, ich habe im Gegenteil unter Anführung der Stelle aus dem ultramontanen „Echo" bewiesen, daß dies katholische Blatt mit unserer seit Jahrzehnten, namentlich auch im Leipziger Hochverratsprozeß von Liebknecht und mir mit aller Energie geltend gemachten Anschauung in Uebereinstimmung steht: Revolutionen werden überhaupt nicht gemacht; wenn Revolutionen entstehen, dann sind immer diejenigen schuld, die dem aus der gesellschaftlichen und staatlichen Entwickelung notwendig hervortretenden Bedürfnissen der großen Masse nach Verbesserung der staatlichen und gesellschaftlichen Zustände mit Gewalt entgegentreten und ihnen nicht gerecht werden. Das ist unser alter Standpunkt, wie ich ihn seit 1869 vertreten habe und wie ihn noch früher Lassalle in ähnlicher Weise vertreten hat. Also nach der Richtung kann wahrlich, soweit überhaupt von einer Deklaration der

Stellung der Partei zur Revolution gesprochen werden kann, nur gesagt werden, sie ist immer dieselbe geblieben. Aber die gefallenen Bemerkungen veranlassen mich doch, einige allgemeine Ausführungen über den sogenannten Reifegrad der heute in erster Linie in Betracht kommenden Arbeitermassen zu machen. Parteigenossen: In allen Revolutionen der letzten drei, vier Jahrhunderte können wir die Beobachtung machen, daß die geistigen Leiter dieser Volksbewegungen im Vergleich zu der in Frage kommenden Masse nach ihrer Zahl ein solches Minimum darstellen, daß man sagen darf, es waren Revolutionen einer Minorität, und ohne Zweifel können jene revolutionären Bewegungen mit einer Bewegung, wie sie heute die Sozialdemokratie darstellt, nicht im mindesten verglichen werden. (Sehr richtig.) Wer die Geschichte dieser Revolutionen kennt, weiß, wie äußerst gering die Zahl der geistigen Führer, wie groß aber in der Klasse des Bürgertums die Unklarheit über ihre Ziele und ihr Wollen war. Das ist in der modernen Arbeiterbewegung ganz anders. Wir Sozialdemokraten fassen den Begriff revolutionär so auf, daß er sich in den Zielen, nicht in den Mitteln dokumentiert. Es kann eine Bewegung gewaltsam durchgeführt werden und doch reaktionär wirken, und auf der anderen Seite kann eine Bewegung, die friedlich verläuft, viel wirksamer und tiefgehender sein als alle Gewaltkämpfe.

Wollt Ihr die näheren Umstände erfahren, unter denen früher die Revolutionen ausgefochten wurden, dann bitte ich Engels Vorrede zu Marx „Klassenkämpfen" nachzulesen. So lange es aber Revolutionen in der Weltgeschichte gab, hat noch niemals eine Volksbewegung bestanden, in der die große Masse der Beteiligten und Interessierten so aufgeklärt, so unterrichtet war, so genau das Wesen des Staates und der Gesellschaft, die Gesetze, welche sie regieren, kannte, als in der modernen sozialistischen Bewegung. Das ist eine Erscheinung, wie sie einzig in der Welt steht. Man muß nur das Bürgertum in den Jahren 48 und 49 in seiner unglaublichen politischen Unwissenheit kennen gelernt haben. Ich war ja damals noch ein Kind, aber ich habe mich schon in jenen Jahren, also von Kindesbeinen an sozusagen, für die öffentlichen Dinge in hohem Grade interessiert, und als ich später ins Leben trat und hörte und sah, war ich erstaunt über die große politische Unreife derer, die fortgesetzt von Revolutionen und von der Notwendigkeit des Fürstenmordes (Heiterkeit) redeten und radikal bis zum äußersten sein wollten. Die Haare haben mir zu Berge gestanden, wie alte Leute, die in der Revolution gekämpft, selbst vier, fünf Jahre und länger im Zuchthause gesessen hatten, sich in vollendeter Unwissenheit und Unklarheit über das Wesen des Staates und der Regierungen befanden. Das ist bei der Masse der klassenbewußten Arbeiter anders. Wenn es heute z. B. auf ein Examen ankäme zwischen den Angehörigen unserer Partei und Angehörigen des Bürgertums über politische und ökonomische Dinge, so würden die letzteren stark Schiffbruch leiden. (Sehr richtig.) Diese vergleichsweise geistige Höhe der in der sozialpolitischen Bewegung stehenden Massen ist ein Machtfaktor, gewaltig und bedeutend, der noch weit, weit unterschätzt wird, den aber unsere Gegner nicht unterschätzen. Diese kennen genau den geistigen Kern, der in der heutigen Volksbewegung, die die Sozialdemokratie repräsentiert, enthalten ist. Und wenn wir dafür sorgen, wie es mein Antrag in seinen Schlußsätzen klar ausspricht, daß diese Menge von politischer Bildung weiter entwickelt wird, in ganz anderer Weise als bisher, daß mit der jämmerlichen Verbreitung, die heute unsere wissenschaftliche Literatur erfährt, ein Ende gemacht wird, daß endlich wieder einmal studiert wird, daß man in der täglichen Kleinarbeit nicht vergißt, sich aufzuklären an der Quelle der sozialistischen Literatur, wenn diese Debatten die Anregung dazu gegeben haben, daß in ungleich höherem Grade als bisher auf allen diesen Gebieten gearbeitet wird, so können wir getrost unseren Gegnern gegenüber sagen: wollen sie den Kampf wagen, wir sind bereit! (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Die vom Parteitage angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

I. Bei dem Bestreben der herrschenden Klassen und Gewalten, der Arbeiterklasse einen legitimen Einfluß auf die öffentliche Ordnung der Dinge in den Gemeinwesen vorzuenthalten oder, soweit sie durch ihre Vertreter in den parlamentarischen Vertretungskörpern einen solchen bereits erlangten, diesen zu rauben und so die Arbeiterklasse politisch und wirtschaftlich rechtlos und ohnmächtig zu machen,

erachtet es der Parteitag für geboten auszusprechen, daß es die gebieterische Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jedem Anschlag auf ihre Menschen- und Staatsbürgerrechte entgegenzutreten und immer wieder die volle Gleichberechtigung zu fordern.

Insbesondere hat die Erfahrung gelehrt, daß die herrschenden Parteien bis tief in die bürgerliche Linke hinein Gegner des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sind, daß sie dasselbe nur dulden, aber sofort abzuschaffen oder zu verschlechtern trachten, sobald sie glauben, daß durch dasselbe ihre Herrschaft in Gefahr komme. Daher ihr Widerstand gegen eine Ausdehnung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auf die Einzelstaaten (Preußen usw.) und selbst die Verschlechterung bestehender rückständiger Wahlgesetze aus Angst vor einem noch so geringen Einfluß der Arbeiterklasse in den parlamentarischen Vertretungskörpern.

Beispiele hierfür sind die Wahlrechtsräubereien durch eine herrschgierige und maßlos feige Bourgeoisie und ein borniertes Kleinbürgertum in Sachsen und in den sogenannten Republiken Hamburg und Lübeck und die Gemeindewahl-Verschlechterungen in den verschiedenen deutschen Staaten (Sachsen, Sachsen-Meiningen) und Orten (Kiel, Dresden, Chemnitz usw.) durch die Vertreter der verschiedenen bürgerlichen Parteien.

In Erwägung aber, daß namentlich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht die Voraussetzung für eine normale politische Fortentwickelung der Gemeinwesen ist, wie es die volle Koalitionsfreiheit für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse ist;

in weiterer Erwägung, daß die Arbeiterklasse durch ihre stetig wachsende Zahl, ihre Intelligenz und ihre Arbeit für das wirtschaftliche und soziale Leben des ganzen Volkes, sowie durch die materiellen und physischen Opfer, die sie für die militärische Verteidigung des Landes zu tragen hat, den Hauptfaktor in der modernen Gesellschaft bildet, muß sie nicht nur die Erhaltung, sondern auch die Erweiterung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Vertretungskörper im Sinne des sozialdemokratischen Programms und die Sicherung der vollen Koalitionsfreiheit fordern.

Demgemäß erklärt der Parteitag, daß es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden.

Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenen Falles der Parteitag

„die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung".

Damit aber die Anwendung dieses Kampfmittels ermöglicht und möglichst wirksam wird, ist die größte Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse und die unausgesetzte Belehrung und Aufklärung der Massen durch die Arbeiterpresse und die mündliche und schriftliche Agitation unumgänglich notwendig.

Diese Agitation muß die Wichtigkeit und Notwendigkeit der politischen Rechte der Arbeiterklasse, insbesondere des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts und der vollen Koalitionsfreiheit darlegen, mit Hinweis auf den Klassencharakter des Staates und der Gesellschaft und den täglichen Mißbrauch, welchen die herrschenden Klassen und Gewalten durch den ausschließlichen Besitz der politischen Macht an der Arbeiterklasse verüben.

Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, wenn für seinen Beruf eine gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist oder gegründet werden kann, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen. Aber jedes klassenbewußte Mitglied einer Gewerkschaft hat auch die Pflicht, sich der politischen Organisation seiner Klasse — der Sozialdemokratie — anzuschließen und für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse zu wirken.

II. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine Broschüre herstellen zu lassen, in der die in der vorstehenden Resolution gestellten Forderungen begründet werden. Für diese Broschüre ist die Massenverbreitung in der gesamten deutschen Arbeiterklasse zu organisieren.

Arbeiterkammer für Wien

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich *eins* mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private

Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Truckſystems
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Wir empfehlen zum Abonnement:

Die Hohenzollern-Legende

Von Max Maurenbrecher

Vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung aus wird hier ein Bild des brandenburg-preußischen Staates gezeichnet. Wir sehen ihn entstehen aus der großen Wanderung heimatlos gewordener deutscher Bauern nach dem Osten, und wir erfassen die Notwendigkeit, warum in diesem Staatswesen der ritterliche Adel die führende Klasse wurde. Wir sehen, wie die Hohenzollern als Fremdlinge ins Land kommen, wie sie erst festwurzeln als der Adel ein Interesse gewinnt, den Fürsten zu helfen. Wie der Adel aus dem Raubritter zum Getreideverkäufer ward, was das für die Knechtung und Ausbeutung der Bauern und für die rücksichtslose Niederwerfung der Städte zu bedeuten hatte, und wie die Hohenzollern darin dem Adel getreulich halfen.

Wir werden allen Nachdruck darauf legen, bei jedem einzelnen Punkte die Nebel zu zerstören, die der Volksschulunterricht, nicht nur in Preußen, sondern auch im übrigen Deutschland, über die Hohenzollerngeschichte gelagert hat. Wir fragen bei allen Fürsten zuerst: was hat er als Vertreter der Monarchie für die Kultur, für die Leistungsfähigkeit und das Vorwärtskommen seiner „Untertanen" geleistet? Welchen Klassen und welchen Interessen hat seine Politik gedient? Dabei wird es unser Hauptbestreben sein, zu zeigen, was die unteren Klassen an diesem Fürstengeschlechte gehabt haben. Das Märchen vom sozialen Königtum der Hohenzollern zu zerpflücken und zu zerzausen, die Tatsachen der Wirklichkeit, die aktenmäßig feststehen, diesem Märchen entgegenzustellen, das ist unsere Absicht.

Karikatur auf Friedrich Wilhelm IV.

Wir rechnen auf Leser aus allen Kreisen der Arbeiterschaft, die gewillt sind, die geschichtliche Wirklichkeit zu erfahren. Aber wir denken noch ganz besonders an die schulentlassene Jugend, die anfängt, ins Leben zu treten. Ihnen hat die Schule noch eben den Kopf voll Dunst und Weihrauch geblasen; ihnen in erster Linie soll dieses Werk Befreiung, Klärung, wissenschaftliche Kenntnisse bringen. Es will an seinem Teile helfen, sie in die Reihen des kämpfenden Proletariats zu führen.

Das Werk wird mehr denn 400 Bilder bringen.

Der Band umfaßt 50 Lieferungen à 20 Pfennig.

Wöchentlich erscheint ein Heft. Probehefte sind durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporteure zu beziehen oder direkt durch den Verlag:

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69